Informations-Dienst



zur Verbreitung unterbliebener Nachrichten

Erscheint wöchentlich Nr. 283 26. Mai 1979 1,50 DM *incl. 6% MWSt.* D 1870 CX

HABEN SIE SCHON
IHRE SAUERSTOFF-
MÄRKCHEN BEANTRAGT ?

UP DOWN ON OFF
SPEED CONTROL
SLOW FAST

. . . Seite 11 !

ID-Intern Extern ...



DER ID KENNT KEINEN BESSEREN WEG, DIE WAHRHEIT ZU FINDEN ABER VIELLEICHT EINEN BESSERE WEISE, SIE ZU SUCHEN

Der ID ist keine bessere Zeitung, sondern eine Kritik unseres Umgangs mit allen Zeitungen.

FRANKFURT/ HAMBURG 27. April *Ein Hamburger Leser schrieb uns Ende letzten Jahres, warum er nicht mehr den ID bezieht. Weil es um nichts geringeres als um die Zuverlässigkeit des ID geht, veröffentlichen wir hier den Brief des Lesers und die Antwort eines ID-Mitarbeiters.*

„Leider mußte ich feststellen, daß Informationen, die im ID abgedruckt wurden, nicht zuverlässig waren. Das liegt vielleicht nicht unbedingt an Euch, sondern an den Leuten bzw. Gruppen, von denen Ihr die Informationen erhaltet. Aber für mich ist ein Informationsdienst, bei dem ich quasi erst eigene Recherchen anstellen muß, nicht brauchbar. Darüberhinaus finde ich es auch als Tatsache nicht gut bzw. akzeptabel.

Sollte sich dies vielleicht einmal ändern, so werde ich mir ein Neu-Abo überlegen.

Mit solidarischen Grüßen und viel Glück für 1979.

Die Antwort:

Lieber Briefeschreiber,

du hast viel Arbeit beim Zeitunglesen. Du willst zuverlässige Informationen. Liest du den „Spiegel"? Darin konntest du in der Nr. 20/1975 lesen, es sei ein „Terrorist" namens Karl Heinz Roth festgenommen worden; der Mann habe auf die Polizei geschossen. Das lag „vielleicht nicht unbedingt" am ‚Spiegel', sondern an den Leuten bzw. Gruppen, von denen dieser die Informationen erhält. Nämlich von der Polizei. Der Vorwurf fiel hinterher in sich zusammen, nichts davon hielt der Beweisaufaufnahme stand, aber der ‚Spiegel' hat's niemals zurückgenommen oder seine Praktiken geändert. Er hat Karl-Heinz Roth nicht gefragt, sondern die Polizei, und niemand regt sich darüber auf. Und der ‚Spiegel' brauchte nicht einmal anzugeben, daß die Polizei seine Quelle war, und nicht der Verhaftete.

Ich hoffe, du stellst deine eigenen Recherchen an, wenn du den ‚Spiegel' liest. Ich hoffe, du stellst auch deine eigenen Recherchen an, wenn du in Agenturberichten (Reuter, dpa, Agence France Press — wie sie alle heißen), die von der Frankfurter Allgemeinen bis zur linken „Tageszeitung" überall erscheinen, liest. Wenn du liest, daß „Beobachter" in Teheran dies und jenes gesehen haben, und daß Metall-Loderer dies und jenes über die Farbe an seinem Haus zu bemerken geruht hat. Wer sind die „Beobachter" in Teheran? Warum sollst du ihnen vertrauen? Warum liest du die Erklärung Loderers, und nicht die der „Revolutionären Zelle in der IG Metall" — wer immer das ist, ich weiß es auch nicht. Du mußt recherchieren. Übrigens ohne dazu aufgefordert zu sein ... Denn alle diese Zeitungen behaupten, „zuverlässig" zu sein in dem Sinn, daß du keine eigenen Recherchen anzustellen brauchst.

Beim ID hast du's nicht leichter, doch liegen Anspruch und Wirklichkeit näher beieinander. Wir behaupten nicht, die „Wahrheit" zu veröffentlichen, sondern unterbliebene Nachrichten. Also die Seite zu Wort kommen zu lassen, die in den übrigen Medien nicht oft das Wort hat, weil sie nicht viel Macht hat. Wir behaupten nicht, daß die Brunsbüttel-Demonstration so war, sondern daß „ein Teilnehmer der Brunsbüttel-Demonstration folgendes erfahren und geschrieben hat". Und wir laden alle ein, durch die ganze Struktur des ID, durch die Kontaktadressen an den Artikeln, uns und den Verfassern der Artikel andere, gegenteilige Erfahrungen und Informationen zu schicken. Wahrheit hat für uns mit Widerspruch zu tun; journalistische TÜV-Stempel kennen wir nicht. Und wir lachen über die vereinigte AP-DPA-IGM-BMI- BPK-RTR-PPP-FAZ-FR-TAZ-ED-TASS und wie sie alle heißen, über alle, die versprechen, dich von der Last eigener Recherchen zu befreien, wenn du „Die Wahrheit" wissen willst.

Schönen Gruß, Richard.

P.S.: Übrigens: Gründliche Redaktionsarbeit — rückfragen, erklären, ausweiten, anfragen, dokumentieren, konfrontieren — schätzen wir sehr; unsere Arbeitsweise wie oben beschrieben dient uns keineswegs als Ausrede, um all dies für überflüssig zu erklären. Hin und wieder gelingt es uns sogar, den taktischen Umgang mit Informationen in den Berichten, die reinkommen, deutlich zu machen (unterbinden können wir ihn nicht). Wenn dir daran gelegen ist, an diesem Problem zu arbeiten — vielleicht schreibst du uns mal, und vielleicht machst du mit.

„MEHR RUHE IN DER REDAKTION, MEHR KONTAKTE ZUM LESER UND SCHREIBER"

Ein Brief über den ID

BREMEN 27. April *Ein Bremer Genosse beschwert sich bitter über die Eigenart des ID, Frankfurt für den Nebel (Pardon: Nabel!) der Welt zu halten und Berichte aus anderen Städten, SOGAR solche aus Bremen, rein „zufällig" oder aus „Platzgründen" dem Papierkorb zu überlassen. (Wir metropolitanischen Provinzidioten geloben Besserung!) Daran schließen sich weitere Gedanken über die Zukunft des ID an:*

Ursprünglich war der ID ein Nachrichtendienst! (Ich seh' gerade in eurem Stempel steht noch immer „Freie Presse-Agentur".) Die Auflage war gering (bis 500 Stück). Die Arbeit im ID noch wenig entfremdet. Jeder stellte den ID von Anfang bis Ende mit her. Gedruckt wurde im DIN A4-Format mitten im Büro. Die Nachrichten aus dem ID wurden regional von den Alternativzeitungen weiterverbreitet.

Heute: Ich weiß nicht wieviele tausend Abonnements. Druck im DIN A1-Format — 16 Seiten bei einem Durchlauf, Abonnements-Verwaltung durch Computer, Streß, Hetze, Unkonzentriertheit, Entfernung von den „Korrespondenten" und Lesern.

Ich meine, der ID soll wieder mehr Nachrichtendienst werden! Nur ein Beispiel: der Druck im A4-Format stellt sicher, daß letzte Meldungen noch drangeheftet werden können, es besteht kein Zwang, den Umfang immer um 16 Seiten zu vergrößern — der Umfang richtet sich ausschließlich nach den eingegangenen Meldungen. Beim A4-Druck könnt ihr natürlich keine Auflage von 10 000 mehr bewerkstelligen, deshalb: weiterverarbeiten der Meldungen von den Regionalzeitungen oder TAZ. Im übrigen sparen dann auch die Schreiber die Kosten — weil dann nicht mehr alle Alternativzeitungen angeschrieben werden müssen, sondern nur noch eine — nämlich ihr!

Ich weiß, daß es nicht besonders lustvoll ist, nur Meldungen von außen in einer Zeitung zu verarbeiten. Aber wenn mehr Ruhe in der Redaktion herrscht, mehr Kontakte zum Leser und Schreiber hergestellt werden können, wird das vielleicht aufgefangen. Außerdem könnt ihr doch mal im Schichtwechsel beim Pflasterstrand mitmachen. Da könnt ihr richtig lustvoll layouten und Witze machen.

Soweit meine Kritik/Besserungsvorschlag. Schmeißt das nicht gleich wieder innden Papierkorb. Ich denke, daß wir ständig wieder aufs Neue überprüfen müssen, was wir eigentlich tun, und ob dies noch politisch richtig und verantwortungsvoll ist. Es ist vielleicht manchmal schmerzhaft, mit alten eingefahrenen Geschichten aufzuräumen — aber nötig.

In diesem Sinne: rote Grütze, schwarze Pfütze

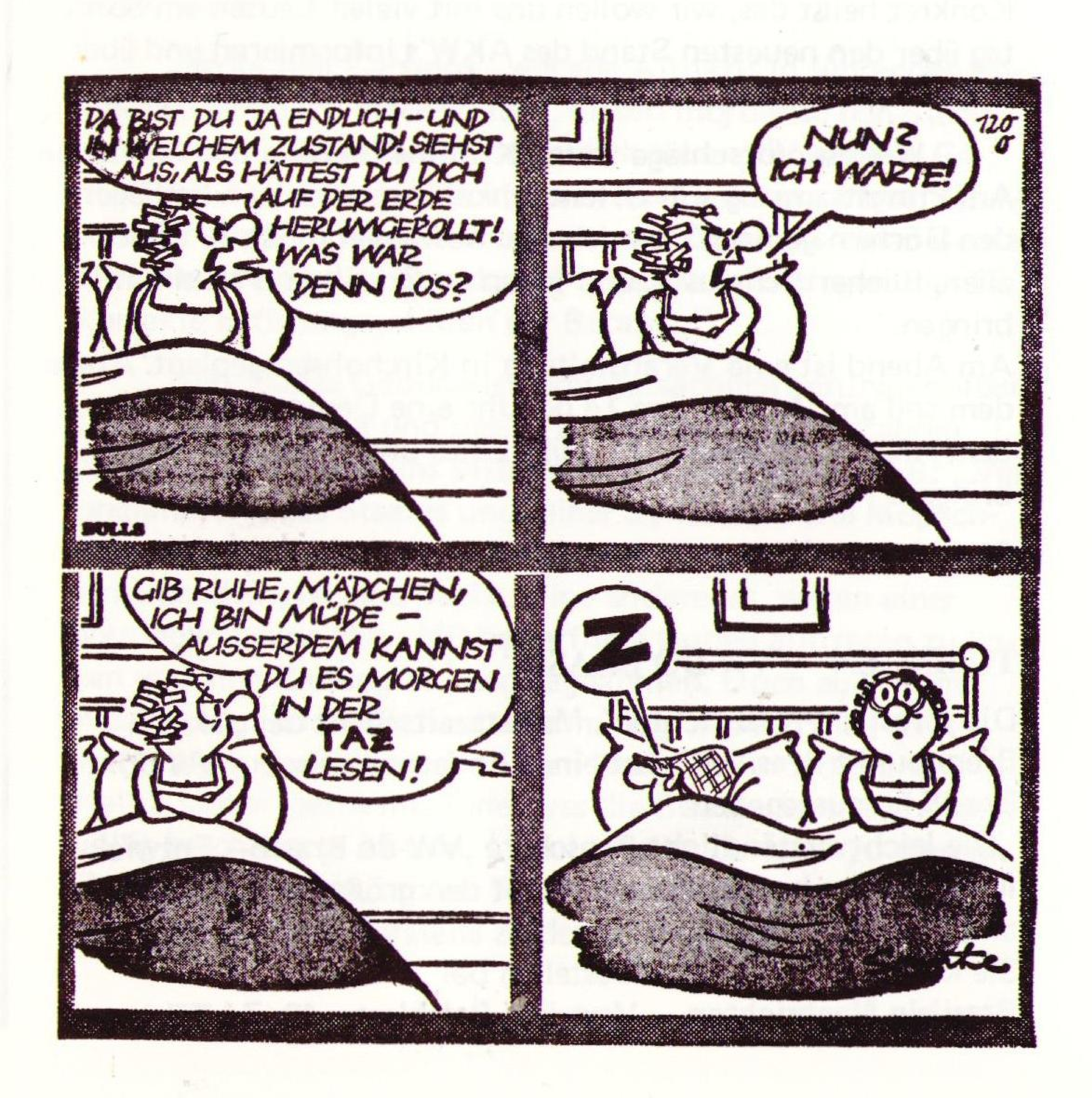
Horst.

ZU EUREN NEUEN TENDENZEN

BERLIN 21. Mai *Hier ist ein Leserbrief aus Berlin, der sich sehr von all den anderen unterscheidet, die wir in letzter Zeit erhielten: Er will mehr Knastberichte und mehr Nachrichten. Und er hofft anscheinend nicht auf die Tageszeitung (daß die uns manche Nachricht, die schnell verbreitet werden soll, doch abnehmen könnte), was viele hier in der Redaktion doch immer noch tun.*

Zu Euren neuen Tendenzen wollt ich Euch noch schreiben: Die Artikel wie Laster-Fahren, AStA in Frankfurt machen, Taxi usw. find ich schon ganz gut, aber gehört meiner Ansicht nach nicht in den ID. Nachrichten kommen dabei zu kurz. Grade zum Thema Arbeit sollte doch auch mal ein Autonomieheft erscheinen, da paßt das auch besser (Vierteljahresschrift!). In einer Wochenzeitung sind so dicke Klopper nämlich schwer verdaulich und werden eh' erst später gelesen. Dagegen kommen aktuell wichtige Sachen oft zu spät. Die Hungerstreikerklärung von Harry aus Celle z.B. erst nach Ende des gottseidank erfolgreichen Hungerstreiks. Über den neuen Hungerstreik, von Berlin ausgehend, sind bis jetzt auch nur Notizen gewesen, obwohl die Männer sich zumindest diesmal in ihrer Erklärung Mühe gegegeben haben, auf dem Teppich zu bleiben und das Ding insofern auch nicht eine Wiederholung ewig bekannter Phrasen ist. Auch vom Roos-Prozeß oder vom Haag-Mayer-Prozeß stand selten oder nie was drin. Versteht's nicht falsch, ich bin weit davon entfernt, Euch Staatsschutzblatt oder son Unfug zu nennen, aber Eure Kriterien würden mich schon mal interessieren. Über Croissant stand ja ganz hübsch was drin. Vielleicht hat der ne pressure-group und der Haag nicht? Vielleicht geht auch Ihr nach „Berühmtheit"?

Ne andere Sache ist die, daß öfter mal was drinsteht über Klagen, Beschwerden, Initiativen u.ä., die Leute angeleiert haben, aber dann selten, was daraus geworden ist. Aber das ist vielleicht eine Frage, die weitergegeben werden müßte. Falls Ihr Lust haben solltet, auf die oben angesprochenen Fragen zu antworten, zwei Entgegnungen kann ich gleich vorwegnehmen. Daß die Repressions- usw. Geschichten nicht antörnen, weiß ich selbst; und daß die Prozesse in letzter Zeit überhand nehmen, auch.
Wünsch Euch weiterhin frohes Schaffen
Christian Rudolph, Wrangelstr. 104, 1000 Berlin 36.



kurz gesagt......

Gundelfingen Demonstration gegen Gundremmingen

Die Landesdelegiertenkonferenz der bayrischen Bürgerinitiativen hat am 12.5. in München beschlossen, am Sonntag, dem 24. Juni 79 eine Demonstration gegen das Atomkraftwerk Gundremmingen durchzuführen. Gundremmingen I liegt nach einem Kurzschluß schon über 2 Jahre still. Der 2. und 3. Block sind im Bau. Die geplante Demonstration ist die erste, die in der Umgebung von Gundremmingen stattfindet.
Die Demonstration beginnt in Gundelfingen/Donau um 12 Uhr mit Liedern und Theater. Eine Kundgebung – wahrscheinlich mit Heinz Brandt – ist für 13 Uhr vorgesehen. Dann beginnt der Marsch über Peterswörth zur Donau, gegenüber dem Atomkraftwerk. Die Demonstration steht unter der Forderung: Sofortiger Bau-, Betriebs- und Planungsstopp aller Atomanlagen.
Kontakt: Johann Wölz, Bahhhofstraße 49, 8883 Gundelfingen, Tel.: 09073 / 7709.

SCHWEDEN – VOLKSENTSCHEID ÜBER AKW'S

(Ergänzung zu ID 279) Nach Harrisburg bekamen die politischen Vertreter des Atomkraftestablishments kalte Füße. Jetzt befürworten alle im Parlament vertretenen Parteien einen Volksentscheid über AKW's
Zum Entscheid sollen zwei Möglichkeiten stehen:
1. Ja – Ausbau und Inbetriebnahme von höchstens 12 AKW's
2. Nein – Sofortiger Stop für im Bau befindliche AKW's und eine Abwicklung der 6 im Betrieb befindlichen AKW's über einen Zeitraum von 10 Jahren.
Der genaue Zeitpunkt des Volksentscheids steht noch nicht fest, doch spätestens im Frühjahr 1980.

ZUGLUFT FÜR GORLEBEN

Am 16. Mai erhielten wir das hier abgedruckte Flugblatt mit der Post:

„Im Zuge der Bauverhinderungsmaßnahmen für die Atommüllfabrik Gorleben überall in der BRD, haben wir gestern dem Hanauer Büro der Firma Nuclear Ingenieur Service einen Besuch abgestattet. NIS ist direkt an dem Bau und an der Planung von Gorleben beteiligt.
Wir hoffen, daß durch die von uns zerstörten Fenster ein frischer Wind weht UND DIE ANGESTELLTEN SICH ÜBERLEGEN, AN WAS SIE DA ARBEITEN.
IHR Büro wurde von uns auch noch mit EINIGEN grünen Farbbeuteln verschönert. Grün als FARBE UNSERER HOFFNUNG, DASS GORLEBEN NIE FERTIG GEBAUT WERDEN DARF.
UNS WÜNSCHEN WIR DIE STILLEGUNG UND DEN SOFORTIGEN BAUSTOP ALLER ATOMANLAGEN.
DEN ANGESTELLTEN DES BÜROS VIELE FREIE TAGE.
Wenn die 140.000 in Hannover nicht reichen, müssen wir zur Waffe greifen.
Bis bald GRÜNE ZELLEN"

LÜBECK – STRASSENMUSIKFEST 27. BIS 30. MAI

Vom 27. bis zum 30. Mai findet in Lübeck ein Straßenmusikfest statt. Kontaktadresse für Musiker, Straßentheaterleute, Pflastermaler usw. ist:
die alternative, Hüxstr. 69, 2400 Lübeck

BERLIN – EIN PLATZ AN DER SONNE

Aus dem „Sumpf" der Westberliner Linken ist entsprungen unter anderem ein Projekt, das seit Jahren Arbeiterkinder in Sanierungsgebieten, Obdachlosenheimen und siedlungen des Unsozialen Wohnungsbaus „betreut".
Ihre Erfahrungen haben die Damen und Herren (Betreuer) in einem Buch zusammengefaßt.
Berichtet wird über:
- pädagogische und politische Ansprüche und wie es ihnen damit ergangen ist
- Auseinandersetzungen mit der Senatsverwaltung
- Wiedersprüche der Selbstverwaltung
- Probleme der türkischen Kinder und Familien.
- Erfahrungen mit den Eltern in der Projektarbeit.

Leute die in dem gleichen Bereich arbeiten, hätten bestimmt keinen Nachteil dabei, mal einen Blick in das Buch zu werfen. Erschienen ist das Buch im Basis-Verlag, 1 Berlin 15, Postfach 645 unter dem Titel „Ein Platz an der Sonne".
Kontakt: Bürgerinitiative Wedding – Bürgerberatung – Arbeiterkinderladen, Prinz-Eugen-str. 8, 1 Berlin 65

BERLIN – MATERIALIEN ZUR ARBEITERSELBSTVERWALTUNG GESUCHT

Leute aus Berlin, die an einem Buch über LIP (1973/74) arbeiten, suchen noch Material dazu. Gebraucht wird außerdem Material über „Arbeiterselbstverwaltung" 1970-79.
Kontakt: Detlef Merkle, Forum Kreuzberg, Eisenbahnstr. 21, 1 Berlin 36

Stuttgart **Material zur Kriminalisierung von AKW-Gegnern gesucht**

Die Antirepressions-Gruppe Stuttgart benötigt möglichst bald zur Herstellung einer Broschüre Material der letzten 7 Jahre über die Kriminalisierung von AKW-Gegnern; auch zur Repression innerhalb von Betrieben (Entlassungen, Gewerkschaftsausschlüssen usw.).
Antirepressionsgruppe Stuttgart, c/o Lydia Bauer, Am Bergwald 2, 7000 Stuttgart 61.

Heidelberg **Zusammenfassung zu Hermann Feiling**

Mittlerweile gibt es einen zusammenfassenden Bericht über die Ereignisse und die Verhöre, denen der Heidelberger Hermann Feiling seit dem 23. Juni 78 ausgesetzt war. Feiling verlor an diesem Tag bei einer Bombenexplosion in seiner Wohnung beide Beine und das Augenlicht. Schwer verletzt wurde er verhört. Aufgrund von Aussagen, deren Zustandekommen zweifelhaft ist, wurden später weitere Leute verhaftet (siehe ID 249/50, 248,254). Wir drucken diese Zusammenfassung nicht ab, da sie in wesentlichen Teilen dem entspricht, was wir bereits im ID dokumentiert haben. Wer Interesse an der überschaubaren Zusammenfassung der Geschehnisse hat, kann diese bei uns als Fotokopie bekommen, Zusammengestellt wurde sie vom „Solidaritätskomitee für Hermann und Sybille".
Kontakt: ID

P.S.: Die Zusammenfassung ist nicht identisch mit der Broschüre „Wendet das Blatt bevor es welkt", die in der ID-Nr. 278 angeboten wurde. Die Politische Buchhandlung in Heidelberg, bei der es diese Broschüre gab, teilt mit, daß sie mittlerweise verkauft und vergriffen ist.

Patrick aus München fand diese Meldung in der Zeitung „ADAC-Motorwelt" 5/79, die jedes ADAC-Mitglied umsonst erhält. Er meint, daß alle Tramper ihre Erfahrungen aufschreiben sollten, „damit die Autofahrer, die sonst immer nur elegant vorüberrauschen, auch mal die andere Seite mitkriegen".

Schreiben Sie uns
Erfahrungen von und mit Anhaltern
Kaum erinnern die ersten Sonnenstrahlen an den Frühling, bevölkern sie wieder die Ausfallstraßen zur Autobahn: die jungen Leute, die mit dem hochgestreckten Daumen auf Europatrip gehen, die Anhalter oder Tramper. Ganz unproblematisch ist diese billige Reiseart allerdings nicht immer.
Die MOTORWELT möchte darüber berichten. Wenn Sie uns Ihre Erfahrungen als Anhalter oder Mitnehmer mitteilen wollen, dann schreiben Sie bitte unter dem Stichwort „Anhalter" an die Redaktion der ADAC-Motorwelt, Postfach 70 00 80, 8000 München 70.

Und: Schickt mal immer einen Durchschlag an den ID.

PFINGSTEN: DEMONSTRATION GEGEN DEN SCHNELLEN BRÜTER

KALKAR 23.Mai

Am Pfingstsonntag, den 3.Juni 1979 findet in Kalkar eine internationale Großdemonstration gegen den Schnellen Brüter statt. Aus Düsseldorf und anderen Städten sollen Busse fahren. Andere Leute, aus Neuss, Krefeld und Mönchengladbach wollen mit dem Fahrrad fahren.
Weitere Informationen über Kontakt: Christa Frey,
Telefon 02182 / 4134

HANNOVER-ZELTLAGER
vom 1.-4. Juni am AKW-Grohnde

HANNOVER 23.Mai

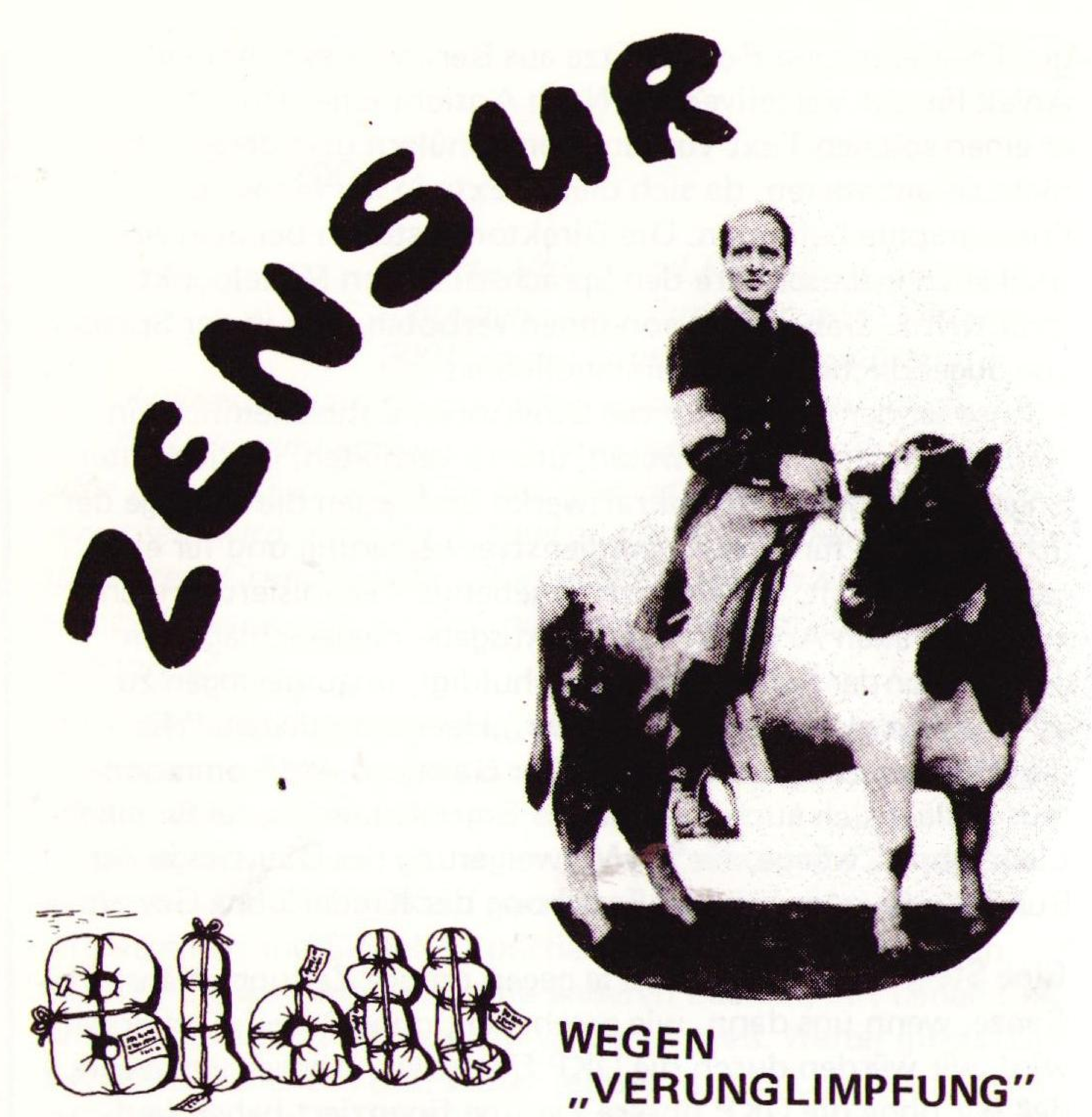
Liebe Atomkraftgegner, wir meinen, daß wir uns endlich mal wieder um Grohnde kümmern müßten, denn am AKW Grohnde wird fleißig weitergebaut. Zur Zeit ist Gorleben der Nabel der Anti-Atom-Welt und das kann ja wohl nicht so bleiben. Deshalb kam der Vorschlag in Grohnde zu Pfingsten ein Zeltlager zu machen, um über dies und das und jenes zu reden. Konkret heißt das, wir wollen uns mit vielen Leuten am Sonntag über den neuesten Stand des AKW's informieren und über unseren praktischen Widerstand reden und ihn sogar zu planen.

Weitere Vorschläge waren Kriminalisierung und Amnestie. Am Pfingstsamstag soll Öffentlichkeitsarbeit in den umliegenden Dörfern gemacht werden und deswegen müßt ihr Materialien, Büchertische usw. und Ideen zu Grafik und Musik mitbringen.
Am Abend ist eine Veranstaltung in Kirchohsen geplant. Außerdem soll am Montag, um 14.oo Uhr eine Demonstration vor dem AKW stattfinden. Ihr müßt Zelte und Essen selber mitbringen.

Plenum der Hannoverschen Bürgerinitiative

TÜBINGEN – 'VW DO BRASIL'

Die 'Brasilien-Nachrichten', Monatszeitschrift der 'Aktion Brennpunkt Brasilien', hat eine Sondernummer zu 'VW do Brasil' herausgegeben.
„Die leichtverständliche Broschüre 'VW-do Brasil – Entwicklungshilfe im besten Sinne' nimmt den größten Multi Lateinamerikas aufs Korn."
Sie kostet 4.- und ist zu bestellen bei
Brasilein Nachrichten – Vertrieb, Belthlestr. 40, 74 Tübingen



BLATT WEGEN „VERUNGLIMPFUNG" BESCHLAGNAHMT!

MÜNCHEN 23.Mai *Mittwoch, den 23.Mai ist mal wieder die „führende Stadtzeitung des süddeutschen Raumes" (viele Grüße an Thomas), das Münchner BLATT beschlagnahmt worden. Aber die Blattleute sollen selber berichten:*

„Ihr Lieben!

Anläßlich der Wahl des Bundespräsidenten hat der Staat heute auch in München Stärke bewiesen. Zum dritten Mal seit Bestehen unserer ehrenwerten Zeitung wurden unsere Redaktionsräume von der Polizei durchsucht und die gesamte verbliebene Auflage des BLATT's (hier die Nr. 146) beschlagnahmt. Ferner Druckvorlagen und, was wohl das Schlimmste ist, unsere Unterlagen für den BLATT-Vertrieb in München. Wenn wir die nicht schnellstens zurückkriegen, wird es uns schier unmöglich sein, die nächste Nummer zu verkaufen. Nebenbei wurde der Polizeicomputer um die Personalien zufällig anwesender Anzeigenkunden bereichert. Staatsanwalt Steiner, der das BLATT seit Jahren juristisch betreut, sah sich zu diesem Schritt genötigt aufgrund eines Offenen Briefes, den Heinz Jacobi an den Herrn Prof.Dr.Carstens richtete und den wir abgedruckt haben.

Jacobi hält Carstens „wie alle Altnazis in führenden Positionen geradezu prädestiniert, diesen mörderisc hen Staat zu vertreten. Wenn dieses - angeblich verunglimpfbare - Gebilde aus Anmaßung, Dreck, sinnfreier Ordnung, Mord, Übermut der Ämter, Gewissenlosigkeit und Zynismus einen Repräsentanten verdient, dann doch Figuren wie Filbinger oder Sie, korrekte Erfüllungsgehilfen der Barabei."

Nun, dieses Gebilde ist wohl tatsächlich verunglimpfbar. Die Beschlagnahme und das zu erwartende Strafverfahren stützen sich auf den uns sattsam bekannten § 90a StGB: „Verunglimpfung des Staates und seiner Symbole". Die Möglichkeit, sich durch derartige Veröffentlichungen Strafverfahren einzuhandeln, ist eine Sache. Eine andere ist, wegen einer Verunglimpfung zehn MP-bewaffnete Bullen auftreten zu lassen und eine Zeitung zu beschlagnahmen. Doch auch damit nicht genug: ebenfalls heute Vormittag wurden die Privatwohnungen des verantwortlichen Redakteurs und die von Heinz Jacobi gestürmt. Eine, was die Beweissicherung angeht, völlig bescheuerte Aktion. (Jacobi weilte übrigens zu diesem Zeitpunkt in Bonn, um als Franz Josef Strauss verkleidet gegen die Wahl von Carstens zu demonstrieren).

Eine weitere bedenkliche Konsequenz: über das vollständige Verzeichnis sämtlicher Münchner BLATT-Vertriebsstellen und der Anzahl der Blätter, die sie verkaufen, wird es Herrn Steiner in Zukunft je nach Lust und Laune möglich sein, das BLATT sicherstellen zu lassen, bevor auch nur ein Exemplar verkauft ist. Damit könnte gelingen, was über den Weg der Geldstrafenberieselung nicht möglich war: Kein Blatt mehr für niemand.
In diesem Sinne vielleicht bis bald
BLATT-KOLLEKTIV"

ALTERNATIVZEITUNG WEGEN ABDRUCK DES DPA–BESETZER–UNTERSTÜTZUNGSFLUGBLATTES KRIMINALISIERT!

Lüneburg 21. Mai In der Lüneburger Alternativzeitung „Die Taube" vom 15. Dezember 78 (Nr.7) wurde ein Flugblatt verschiedener Hamburger Gruppen zur Unterstützung der 11 in Frankfurt festgenommenen DPA Besetzern im Wortlaut abgedruckt. Hinzugefügt war lediglich der Hinweis, daß es sich um ein Hamburger Flugblatt handelt. Drei Monate nach erscheinen dieser Ausgabe geschah nichts, sodaß der i.S.d.P.V. der Zeitung mit gutem Gewissen auf eine dann versandte Vorladung des Landeskriminalpolizeiamtes Niedersachsen zur Lüneburger Kriminalpolizeiinspektion 7.K marschierte.
Dort geschah dann, für ihn unerwartet, folgendes:
Es wurden ausführlichst Fingerabdrücke genommen und Karteifotos geschossen. Dann wurde die Person aufgrund des Verdachtes auf Unterstützung einer kriminellen Vereinigung vorübergehend festgenommen und zwei Stunden in einer Zelle in Gewahrsam genommen, da eine Hausdurchsuchung erforderlich sein sollte.
Dort wurden dann diverse papierliche Arbeitsmaterialien der eh geschäftigten Personen, sämtliche „Taube"-Exemplare und alles was mit jeniger Arbeit in Zusammenhang zu bringen ist, beschlagnahmt. Ein Ermittlungsverfahren gegen den Verantwortlichen und drei Mitarbeiter wegen § 129a Stgb.(Unterstützung einer kriminellen Vereinigung) ist damit offiziell eingeleitet.

Kontakt über die ID Redaktion



LEHRERZEUGNISSE BEDROHEN „SCHULFRIEDEN“

HAMBURG 6. Mai *Die Demokratische Jugendpresse Hamburg (DJHP) teilt mit, daß die am Wilhelm-Gymnasium erscheinende Schülerzeitung „Lichtblick“ zensiert wurde. Zuvor schon war die Wandsbeker Schülerzeitung „Stachel“ der Zensur zum Opfer gefallen. Die Jugendpresse schreibt:*

„Am Montag, 30. April, sprach Schulleiter Liermann dem „Lichtblick“ ein Vertriebsverbot aus. Drei von der Redaktion in der letzten Ausgabe angeregten Lehrerzeugnisse, diesmal abgedruckt, sah der Schulleiter als Bedrohung des Schulfriedens. Hatte Herr Liermann am Freitag, 27. April, noch von einer Krise im Lehrerkollegium des Wilhelm-Gymnasium als Grund für diese Zensurmaßnahme gesprochen, machte er am Montag seine Vertriebsgenehmigung vom Votum der drei in den Lehrerzeugnissen genannten Lehrer abhängig. Da ein Lehrer seine Einwilligung nicht gab, verkaufte die „Lichtblick“-Redaktion noch am Montag vor dem Schultor. Protestplakate und ein Transparent wurden ebenfalls am Montag aufgehängt.

Die DJPH sieht diesen jüngsten Zensurfall als eine Bestätigung ihrer Kritik an den derzeit geltenden Schülerzeitungsrichtlinien und allen Dingen an dem vor einer Woche vorgelgten Behörden-Neuentwurf, der die Zensurmöglichkeiten wesentlich ausbauen könnte.

Kontakt: DJHP, Postfach 101206, 2000 Hamburg 1.

„ZENSUR“ ZENSIERT

Oldenburg 13. Mai *Die Oldenburger Schülerzeitung „Zensur“ ist zensiert worden. In einer Pressmitteilung berichten die Redakteure über Zensur, die ihnen im März dieses Jahres widerfahren ist. Die Zeitung wird derzeit von 17 Schülern der 8. bis 13. Klasse am Schulzentrum Alexanderstr. mit einer Auflage von 2.000 Exemplaren herausgegeben. Die Schüler schreiben u.a.:*

. . .1. Im September '77 war die ZENSUR Ziel einer Hausdurchsuchung und eines Einbruchs, bei dem wichtige Unterlagen gestohlen wurden. Aufgrund eines Hinweises, daß in den angemieteten Redaktionsräumen „Flugblätter hergestellt würden“, verschaffte sich die Polizei mit Hilfe des Hauseigentümers Einlaß in unsere Räume (ohne unser Wissen), um darauf festzustellen, daß es Räume einer Schülerzeitung waren, in der keine illegalen Flugblätter gedruckt wurden. Am darauffolgenden Tag wurde von Unbekannten in unsere Räume eingebrochen, um unseren gesamten Briefverkehr, einige Rechnungen und die Adressenliste zu entwenden. . .

II. Die zweite Behinderung fand im Mai '78 statt. Die zehnte Ausgabe unsrer Zeitung durfte nicht auf dem Schulgelände verteilt werden, da sie nach Meinung der Direktoren (Hauptschule, Realschule, Gymnasium), nicht dem Bildungsauftrag entspreche. Wir hatten in der zehnten Ausgabe eine Seite veröffentlicht, auf der neben einer Zeichnung eines demolierten Klos (um die Zustände an unserer Schule darzustellen) auch „Klowandsprüche“ abgebildet waren. Ebenso erregte die Direktoren, daß ein Schüler in einem Interview über den Unterrichtsstil einer Lehrerin gesagt hatte: „Am Besten, die würde abkratzen“. . .

III. Den bisherigen Höhepunkt, und das ist auch eigentlich der Anlaß, weshalb wir uns an die Presse wenden, bildete das erneute Verteilverbot auf dem Schulgelände. Anlaß dazu bildete für die Direktoren die zwölfte Ausgabe der ZENSUR, die im März erschien.
Im Rahmen unseres Hauptthemas, in dem wir mehrere Artikel über die „Liebe“ abdruckten, veröffentlichten wir auch einen Ausschnitt aus dem Theaterstück „Was heißt hier Liebe“ von der Theatergruppe Rote Grütze aus Berlin. Dieser Artikel war Anlaß für das Verteilverbot. Nach Ansicht eines Direktors kann er einen solchen Text vor jüngeren Schülern und deren Eltern nicht verantworten, da sich diese Texte in der Nähe von Pornographie befänden. Die Direktoren stellen bei dem Artikel auch insbesondere den Sprachstil in den Mittelpunkt ihrer Kritik. Dabei wird von ihnen verboten, was in der Sprache von Jugendlichen selbstverständlich ist . . .
Ebenso ist der Artikel für die Direktoren wahrscheinlich ein willkommener Anlaß gewesen, uns zu verbieten, da sich unser Engagement gegen Atomkraftwerke und gegen die Zwänge der Schule, sowie für eine Kriegsdienstverweigerung und für eine gesunde Umwelt, die eine weitergehende Technisierung nicht zuläßt, in allen Artikeln der 12. Ausgabe niederschlägt. Wir wurden von der Schulleitung beschuldigt, unausgewogen zu sein, um im gleichen Atemzug der „Handlungsdienste“ für die DKP bezichtigt zu werden. Der Geist des Antikommunismus schlägt sich auch hier nieder. Ergreift man Partei für eine Liebe ohne Zwänge, für die Verweigerung des Dienstes in der Bundeswehr oder für eine Erziehung der Kinder ohne Gewalt

Eine Steigerung der Vorwürfe gegen unsere Zeitung erfährt das Ganze, wenn uns dann, wie geschehen, ohne Beweise unterstellt wird, wir würden durch die DKP finanziert. Abgesehen davon, daß wir ohne die DKP unsere Zeitung finanziert haben (aufgrund von Anzeigen und einer großen Veranstaltung), erscheint uns diese Unterstellung wiederum als Vorwand unsere Arbeit zu diskriminieren und vor allem jüngere Schüler in der Redaktion vor einer weiteren Arbeit abzuschrecken. Eine letzte Steigerung, die unserer Meinung nach nicht unerwähnt bleiben darf, ist die Androhung eines Schulleiters, uns gerichtlich zu untersagen, den Namen der Schule im Anhang an den Namen „Schülerzeitung“ zu führen (also nicht mehr Schülerzeitung am Schulzentrum Alexanderstraße, sondern nur noch Schülerzeitung). Nach Ansicht des Schulleiters soll dies verhindern, daß Personen außerhalb der Schule der Ansicht sind, daß die vertretene Meinung innerhalb unserer Schülerzeitung mit der gesamten Meinung des Schulzentrums identisch sei. So absurd für uns überhaupt der Gedanke ist, die Meinung des Schulzentrums wirklich widergeben zu können (17 Schüler/innen können nun wirklich nicht die Gesamtmeinung inklusive der Meinung der Lehrer wiedergeben), so verstehen wir auch diesen Versuch der Schulleitung als einen Angriff gegen unsere Arbeit und gegen die Freiheit der Meinungsäußerung innerhalb der Schule.

Kontakt: Schülerzeitung ZENSUR, c/o S. Dreesmann, Theodor-Storm Str. 15, 2903 Bad Zwischenahn, Tel.0441/ 69751

GEFANGENENZEITUNG BLITZLICHT BESCHLAGNAHMT

Berlin 13. Mai *Die Nummer 4 der Gefangenenzeitung „Blitzlicht“, die von den Gefangenen der Teilanstalt III in Moabit gemacht wird, ist beschlagnehmt worden. Die Betroffenen schreiben dazu:*

„Für die Leitung der Teilanstalt III der UHuAA Moabit scheint die eigene Anstaltszeitung „Blitzlicht“ nicht mehr genehm zu sein. Bereits die vierte Ausgabe des Pressedäumelings scheint nicht so brisant zu sein, daß die Anstaltsleitung sich veranlaßt sah, sie den Gefangenen und der Öffentlichkeit vorzuenthalten; „Blitzlicht“ wurde kurzerhand für den Anstaltsbereich beschlagnahmt. Die Versendung der geretteten Restauflage findet mit Zustimmung des Redaktionskollektivs und des Presserats statt.“

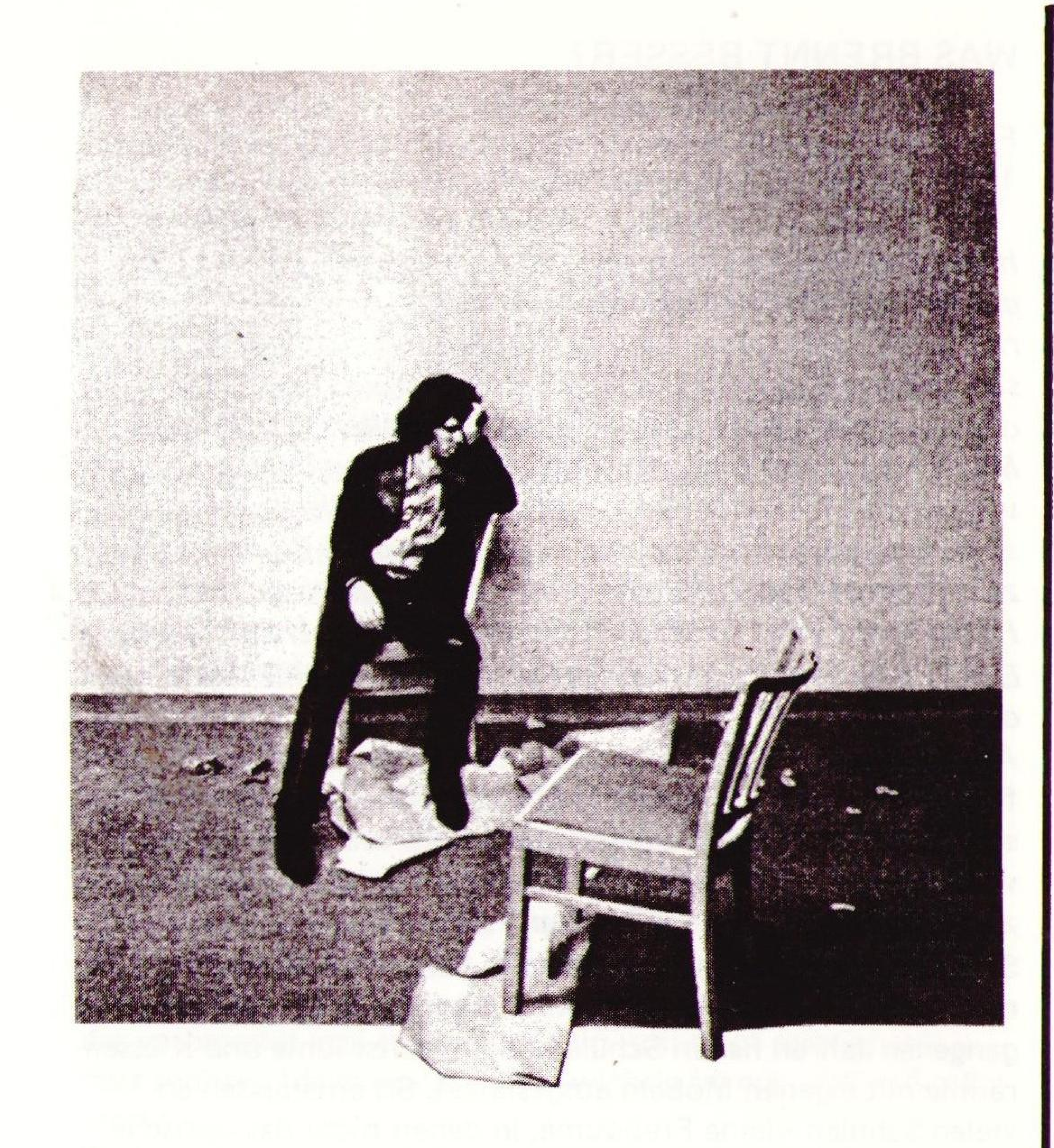
Redaktionsanschrift: UH u. AA Moabit (TA III), Altmoabit Altmoabit 12a, 1 Berlin 21

BETRIFFT: 2001

Frankfurt
2. Mai

Brigitte Volert und Karl-Heinz Schreieck schreiben: "Die Funktion des ,Versands 2001' in der linksalternativen Literatur- und Medienszene stinkt uns schon lange. Wir wissen auch, daß der 2001-Versand entweder als Anzeigenkunde oder als Vertrieb seine Pfoten in so vielen Sachen drin hat, daß nicht jede Zeitung bereit sein wird, unseren Artikel zu veröffentlichen. Gerade aber aus diesem Grund finden wir es wichtig, mal an die Öffentlichkeit zu bringen, was für das ,normale Publikum' als ,alternativ' verkauft wird."

„Man hört vieles, liest einiges, überlegt selbst und schreibt dann schließlich — 2001, was ist das für ein Laden, was wird dort gemacht, welchen Anspruch hat er?
Angefangen hat's vor 10 Jahren in der Zeitschrift Pardon mit Anzeigen über den Verkauf von revolutionären Handtüchern mit Hammer und Sichel, importierten Gangster-Limousinen, Comix, Liebes-Amoulette und anderen Sachen, mit denen sich in dieser Zeit ganz sicher Geld verdienen ließ. Weiter ging's dann mit Ramschbüchern und später seriöser mit Bücher-Ramsch (März-Verlag, Wagenbach, Trikont) ebenso mit Platten.
Dabei formuliert er den Anspruch, billig zu sein und äußert Stolz darüber (Merkheft 10, 11). Ach, was freut sich da die Kundschaft, kann sich doch endlich auch der Bafög- oder Sozialhilfeempfangende Genosse seine heißersehnte Lieblingsplatte leisten! Und was für ein schönes Angebot, alles was sich die linke Seele erträumt.
Undso beschreibt es der Chef von diesem Traumladen, Lutz Reinecke: „Die Atmosphäre ist sehr sanft dort(im Laden, d.V.) und wenn wirklich mal geflucht wird, dann von Leuten, die vorher woanders Platten gekauft haben und jetzt unsere Preise sehen" (Merkheft 11). Doch leider erging es uns öfter gerade umgekehrt, manche Platten sind woanders billiger, und manche Bücher findet man in anderen Läden zum gleichen Preis.
Aber die Frage ist, warum v iele Sachen billiger sind: das hängt unter anderem damit zusammen, daß 2001 fast nichts eigenes verlegt (wie phantasielos). Und diese Bücher, die verlegt werden, sind auch nicht gerade billig.
„Wir sind kein Verlag, wir sind ein Verkauf" (Merkheft 23) und „Wir haben uns auf Nachdrucke und andere sichere Sachen spezialisiert", so Lutz Reinecke im Merkheft 10. Eine solche sichere Sache sind dann z. B. die März-Bücher, die er nach Übernahme des Verlages nachgedruckt hat und um deren Absatz er sich keine Sorgen machen mußte. Ähnlich bei Trikont, der in Geldschwierigkeiten war und von dem 2001 Platten und Bücher zum Ramschpreis aufkaufte. 2001 ist halt in der Lage, sofort Bargeld auf den Tisch zu blättern, was bei der linken Zahlungsmoral ein äußerst geschätzter Umstand ist. Wo immer ein Verlag pleite zu machen droht oder in Schwierigkeiten steckt, reicht der 2001 seine hilfreichen Hände. Und da dies bei Kleinverlagen häufiger vorkommt, ist 2001 mittlerweile fast überall anzutreffen. Es ist eben doch ziemlich einfach, billig zu sein und trotzdem Kohle zu machen, wenn einer alles so schön fertig und absatzerprobt abstauben kann.
Das ist der eine Punkt. Ein anderer: Da geht so ein „Gerücht" um — welcher Ketzer das immer verbreitet hat, na so was!, welches besagt, der 2001 täte Hausfrauen in Heimarbeit beschäftigen! Nachzulesen in einem „Spiegel" vom Januar 77 (Nr. 3).
Wie Hausfrauenheimarbeit hier so aussieht, wie sie bezahlt wird etc. (keine Krankenversicherung, keine rechtliche Absicherung) ist wohl jedem hinreichend bekannt.
Aber diese Gerüchte glauben wir selbstverständlich nicht. Wie könnte der Lutz Reinecke, der immer soo liebe Briefe in seinen Merkheften schreibt, so böse sein?
Aber bei genauerem Studium dieser Briefe stellt man fest, daß er doch böse ist, denn er betont in fast jedem Brief seine Ge-



schäftstüchtigkeit. So läßt er seinen Partner Treumann sagen: „Geschäft ist Geschäft und der Rubel muß rollen" (Merkheft 22).
In kollegialem Ton, mit dem er die Kunden versucht anzusprechen, bringt er geschickt eine raffinierte Verkaufspsychologie unter; so z. B. erzählt er ein Histörchen von einer Kaffeefirma, deren ,Mitarbeiterinnen' sich wegen diskriminierenden Inhalten in einem Buch beschwert hatten (Merkheft 20). Zum einen macht er sich über die Beschwerde lustig, schlimm genug. Wichtiger aber ist: Die Kritik — berechtigt oder nicht, — vielleicht auch erfunden — schlachtet er zu Werbezwecken aus. Das Geschichtchen wird in „witziger" Überheblichkeit dem Publikum mitgeteilt (der Unterton: „Wir sind uns doch einig, hm? "), gleichzeitig gibt er Bestllnummer und Preis mit an.
So wird das Buch dem Leser schmackhaft gemacht. Mit dem Ton des Kumpels, mit den Schlafzimmergesprächen über betriebliche Probleme wir eine heimelige Atmosphäre geschaffen, die den Kreis der linken, Bewußten, Alternativen, Intellektuellen ansprechen und über die bürgerliche und kapitalistische Betriebsführung und Einstellung des Besitzers hinwegtäuschen soll.
Und leider gelingt ihm das auch, denn viele fühlen sich angesprochen und bestellen, bestellen Bücher, wovon Lutz Reinecke bei einigen behauptet, daß es diese nur bei ihm gäbe. Er ködert die sogenannten Linken, Alternativen, Bewußten, Intelektuellen mit dem Anspruch, billige Platten zu haben, obwohl es manchen Platten woanders auch billiger gibt, aber niemand sich umschaut, selten jemand bewußt vergleicht und das Schlimmste der 2001-Versand genießt mittlerweile einen linken und alternativen Anstrich, den er gar nicht hat.
Und ein Bravo für die Trikont-Leute, die ein so „großartiges" Geschäft mit 2001 abgeschlossen haben! Und andere Verlage? Einige arbeiten mit 2001 zusammen, und welche Ansprüche haben die? Ist denn die Szene von 2001 abhängig, nur weil Lutz Reinecke Geld in der Tasche hat und sofort bezahlen kann?
Das Motto einer linken Gegenbuchmesse war einmal: „Bertelsmann wir kommen!" Wir fragen uns, wohin wir gekommen sind, wenn jeder mit dem Bertelsmann der Polit- und Alternativszene" sprich 2001, zusammenarbeitet. Haben wir wirklich keine andere Möglichkeiten? ? ?

WAS BRENNT BESSER?

Frankfurt
16. Mai 1979

Der in Frankfurt berüchtigte Chef des Stadtschulamtes, Mihm, – bekannt dadurch, daß er am 28. Januar Schüler verhaften ließ, die ihn zu einem Gespräch über das Verbot einer antifaschistischen Veranstaltung besuchen wollten - hatte bereits am 22.Januar gewaltig zugeschlagen. Seine Behörde verschickte Schreiben an alle Schulen und Kindertagesstätten, daß das Plakate ankleben verboten sei an allen städtischen Mauern. Und damit nicht genug. Alle „Privatmöbel", also nicht von der Stadt finanziertes Gestühl in den schülereigenen Teestuben und Aufenthaltsräumen sei wegen der „Brandgefahr" zu entfernen. Frage: Was brennt besser? Ein städtischer Holzschemel oder Großvaters Ohrensessel vom Dachboden? Der Frankfurter Stadtschülerrat berichtet über eine Aktion zu dem „Stuhlerlaß":

Am Mittwoch, dem 16.Mai 1979, haben Vertreter von Frankfurter Schulen ihren Protest gegen die Anordnung des Stadtschulamtes zum Ausdruck gebracht, der zur Folge alles Inventar an Frankfurter Schulen, das nicht Schuleigentum ist, zu entfernen ist. Diese Anordnung zerstört alle Ansätze von Schülern, die ohnehin katastrophale bauliche Situation an den Schulen durch Eigeninitiative zu verändern. In den vergangenen Jahren haben Schüler Aufenthaltsräume und Klassenräume mit eigenen Möbeln ausgestattet. So entstanden an vielen Schulen kleine Freiräume, in denen nicht das optische Schuleinerlei vorherrschte. „Wir hatten es satt, auch noch in den Pausen oder Freistunden auf genormten Einheitsstühlen, in Einheitsräumen, von deren Decken der Verputz bröckelte, unsere Zeit abzusitzen", erklärte der Stadtschülerrat zu der Aktion im Stadtschulamt. „Wenn man wartet, bis die Behörden da was unternehmen, wird man alt und grau!" Etwas Farbe, selbst besorgte alte Möbel und viel Engagement für den „Arbeitsplatz: Schule" halfen da schon schneller Abhilfe.

Dem Versuch die Schulen durch Eigenarbeit „menschlicher zu machen" wurde durch die Anordnung des Stadtschulamtes jedoch auf drastische Weise Einhalt geboten: „Noch in dieser Woche werden die ersten Aufenthaltsräume an einigen Schulen ausgeräumt." Das die Schüler dieser neuen Schikane des Stadtschulamtes einiges entgegenzusetzen haben, das zeigt die Aktion des Stadtschülerrates am Mittwoch. „Eine Sache für die man uns wohl nicht verhaften kann. Wir haben die Anordnung eben wortgetreu ausgeführt."

Der Stadtschülerrat wird auch weiterhin alle Möglichkeiten des Widerstandes gegen „Herrn Mihm und seine Helfershelfer" ausschöpfen, wenn wenn es gilt, gegen behördliche Willkür vorzugehen. „Man kann uns verhaften und fotographieren. Kleinkriegen wird uns Herr Mihm aber dadurch nicht!" Auf die behördliche Argumente, daß private Möbel brandgefährdet seien, erwidert der Stadtschülerrat: „Erstens einmal brennen auch Schulmöbel. Wenn Herr Mihm das nicht glaubt, so ist der Beweis dafür ohne Probleme anzutreten. Zweitens sind eine ganze Reihe anderer Gebäude, wie etwa in der Universität, ebenfalls mit privatem Mobiliar ausgestattet. Entscheidend ist aber für uns die Tätigkeit des Stadtschulamtes. Die alte Forderung nach menschlicheren Schulen und einer entsprechenden Umgestaltung der bestehenden Schulen wurde aus Kostengründen nie erfüllt. Wenn jetzt Schüler selbst Initiative ergreifen, dann reagiert das von Mihm geführte Schulamt wie gehabt: die Verbote und Anordnungen sollen jede Aktivität unterbinden. Wenn Herrn Mihm die Aufenthaltsräume nicht passen, dann soll er dafür sorgen, daß ‚schuleigene' aus städtischen Mitteln finanziert werden."

In diesem Zusammenhang weist der Stadtschülerrat auf die Tatsache hin, daß das Stadtschulamt sogar bereits aus Landesmitteln finanzierte Bau- und Renovierungsprogramme verschleppt. „An der August-Henze-Schule und der Karmeliterschule rieselt weiterhin der Kalk, weil Mihms Bürokraten nur in der Lage zu sein scheinen, die Ziffern 110 zu wählen. Bereits genehmigte Bauprogramme einzuleiten ist wohl schon eine Überforderung dieser Herrn", erklärte der Stadtschülerrat. „Wir möchten die Aktion im Stadtschulamt jedoch nicht als Anzeichen dafür mißverstanden wissen, daß die Aufenthaltsräume nun freiwillig geräumt werden. So einfach soll es Herr Mihm dann doch nicht haben", erklärte der Stadtschülerrat.

Unterzeichner: Schülervertretung der Stadt Frankfurt – der Vorstand – Große Bockenheimer Str. 29, 6 Frankfurt

IM JAHR DES KINDES

Nürnberg
20. Mai

Am 5. juni ist in nürnberg ein prozeß gegen den ulli aus der indianerkommune. Ulli wurde vom jugendamt angezeigt, wiel er im letzten jahr den elfjährigen michael s. vor seiner prügelnden Mutter, vor dem jugendamt bzw. vor der polizei „versteckt" haben soll. Michael, der als „sonderschüler" eingestuft wurde, lebte über ein jahr auf ständiger flucht vor den behörden. Sein verbrechen war auf schule, elternhaus und auf sozialarbeiter zu pfeifen. Teils schlief michael in der indianerkommune, zumeist aber auf der straße, denn wir hatten sein hiersein öffentlich gemacht. Am schluß mied micha unser haus fast ganz, weil er berfürchten mußte, von der polizei aus unserer anonymen zufluchtstätte herausgerissen zu werden. Von polizisten, die permanent auf uns gejagt werden, immer wieder, wenn michael oder ein anderer ausreisser, oder einfach nur ein paar spielende kinder aus der nachbarschaft bei uns gesehen werden. Sie sind nicht speziell für die probleme mir kindern wie michael ausgebildet. Sie wissen nicht, daß ihr überfall auf die jugendlichen in unserem haus jedesmal ein traumaartiges erlebnis ist, das für viele oftmal einen schock fürs ganze leben bedeutet oder auch oft den haß ins unermeßliche stegert. Aber die beamten beteuern daß sie ja nur ihre dienstpflicht tun. Nebenbei mal ihre kurze bemerkung: „is ja gut, daß ihr vermieter das alles mal wieder mirgekriegt hat, gut, daß sie nun wahrscheinlich rausfliegen." oder: „wir dürfen ja unser auto wohl noch irgendwo parken, oder? " (vorm haus)

Wissen sie wirklich nicht, was den jugendlichen angetan wird, wenn sie wie verbrecher hier kontrolliert, herausgezerrt und erstmal in kleine zellen von übergangsheimen gesteckt werden, bevor sie dann zurück zu prügelnden eltern oder in „schöne" heime verfrachtet werden? Das jugend amt nbg. wußte keinen weg für michas wunsch nach austoben und zärtlichkeit. Ist das jugendamt nicht oft an dem teufelskreis von kinderselbstmorden mitschuldig? Intelligent, diese geschickten „pädagogen", die den kindern die geschichten von den „schönen" heimen erzählen. Ist das nicht auch eine art t e r r o r , kinder von der straße wegzufangen und in 500 km entfernte heime zu verschleppen? Kindern nicht das recht einzuräumen, selbst zu bestimmen, wo und wie sie lernen wollen? Die strafverfolgung derer, die er liebte, verändert michaels situation vollkommen. Durch geschickte verhörmethoden wurde michael inzwischen so weit umgedreht, daß er „nichts mehr von uns wissen will" unter dem druck von Verhörern bringt man ihn nun dazu, allemögliche verachtenden aussagen über uns zu machen, obwohl er sich vorher aufgedrängt hatte, sich bei uns aufhalten zu dürfen bzw. mir uns zu leben. Michael hatte hier wie etliche andere kinder etwas verständnis, etwas schutz vor seiner prügelnden mutter, etwas schutz vor der gosse, vor der drogenszene, vor dem heim, vor der grausamen verfogung seitens der behörden gefunden. Er forderte sein recht, seine prügelnde mutter und die stressige schule abzulehnen und bei uns aufzuwachsen.

Es ist unglaublich, wie hier in Nürnberg zur zeit mir den kindern und jugendlichen umgegangen wird, wenn sie sich nur ein klein bißchen nicht anpassen. Das alles im heuchlerischen jahr

des kindes, das den kindern immer mehr luft zum atmen nimmt. Brutal, wie die behörden mir den jugendlichen umgehen, die auch nur einmal unsere kommune besuchen wollen. Geschweige denn, wenn sie hier l e b e n wollen. Man stecke ein indianerkind in eine deutsche schule und lasse es von einem psychiater durchleuchten. Man wird einen interessanten „fall" aus ihm machen. Man wird es in den strudel der unsichtbaren brutalität hereinzureißen versuchen und es „pädagogik" oder „therapie" nennen. Wir haben angst vor der ungeheuerlichen brutalität der polizei. Wir haben aber auch angst vor der resignation vieler betroffener und vor der geringen öffentlichen solidarität.

di 5.6., fürtherstr. 110 (amtsgericht nürnberg) zi 51 8.15 uhr

um der dauernden mietbedrohung ein ende zu bereiten, suchen wir großzügige spender, die uns zu einem kleinen reservat verhelfen. Wir wollen nicht mehr auf der straße liegen.
Konto: 5943113/90 (carl) commerzbank nürnberg

Kontakt: Vorbereitungsgruppe, Postfach 150574, 85 Nürnberg 15 Reimers

Für die vollständige Gleichberechtigung aller Kinder und Jugendlichen soll am 2. Juni um 11 Uhr am Bahnhofsvorplatz in Nürnberg eine Demonstration und ein Hunger-Sitzstreik sein.



HOMOLULU – INTERNATIONALES SCHWULENTREFFEN

Frankfurt 13.Mai *Vom 23. bis 29. Juli findet in Frankfurt ein internationales Schwulentreffen statt. Die Veranstalter schreiben dazu:*

Vor ein paar Wochen haben wir nach Homolulu eingeladen. Unser gelbes Plakat haben wir an Adressen auf der ganzen Welt verschickt und jetzt hoffen wir, daß auch von überall her Leute kommen werden. Auf der Einladung haben wir vor allem Vorschläge für Workshops gemacht. Homolulu soll aber nicht nur Kongreß werden, sondern wir wollen vor allem ,mal für eine Woche mit Schwulen und Lesben aus aller Welt zusammenleben und -feiern. Wie das aussehen soll, stellen wir uns so vor:

1. LESBEN
Bisher sind an der Organisation fast nur Schwule beteiligt. Wir hoffen aber, daß die Lesben, obwohl sie erst reichlich spät von uns angesprochen worden sind, auch kommen und ihren Teil von Homolulu beanspruchen werden. Technische Probleme gibt es nicht, weil alles, was organisiert ist oder wird so angelegt wird, daß kurzfristige und spontane Unternehmen nöglich sind.

2. WOHNEN
Für Leute, denen der Spaß nicht vergeht, wenn sie auf selbstmitgebrachter Luftmatratze und Schlafsack übernachten, haben wir ein riesiges Haus in der Stadt, wo wir uns einrichten können.
Außerdem organisieren wir Unterbringung in WG's.
Wer auf einen gewissen Luxus nicht verzichten möchte, kann natürlich auch in eine Pension oder in ein Hotel ziehen. Das können wir allerdings nicht organisieren. Bitte wendet Euch dafür an den Frankfurter Fremdenverkehrsverein, Hauptbahnhof, 6000 Frankfurt, Telefon 0611- 232 218

3. VERPFLEGUNG
Es gibt Frühstück und ein warmes Essen täglich, damit auch die, die alleine wohnen, Gelegenheit haben, mit anderen ins Gespräch zu kommen.

4. WORKSHOPS
Wir haben die ganze Woche das Studentenheim der Uni Frankfurt zur Verfügung. Es ist also genügend Raum vorhanden, sich mir ein paar Leuten zusammenzusetzen , zu reden und gemeinsam etwas auf die Beine zu stellen. Für Themen, über die man reden könnte, haben wir auf dem Einladungsplakat schon ein paar Vorschläge gemacht. Darauf soll Homolulu aber nicht beschränkt sein. Wer zusammen Theater spielen, singen, tanzen oder irgendetwas anderes machen will: ob ihr das vorbereitet und nach Homolulu mitbringt oder ob wir dort spontan Ideen realisieren – wichtig ist nur, daß es Spaß macht.
Wichtig finden wir, daß ein INTERNATIONALER AUSTAUSCH STATTFINDET. An einem Tag wollen wir deshalb über das, was es an Schwulenbewegung in den verschiedenen Ländern gibt, berichten und in Ruhe über Erfahrungen und und Vorstellungen sprechen. Damir das für möglichst viele interessant wird, bitten wir alle Gruppen, bereits Beiträge dazu nach Homolulu mitzubringen. Wenn es möglich ist, besorgt vorher selbst Übersetzungen, sodaß alles in D,E,F, vorliegt. Wenn das nicht geht, schickt uns Eure Beiträge so bald wie möglich in einer der drei Sprachen, damit wir sie übersetzen können.

5. KULTUR / SUBKULTUR
In HOMOLULU wird die schwule Kultur blühen!
Verschiedene Theatergruppen und Sänger werden dabeisein, außerdem wollen wir ein kleines Filmfestival veranstalten. Der Theater- und Filmsaal steht uns ständig offen, sodaß wir jederzeit zusätzliche Ideen verwirklichen können.

6. RELIGIÖSE GRUPPEN aus verschiedenen Ländern bereiten einen ökumenischen Gottesdienst vor.

7. ORGANISATION
Zum ersten Mal wird der Vulkan von Homolulu am Montag-Abend in Form einer Nachtdemonstration losbrechen. Während der ganzen Woche wollen wir von unserer Insel auf mit Straßentheater usw. in das Meer der Heteros um uns her eintauchen. Der krönende Abschluß wird eine große Parade am Sonntag und ein schwuler Jahrmarkt sein. Dazu bringt bitte Plakate, Bücher,Handwerk , Nähzeug, Fummel - kurz alles was Ihr ausstellen oder verkaufen wollt mit.
Falls Ihr Filme, Videobänder oder sonst irgendwas mitbringt, was technische Geräte erfordert, um es zu benutzen, schreibt uns die technischen Daten ganz genau, damit wir die nötigen Sachen rechtzeitig beschaffen können.
Nochmal die Bitte: bringt alles (mindestens) in den drei Sprachen Deutsch, Englisch, Französische mit!!
Damit Homolulu für die Vorbereitungsgruppe nicht nur Arbeit, sondern auch Spaß bedeutet, können wir noch viele Leute gebrauchen, die uns helfen. Phantastisch wäre es, wenn ein paar Leute schon früher nach Frankfurt kämen, die bereit sind, bei den Vorbereitungen kräftig mitanzupacken.
Bitte vergeßt nicht, Euch anzumelden!

Kontakt: Stefan Reiß, Postfach 104 531, 69 Heidelberg

Ein Leserinnenbrief

UNSER TÄGLICH BROT ...

BAD SODEN 4. Mai „Jetzt, wo ich einen neuen Job suche, muß ich mir doch mal Luft machen. Ja, es stimmt, es ist manches besser geworden, wenn ich in eine Kneipe gehe, werde ich nicht angemacht, ich kann mich allein dorthin setzen und mein Bier trinken, ohne auch nur Aufsehen zu erregen. Ja, ich kann mit dem Meister in der Werkstatt reden und mir den Wagen hochbocken lassen, um selbst zu sehen, wo der Schaden ist. Ich bin als Zeuge vor Gericht geladen, bin ganz ruhig und sage doch nur das, was ich will. Ich fahre meine 160 km auf der Autobahn und vertreibe alle Macker vor mir von der linken Spur, ein Genuß ohne Reue.

Aber, ich suche eine neue Stelle mit mehr Verantwortung und besserer Bezahlung und da hört alles auf. Da sitzen Sie, die Herren Personalchefs und leiern mir ihre Lieder herunter, die Herren Abteilungsleiter werden mir vorgestellt und „können Sie Stenographie, denn die schwierigen Sachen müssen diktiert werden". Da ist die Mahnabteilung, die wohlweislich nach einer Frau lechzt, sie kann diplomatisch (und mit ihrem Nervenaufwand) das Geld eintreiben. Da wird die Auftragssachbearbeiterin gesucht, die Frau, die mit Geschick die Kunden vertröstet und hinhält. Nirgends Frauen, unter denen es sich arbeiten ließe, nirgends Stellen, wo mensch auch mal was von sich sagen könnte. Erzähle denen mal, daß Du das alternative Leben gut findest, daß Du in der Frauenbewegung bist. Das sind heute Jobs, die frau keinen Spaß mehr machen. Nicht mal in unseren Häusern für mißhandelte Frauen haben wir festangestellte Frauen, die in eigener Regie arbeiten. Es gibt noch viel zu tun, packen wir's an!

Gestern wieder ein Trostpflästerchen: In der Volkshochschule hängt ein Plakat vom Arbeitsamt, wo Stellen angeboten werden für Mädchen wie Elektro-Installateurin, Werkzeugmacherin, eine Liste von ca. 20 Ausbildungsberufen im technischen Bereich. Das Institut für Politik in Frankfurt bietet auch älteren Frauen die Möglichkeit, noch eine Fachausbildung zu machen. Trotzdem brauchst Du immer das Wohlwollen der Männer, die nachher vor Dir sitzen. Und es gäbe die Möglichkeit, einen Bauernhof zu pachten und zusammen was zu schaffen. Ich glaub dran, daß wir uns eines Tages freischwimmen werden."

MALOCHUM – BERICHTIGUNG

In der letzten Au gabe unseres Zentralorgans hat sich in der Beilage „Vorwärts im internationalen Kampf gegen den Anti-Imperialismus" auf Seite 17 unter der Überschrift „Am Scheideweg: Die nicht für uns sind, sind gegen uns" ein bedauerlicher Fehler eingeschlichen, den wir hiermit berichtigen wollen. Im letzten Satz: „Die heftige albanische Kritik gegen den hinterlistigen sowjetischen Angriff auf die Aussagen Pol-Pot-freundlicher Exilgruppen in Peking, die sich für einen Abbruch der inoffiziellen Gespräche zwischen dem Hanoi-Regime und den Representanten der kambodschanischen Befreiungsfront wegen der rumänischen Verurteilung der Symphatieäußerungen des kubanischen Brudervolkes in der Frage des Aufbaus einer sozialistischen Einheitsfront zur Unterstützung des gerechten Kampfes der laotischen Voksarmee gegen Diversanten, Kriegshetzer und Hegemonisten stark macht, muß auf das Schärfste verurteilt werden" — muß es stattdessen heißen: „. . . . muß von uns mit allen Mitteln unterstützt werden."

Rote Fahne
i. a. Knofo

„WIR LEBEN IN EINER GEGENREVOLUTIONÄ–REN PERIODE"

Ein Gespräch mit Herbert Marcuse

Frankfurt 22.Mai Auf Initiative des AStA Uni Frankfurt (SHI/ Undogmatische Linke) fand am 21. Mai ein Gespräch mit Herbert Marcuse statt, der sich anläßlich der „Römerberggespräche" in Frankfurt aufhielt. Unser Interesse war, ihn mir den politischen Erfahrungen unserer Gruppe zu konfrontieren, die im Zusammenhang seiner Theorie zu den gesellschaftlichen Kräften zählt, die sich dem „Todestrieb" des spätkapitalistischen Systems entgegenstellen.

Herbert Marcuse ist 81 Jahre alt und strahlt immer noch jene Hoffnung auf den Zusammenbruch des Kapitalismus aus, die viele von uns schon aufgegeben haben. Allerdings hält er sämtliche orthodoxen und traditionell marxistisch-leninistischen Revolutionsmodelle für restlos veraltet. Erstens sei eine derart immense Zusammenballung von zerstörereischen Gewaltmaschinerien in den Händen der Herrschenden, daß eine entsprechende Gegengewalt von unten in den hochentwickelten kapitalistischen Industriestaaten undenkbar sei. Zweitens gebe es keine revolutionären Massen im Sinne Marxscher Revolutionstheorie. Auch dies gelte vorerst nur für die imperialistischen Länder, nicht für die Dritte Welt.

Er stellt sich die Zerstörung des Kapitalismus eher als ein stückweises Zusammenbrechen durch Nichtfunktionieren von gesellschaftlich-ökonomischen Teilbereichen vor, das eine Tendenz zur Selbstbestimmung fördere. Marcuse sagte, es gebe keine aktuelle revolutionäre Situation, aber antizipierende Tendenzen dazu.Die Auflösungserscheinungen der Gesellschaft zeigten sich auch an Tatsachen wie der, daß weniger als 30% der US-Bevölkerung glauben, der Kapitalismus sei das bestmöglichsteSystem;

Marcuse betonte, daß sich trotz der scheinbaren Integration der Mehrheit der Menschen in das kapitalistische System ein allmählicher Zusammenbruch der gesellschaftlichen Arbeitsethik vollziehe, was sich zum Beispiel in den USA an der unheimlichen Verschlechterung der Warenqualität zeige.

Die Erprobung einer neuen Lebensrealität allerdings, die Entwicklung sozialer Lebenstriebe gegen den gesellschaftlich organisierten Todestrieb sei nur in kleineren Kreisen möglich, die sich ihrer quantitativen Beschränkung auch bewußt seien. Trotzdem ist seiner Überzeugung nach die Arbeiterklasse das entscheidende Subjekt einer möglichen Revolution. Sie hat aber kaum noch etwas mir den Marx'schen Proletariat zu tun, sondern umfaßt heute auch Angestellte und Bedienstete öffentlicher Institutionen (in der USA sind das ca. 85% der Bevölkerung).

Gleichzeitig übten die Intellektuellen eine ungeheure Macht über den Produktionsprozeß aus, der sie in eine brisante Rolle bei gesellschaftlichen Umwälzungen dränge. Unsere Fragen und Kritik bezogen sich hauptsächlich auf die frustrierenden Erfahrungen der Neuen Linken mir Versuchen, alternative Arbeits- und Lebensperspektiven zu konkretisieren. Rückfall in Konkurrenz- und Leistungsverhalten, Vereinnahmung gegengesellschaftlicher Ansätze und die Schwierigkeit, angesichts der umfassenden und anonymen Organisation von Herrschaft, Entfremdung und ökologischer Katastrophe noch als bewußte Subjekte von gesellschaftlciher Veränderung einzugreifen. Marcuse verstand unseren Pessimismus nicht ganz und fragte uns, ob wir an einem „masochistischen Inferioritätskomplex" leiden. Wenn Versuche mit alternativen Verkehrsformen und sozialen Inhalten scheitern, müsse mensch eben noch mal anfangen. „Wir leben in einer gegenrevolutionären Periode", meinte er und verwies uns auf die Dialektik von notwendiger linker Politik und den Versuchen neuer Lebensrealität in „halbprivaten Gruppen". Marcuse war in den Jahren 1918/19 in Arbeiter- und Soldatenräten aktiv. Seine Geduld geht uns offensichtlich sehr ab.

Es wirkte schon seltsam, daß wir gegenüber einem 81-jährigen in der Rolle waren, die gesammelten Gründe für die Unmöglichkeit einer sozialen Revolution vorzutragen. Herbert Marcuse fragte uns: „ Wieso tretet ihr nicht die Nachfolge der 68er Studentenrevolte an? "
Ja, wieso eigentlich nicht!?
Denn gemeinsam sind wir unausstehlich!

ASta Uni Frankfurt/SHI/Undogmatische Linke
Mertonstr.28, Ffm., Tel.: 0611/777 575

P.S. Am 15. Juni veranstalten der Asta der Uni Frankfurt ein OPEN - AIR–TEACH-IN zum Thema „Alter und neuer Faschismus". Herbert Marcuse will kommen, wenn ihn nicht gesundheitliche Gründe daran hindern.

16./17. Juni ROCK GEGEN RECHTS in Frankfurt

Kontaktadressen:

Manfred Zieren
Neuhofstr. 42
6000 Frankfurt 1
Tel.: 0611/59 92 70

Detlef zum Winkel
Eckenheimer Landstr. 67
6000 Frankfurt 1
Tel.: 0611/59 11 22

TÜRKISCHE FASCHISTEN IN BERLIN

BERLIN 27. April

Bewaffnete Überfälle

Immer häufiger und heftiger wurden in den letzten Wochen die Angriffe türkischer Faschisten auf demokratische und linke Einrichtungen und Personen in Westberlin.

Im vergangenen Monat griffen „Graue Wölfe", Anhänger des Faschistenführers Türkes und seiner Nationalistischen Bewegungspartei zusammen mit Leuten der MSP (Nationale Heilspartei) sozialdemokratisch orientierte Türken, die in Neukölln Flugblätter verteilten, mit Schlagstöcken und Ketten an.

Am 30. März verübten Faschisten dann ihren ersten Anschlag mit Schußwaffen. Auf sieben Arbeiter, die im Laden des „Vereins der Arbeiter aus der Türkei e.V." in der Bellermannstraße Zeitungen verpackten, wurden durch die Scheibe vier Schüsse abgegeben.

Diesem Anschlag folgte am 3. April ein weiterer gegen den „Verein für Kultur und Solidarität e.V.", wobei siebenmal in die Vereinsräume geschossen wurde. Bei beiden Anschlägen wurde glücklicherweise niemand verletzt.

Schließlich wurden vor zwei Wochen die Fensterscheiben des Vereins HDB, einem Verein im Gefolge der Republikanischen Volkspartei, von unbekannten Tätern eingeschlagen.

Damit ist bestimmt noch kein Ende dieser Angriffe abzusehen. Denn nach den Massakern der Faschisten in der Türkei, kommen immer mehr in der Türkei verfolgte Faschisten — teils legal, teils illegal — in die Bundesrepublik und nach Westberlin. Ca. 80% der Asylanträge von Türken sind von Faschisten. Seit dem verschärfen sich die Überfälle von türkischen Faschisten auf türkische Demokratische Vereine.

Die Politik der grauen Wölfe

Wie politisch diffus die Ideologie der türkischen Faschisten ist, zeigt die Tatsache, daß ihre Anschläge sowohl gegen fortschrittliche Kräfte unter den Türken als auch gegen die Anhänger der Republikanischen Partei (CHP) gerichtet sind. Die CHP, die momentan in der Türkei die Regierung stellt, übt dort das bestehende Kriegsrecht aus und nutzt dies zur Verfolgung der Antifaschisten und Kommunisten aus, ohne gegen Türkes und seine „Grauen Wölfe" vorzugehen. Es werden keine faschistischen Organisationen wie die MPH strafrechtlich verfolgt, sondern die demokratischen Vereine und ihre Presse verboten und ihre Anhänger inhaftiert. Die Faschisten berufen sich vielmehr auf einen nationalistisch gefärbten islamischen Staat.

Als Reaktion auf die Überfälle hatten die betroffenen türkischen Vereine und Antifaschisten zusammen mit der antifaschistischen Front Westberlin am 21. April zu einer Demonstration aufgerufen, um die Empörung über die Vorfälle in der Öffentlichkeit zu dokumentieren und um die lasche Reaktion der Presse und der deutschen Behörden anzuprangern.

In den Berliner Zeitungen waren die Überfälle nebenbei abgehandelt worden, während der eingeschaltete Staatsschutz nichts besseres zu tun wußte, als den Laden des „Kultur und Solidaritäts-Vereins" zu schließen und dessen Aktivitäten zu überprüfen.

Kontakt: Antifaschistische Front, Mariannenplatz 1a, 1000 Berlin 36; Verein der Arbeiter aus der Türkei e.V., Bellermannstr. 17, 1000 Berlin 65, Tel. 030 / 493 3326.

HERAUSGEBER
Frankfurter Informationsdienst e.V.
Hamburger Allee 45, 6000 Frankfurt 90, Postfach 900343,
Tel.: 0611/ 704 352
Redaktionsschluß: Mittwoch 16 Uhr
Druck: Druckladen GmbH, Hamburger Allee 45
Verantwortlicher Redakteur: Heidelore Platen

Abonnement:
Bei Bestellung bitte Stichworte angeben: Neuabo, Verlängerung oder Adresswechsel. Außerdem die genaue Anschrift (und die Abonummer). Bitte deutlich auf die Einzahlungsabschnitte schreiben. Für ein Abonnement bitten wir um Vorauskasse von DM 18 - für ein Vierteljahr, DM 36.- für ein halbes, DM 72.- für ein ganzes Jahr **Postscheckkonto 52 52 28 - 602**

GEWERKSCHAFTSAUSSCHLUSS VOR DEM LANDGERICHT

Stuttgart 23. Mai *Ein aktiver Gewerkschaftler sucht sein Recht vor dem Landgericht. Heinz Zintl:*

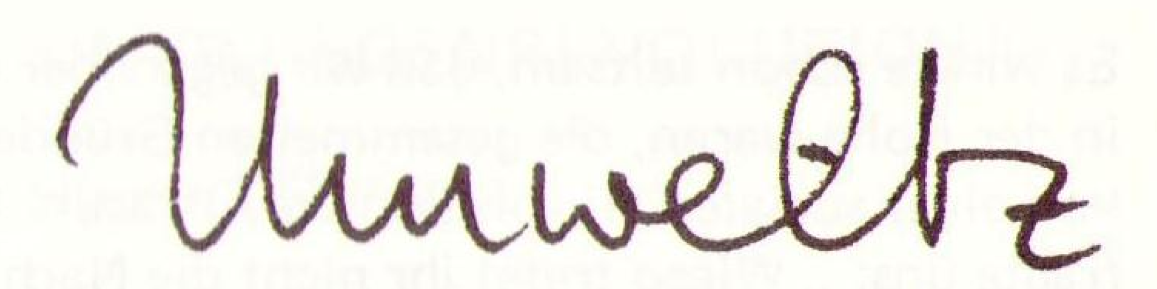
„Als gewählter Vertrauensmann der IG Druck und Papier und nach 25jähriger Mitgliedschaft wurde ich aus unserer Gewerkschaft ausgeschlossen. Grund: Ich bin Mitglied im Arbeiterbund für den Wiederaufbau der KPD. Sämtliche Beschwerdeinstanzen bis hin zum Gewerkschaftstag habe ich durchlaufen – ohne Erfolg."
Der Hauptvorstand bezog sich damals, der Ausschluß geschah 1977, erstmals auf seinen „Extremistenbeschluß", der 1974 trotz innergewerkschaftlicher Protest verabschiedet wurde.

Initiativantrag
28 Hauptvorstand
Bekämpfung gewerkschaftsfeindlicher Gruppen und Aktivitäten
Angesichts einer stärker als bisher von auseinanderstrebenden Interessen gekennzeichneten verschärften wirtschaftlichen Lage in der Bundesrepublik Deutschland und damit zusammenhängenden wachsenden Angriffen der Unternehmer und ihrer Interessenvertreter auf die Gewerkschaften, bekennt sich der Zehnte Ordentliche Gewerkschaftstag der Industriegewerkschaft Druck und Papier mit allem Nachdruck zur Verteidigung und Stärkung der Einheitsgewerkschaft, wie sie sich in nunmehr fast drei Jahrzehnten bewährt hat.
Der Gewerkschaftstag hält es mit den Prinzipien einer Einheitsgewerkschaft nicht für vereinbar, daß sich politische Gruppierungen durch die Aufstellung von Spalter-Listen zu den Betriebsrätewahlen Basen in den Betrieben zu schaffen suchen. Wer solche Versuche unterstützt und gegen Gewerkschaftslisten kandidiert, schwächt die gewerkschaftliche Betriebsarbeit und verstößt damit nicht nur gegen den Einheitsgedanken, sondern auch gegen § 4 der Satzung der Industriegewerkschaft Druck und Papier.
In gleicher Weise unvereinbar mit der Mitgliedschaft in der Industriegewerkschaft Druck und Papier ist die Mitgliedschaft in politischen Gruppierungen, die sich selbst als innergewerkschaftliche Opposition verstehen und sich der KPD, dem KBW, KB, den ABG oder ähnlichen »pseudolinken« Splittergruppen angeschlossen haben. Der Mitgliedschaft in diesen und ähnlichen Gruppen wird die Unterstützung deren gewerkschaftsfeindlicher Zielsetzungen durch Äußerungen in Wort und Schrift oder durch aktive Mitwirkung gleichgesetzt.

Der Prozeß von Heinz Zintl findet beim Landgericht Stuttgart am 29. Mai statt.
Kontakt: Heinz Zintl, Jahnstr. 20, 8000 München 5 (Eine Broschüre über den „Extremistenbeschluß" und über die Auseinandersetzungen darüber ist auch beziehbar bei ihm.)

Eine Klasse besser

Werdende Mütter, die im Nichtraucher-Abteil der 2. Klasse keinen Sitzplatz mehr finden, dürfen ohne Aufpreis in der 1. Klasse reisen. Einen Nachweis der Schwangerschaft verlangt die Bundesbahn nicht. Der Schaffner glaubt der werdenden Mutter auch so.



LUFTVERSCHMUTZUNG – ODER: WAS LEFFT IN DER LUFT?

„Denn wenn an allen andern Orten die Luft höchst klar und rein ist, so ist sie hier verfinstert mit einer Wolke von Schwefel, die die Sonne selbst, die sonst der ganzen Welt den Tag bringt, kaum fähig ist zu durchdringen . . . und der müde Wanderer, viele Meilen entfernt, riecht die Stadt, zu der er sich begibt, eher als er sie sieht."
Evelyn, England, 1661

Eine hundertjährige Buche mit 1600 qm Blattfläche erzeugt in einer Stunde 1,7 kg Sauerstoff, das sind mehr als 2000 Liter! Wenn die Buche gefällt wird, müssen 2500 junge Bäume gepflanzt werden, um die gleiche Sauerstoffmenge zu erzeugen (Umweltmagazin 10/1978). Eine startende Boeing 707 braucht soviel Sauerstoff wie die Motoren von 6.850 anspringenden VW-Käfern (Umwelt-ABC, Frankfurt 1973).
Ein Aufsatz über Luftverschmutzung fängt natürlich an mit Sauerstoff, dem Stoff, der in die Luft gehört, wie der Dotter ins Ei. Die Bereitstellung dieses Lebenselexiers ist nämlich schon zweifelhaft geworden, mal ganz abgesehen davon, daß in die Luft Stoffe gepustet werden, die in konzentrierter Form ganze Völkerstämme ausrotten können.

Der Sauerstoffvorrat der Erde wäre in 2000 Jahren verbraucht, wenn er nicht durch die Photosynthese der grünen Pflanzen immer nachgeliefert werden würde.
70 % des auf diese Weise gebildeten Sauerstoffs stammen von den Diatomeen, und nur 30 % von der Landvegetation. Diatomeen sind kleine, im Meer herumtreibende Pflanzen und zugleich die wichtigste Nahrungsquelle für Fische. *„Sollten durch unsere Schädlingsbekämpfungsmittel die Diatomeen teilweise ausgerottet werden, oder sollten Mutanten entstehen, die viel weniger Sauerstoff produzieren, so könnten wir an unserem selbstverschuldeten Sauerstoffmangel zugrunde gehen."* (zit. nach G. R. Taylor: Das Selbstmordprogramm, Frankfurt 1973)

Sauerstoff vernichten wir heute in unvorstellbar großen Mengen. Jedes Auto, jedes Motorboot, jeder Motorrasenmäher und nicht zuletzt jedes Flugzeug verbraucht Sauerstoff in immer größerem Maße. Man muß wirklich von Vernichtung reden, Verbrauch kann man das schon nicht mehr nennen: Wenn eine Boeing 707 über den Atlantik fliegt, säuft sie 35 Tonnen Sauerstoff und auf der ganzen Welt sind immerhin 3.000 Düsenmaschinen gleichzeitig in der Luft (jedenfalls 1970, heute sind es eher mehr). Das bedeutet einen Sauerstoffverlust von mehr als 16 Millionen Tonnen im Jahr. Und der neue Jumbo braucht 1,5 mal so viel wie eine 707. Zugleich roden wir riesige Wälder, (z. B. die brasilianischen Regenwälder im Amazonasgebiet), die für die Lieferung des Sauerstoffs so wichtig sind wie für den Verbrauch von Kohlendioxid. Das ist der Stoff, den wir mit der Atemluft ausblasen und der bei jeder Verbrennung entsteht: aus Sauerstoff.
Neulich hat ein FDP-Bundestagsabgeordneter behauptet, konventionelle Kraftwerke stießen viel Kohlendioxid (CO_2) aus, und und zuviel von dem Gas verursache eine neue Eiszeit. Dabei ist nicht mal klar, ob ein höherer CO_2-Gehalt zu einer Abnahme der mittleren Erdtemperatur oder zu einer Erwärmung (durch den Treibhauseffekt) führt. Jedenfalls meinte dieser Amateur-Ökologe, man müsse deshalb mehr Atomkraftwerke bauen („Für jedes Kohle- und Ölkraftwerk ein AKW"), weil die kein

CO_2 verbreiteten. Der Anstieg der CO_2-Menge in der Luft kommt aber nicht von den Verbrennungsvorgängen auf der Welt, die sicher auch steigen, sondern davon, daß in den letzten hundert Jahren mehr Bäume abgeholzt worden sind als seit der Zeit, als der Mensch gelernt hat, mit einer Axt umzugehen. Gras und Getreide, die anstelle von gerodeten Wäldern gepflanzt werden, liefern viel weniger Sauerstoff als Bäume, und wenn die Erde gar mit Beton und Asphalt zugedeckt ist . . . **In den Großstädten ist der Sauerstoffverbrauch so hoch, daß dessen Gehalt in der Luft absinkt. In Los Angeles ist der Anteil um sechs Prozent niedriger als in der Umgebung. Das bedeutet bereits eine Gefährdung für die Kinder und diejenigen, die an Erkrankungen der Atemwege und des Kreislaufs leiden.** Sauerstoff entsteht durch nichts anderes als durch Pflanzen. Und unsere Existenz ist bereits bedroht durch ein Ungleichgewicht zwischen den Sauerstoffproduzenten und — ja und eben uns, die wir den Sauerstoff nicht nur einatmen, sondern durch Verbrennungsprozesse vernichten. Man hat ausgerechnet, daß die Abnahme der gesamten Sauerstoffmenge um ein Zehntausendstel schon zu einer Katastrophe führen kann.

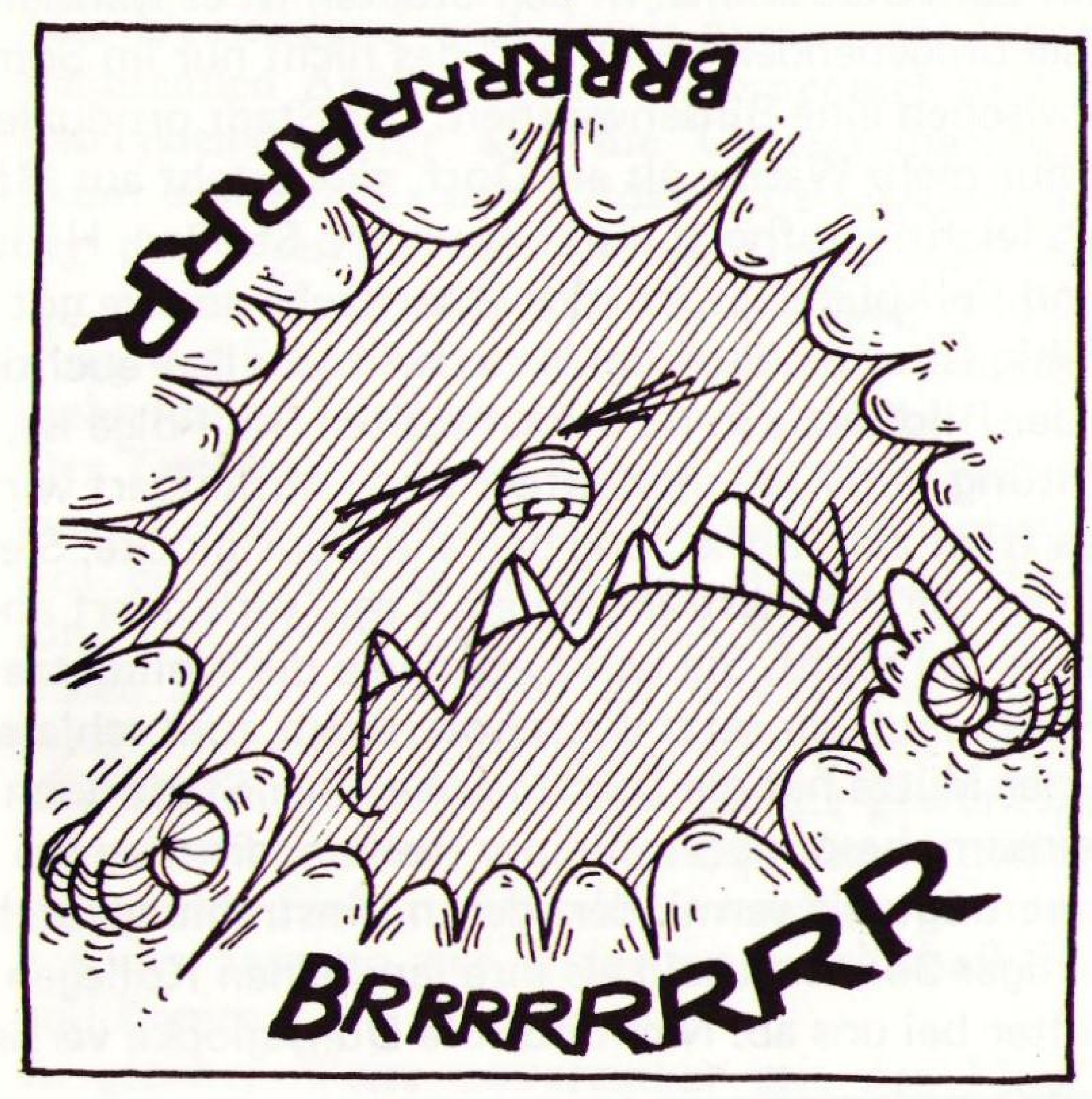
Nun kann man zu diesen Befürchtungen immer wieder Beschwichtigungen hören. Es gibt sicher Leute, die warten mit anderen Zahlen auf und sagen dann, „ist ja alles gar nicht so schlimm". Nach Harrisburg sagen die Leute von der KWU, man müsse sich eben daran gewöhnen, mit einem gewissen Grundrisiko zu leben. Das sei nun mal nötig, um zu überleben, um z. B. aus der Energiekrise rauszukommen, um den Fortschritt zu sichern usw. usw.
Wozu haben wir Bäume in der Stadt? Es gibt jede Menge davon, schließlich spricht man von „grünen Lungen". — Von Wegen! Der Ausdruck „Architektenpetersilie" ist viel eher angebracht. Eine Studie im Auftrag des Bundesministeriums für Städtebau ergab, daß der ökologischen Rolle der Bäume und Grünflächen für das Klima einer Stadt bisher zuviel Bedeutung beigemessen worden sei. *„Die Grünplaner müßten eigentlich von liebgewordenen Vorstellungen Abschied nehmen, weil die ‚Wohlfahrtsentwicklung' von Grünflächen auf das Stadtklima allgemein überschätzt wird"* (A. Bernatzky, Bild der Wissenschaft 15, 141- 158, 1978). Es läßt sich aber nachweisen, daß Bäume und Grünflächen in der Stadt durchaus eine Luftverbessernde Wirkung haben können. Nur, so wie das mit dem Anlegen von Grünzonen üblicherweise durch Leute, die sich Stadtplaner nennen, geschieht, nützt das recht wenig. Das Bepflanzen müßte nach ganz bestimmten komplexen Gesichtspunkten geschehen. Doch davon haben die meisten Planer keine Ahnung. Auch dürften dann **keine Hochhäuser mehr** gebaut werden, da sie eine horizontale Durchlüftung verhindern, sprich: sie halten den Wind auf. Dazu später mehr. Es genügt auch nicht, für einen abgehackten alten Baum zwei neue zu pflanzen. Folgende Rechnung beweist das: Von 1972 bis 1976 wurden in Frankfurt 3.822 Bäume gefällt (Abgänge nennt man das), neu gepflanzt wurden wurden 7.761, das sind fast 4.000 mehr. Wenn man aber in die Rechnung mit einbezieht, daß ein alter Baum einen viel größeren Kronenradius und damit ein viel größeres Laubvolumen hat und auch mehr Boden mit seiner Krone bedeckt, so ergibt das in seiner Fläche einen Verlust von 94 % und im Laubvolumen gar von 99 % (A. Bernatzky a. a. O.) Wenn man sich jetzt anschaut, was in den Neubauvierteln der letzten zwanzig Jahre für Fehler begangen worden sind, die einfach nicht mehr gutzumachen sind, kommt einem das kalte Grausen oder eher die Atemnot. Eine große Zahl von Leuten hatte sowas wohl schon, die sind einfach raus aus der Stadt und in die Umgebung gezogen. Folge: das sind jetzt diejenigen, die Autobahnen fordern, am liebsten sechsspurig.

Noch was zum Stadtklima. In den Städten ist es wärmer als in dem sie umgebenden Land, und das nicht nur im Sommer. Dies ist inzwischen eine Binsenweisheit. Die Stadt produziert eben nicht nur mehr Wärme als ein Dorf, sie besteht aus Material, das sich leichter aufheizt als Landschaft. Straßen, Häuser, Fabriken und Parkplätze geben eine Oberfläche ab, die gut wärmeleitfähig ist und außerdem verschwindet alle Feuchtigkeit sofort von der Bildfläche in die Kanalisation. Die Folge ist, daß die Verdunstung (ein Kühlungsfaktor) stark vermindert wird. Ein weiteres trägt zur Aufheizung bei: die Dunstglocke; Sie verringert zwar die Wärmestrahlung am Tage, verhindert aber die Abkühlung bei nacht. Sie wirkt eben wie die Wollmütze eines Skifahrers und wer setzt die schon nachts zum schlafen auf? Mit einer Mütze hat die Dunstglocke einer Stadt noch etwas gemeinsam, besonders mit einer weißen, die man bei starker Sonne trägt: sie vermindert deren Einstrahlung. Mehr als 15 % weniger Sonnenschein als ihre ländlichen Kollegen kriegen Städter bei uns ab. Nicht nur die Dunstglocke verfins-



tert die Sonne, auch die Bewölkung ist über den Städten stärker. Dies kommt wieder vom starken Wärmeüberschuß und vom größeren Angebot an Kondensationskeimen (das sind Staub und Schwebstoffe, die die Wolkenbildung erleichtern). In Großstädten und in deren Windschattenseiten fallen mehr Niederschläge als auf dem Land. Eine Stadt wir Hamburg erhält im Jahresdurchschnitt 240 Stunden weniger Sonnenschein als ihre Umgebung (Umwelt und Chemie von A - Z, Freiburg 1975).

Hinter Hochhäusern, d. h. auf deren Leeseite, bilden sich bereits bei Windstärke 3 (schwache Brise) Wirbelstraßen von vielen Kilometern Länge. Das geht schon los bei Häusern mit acht Stockwerken. Wirbelstraßen sind Staub, Autoabgase und sonstige verunreinigte Stadtluft in Wirbel verpackt, die in Boden Bodennähe hinter Häusern rumziehen, sich abkühlen und deswegen auch nicht mehr nach oben steigen können, kurzum halt da bleiben, wo sie entstanden sind. Wer Rauchringe beobachtet, weiß, wie lange sich solche Wirbel halten können. Hinter niedrigeren Gebäuden passiert das nicht. Die Schadstoffe können nach oben abziehen oder werden weggeblasen.
Ähnliches gilt für die **Abgase von Autos** in Straßenschluchten mit starkem Verkehr, die quer zur Windrichtung verlaufen, besonders dann, wenn sich eine Inversionsschicht darüber befindet. Das ist eine Luftschicht, die einen vertikalen Austausch



mit höheren Luftschichten verhindert, sie ist die Ursache für die oben beschriebene Dunstglocke.
Bekanntlich ist unsere Luft aus verschiedenen Gasen zusammengesetzt. Zu mehr als 3/4 besteht sie aus Stickstoff. Der Anteil des Sauerstoffs beträgt ungefähr 21 %. Die restlichen Bestandteile machen etwa 1% aus. Dazu gehören die Edelgase und das vorhin schon erwähnte Kohlen dioxid. In „reiner" Luft können noch weitere Komponenten erhalten sein, wie Wasserdampf und in Spuren Ozon (von viel weiter oben), Ammoniak, Kohlenmonoxid, Methan, Distickstoffoxid (N_2O) aus Fäulnisprozessen sowie Stickstoffdioxid (NO_2), das bei Gewittern entstehen kann. Aber wie gesagt, in Spuren: gelangen diese zuletzt genannten Gase in größeren Mengen in die Luft und das geschieht nur durch den Menschen, dann spricht man von verunreinigter Luft. Nicht nur Gase kommen als Schmutz in die Luft, auch Stäube und Dämpfe gehören dazu. Und wenn sowas an die Luft abgegeben wird (auch Lärm und Strahlen) dann spricht man von „Emission".

Die Fachleute reden im Zusammenhang von Verunreinigungen immer in Einheiten wie „ppm". Das heißt nicht etwa: „Prost! Probier mers" — eher das Gegenteil. Es ist die Abkürzung für „parts per million", was nichts anderes bedeutet als Milligramm pro Kubikmeter. Anschaulicher: ein Gramm einer Verunreinigung in einer Tonne Substanz. So werden maximal zulässige Schadstoffkonzentrationen meist in ppm angegeben: für Cadmium-Verbindungen z. B., die zu den schlimmsten Umweltgiften gehören, liegt die maximal zulässige Konzentration bei 0,00005 ppm. Das ist ein „vorläufiger Wert", weil man noch nicht mal genau weiß, ob der nicht zu hoch ist.

Wer pustet nun den ganzen Dreck in die Luft? Die Haushalte, wenn sie ihre Räume durch Verbrennung von Kohle oder Heizöl wärmen, ansonsten sind's eben die Kraftwerke, die Verkehrsmittel und die Industrie. Will man wissen, wie stark diese Luftverschmutzer an der Gesamtemission beteiligt sind, so stößt man auf widersprüchliche Angaben (Umwelt und Chemie von A - Z, Freiburg 1975). Ein Beispiel:

Prozentual sind an der Luftverschmutzung schuld :

VERSCHMUTZER	Nach Angaben des ADAC	Nach Angaben der Bundeszentrale für Politische Bildung
VERKEHR	40 %	60 %
Industrie	35 %	18 %
Kraftwerke	------	13 %
Heizung	25 %	6 %
Abfallbeseitigung	-------	8 %

Aerosole nennt man die aus festen oder flüssigen Teilchen bestehenden Schwebstoffe in der Luft. Partikel die eine bestimmte Größe überschreiten, sinken langsam zur Erde, kleinere dagegen fliegen dauernd in der Luft herum. Es gibt natürliche Aerosole, wie Nebel, Bakterien oder Blütenstaub. Aerosole wie Flugasche, Zementstaub, Tabakrauch oder radioaktive Partikelchen können je nach Konzentration zu erheblichen Verunreinigungen führen.
Grober Staub ist, medizinisch gesehen, weniger gefährlich, da die Teilchen groß genug sind, daß sie von den Atemwegen zurückgehalten werden und somit nicht in die Lunge gelangen. Zudem ist in den letzten Jahren der Grobstaubgehalt der Luft deutlich abgesunken. Das liegt daran, daß man Grobstaub leicht durch Filter in Industrieanlagen zurückhalten kann. Weit schlimmer ist der Feinstaub, der nicht so einfach gefiltert werden kann, weder in den Fabriken, noch in der Nase. So ist auch die Konzentration von feinem Staub in der Luft in den letzten Jahren gleich hoch geblieben. Er gelangt in die Lungenbläschen und kann sich dort für lange Zeit häuslich niederlassen. Und nicht nur das, er enthält auch Giftstoffe:manchmal das krebserregende 3,4-Benzpyren, oft sind auch Schwermetalloxide mit von der Partie. Sie wirken als Katalysatoren. Und diese Tätigkeit üben sie auch in Lungenbläschen aus: sie wandeln das gasförmige Schwefeldioxid, das wir dauernd mit der Atemluft in die Lungen pumpen, in Schwefeltrioxid um. Und Schwefeltrioxid ergibt mit der Feuchtigkeit in den Lungenbläschen Schwefelsäure, über deren Wirkungen wir ja schon in der Schule Schule schlimmes gehört haben.

Je nachdem aus welchem industriellen Prozeß diese Feinstäube stammen, enthalten sie verschiedene Gifte, deren Aufzählung ein chemisches Gruselkabinett darstellt. Eine Horrorfigur daraus ist das Blei aus dem Feinstaub der **Autoabgase**. Seit 1976 dürfen nur 0,15 g Blei im Benzin sein. 70 % dieser Menge werden werden fein verteilt wieder durch den Auspuff ins Freie gejagt. Seit dem Benzinbleigesetz „hat sich die Umweltbelastung durch Bleiablagerungen spürbar verringert" (Umweltmagazin, November 1977). Von „spürbar" zu reden, ist reiner Witz, wir haben nunmal kein Sinnesorgan, das auf Blei anspricht. Richtig ist, daß die Zunahme der Umweltbelastung verringert wird. Die Stadtluft enthält weniger Blei. Das Blei im Straßenstaub, an den Häuserwänden, Dächern und Bäumen wird vom Regen langsam abgewaschen. Aber: an den Autostraßen wird die Bleibelastung weiter steigen, wenn auch langsamer.
Vergleichbar mit der „Entbleiung" ist die Entschwefelung von Abgasen. Sie ist bereits seit 1974 anwendungsreif, wird aber immer weiter hinausgezögert. Damit wären wir also beim SO_2 dem Schwefeldioxid, das man auch noch aus der Schule kennen könnte, hätte man aufgepaßt.

Jürgen Porst/Was lefft, Erlangen

AKW-BRUNSBÜTTEL – ZWEI LESERBRIEFE ZUM LESERBRIEF

Frankfurt 9. Mai *Zu der Demonstration am 21. April gegen das AKW Brunsbüttel veröffentlichten wir im ID 279 einen Leserbrief. Hier sind zwei Antworten dazu:*

Ich bin der „Fighter von Brunsbüttel".
Es waren nicht bloß 20 - 30 Fighter sondern ein paar Hundert. Ich habe eine Stinkwut gegen Atomkraftwerke, deswegen kann ich nicht nur zuschauen, ich kann nicht nur labern, AKW Nee, sondern ich muß auch was tun. Ich habe auch (mit voller Überzeugung) bei dem gewaltlosen Treck mitgemacht, weil ich es als richtig empfand, ich würde eventuell sogar den Bullen (noch) den zerstochenen Reifen wieder aufpumpen. Ich finde unsere Mittel sind von der Blume bis zum Molli, wir müssen nur in der jeweiligen Situation abschecken, was günstiger bzw. richtig ist.
Zu einer Konfrontation wäre es kaum gekommen, weil nur 50 Bullen da waren. Der „Bunte Rest" hat sich nicht gegen uns gestellt, sondern meist irgendwelche Dogmaschmeißer von KBW/KB. Wir haben nicht auf sie eingeprügelt, sondern wir wurden von ihnen angegriffen und wir haben uns außer bei dem Zwischenfall auf dem Hang nicht gewehrt. Ich habe auch Faschist gerufen, aber in einem ganz andern Zusammenhang.

Was du da mit deiner Trimmspirale laberst, ist absolute Scheiße, du reihst dich in „unseren" Block ein. – Nein danke. Gewaltfreiheit kann ich akzeptieren, bloß wenn man auf die „überflüssigen Fighter" prügelt, ist das gewaltfrei? Ich habe erlebt, wie sie meinen Nachbarn die Birne einschlugen, deswegen habe ich Wut, und ich glaube, die ist gerechtfertigt.
Du distanzierst dich total von uns, weil du meiner Meinung nach nicht abscheckst, was läuft.

Noch einen Tip: in der Taz vom 24. oder 25. April und im letzten Arbeiterkampf standen interessante Artikel zu der Demonstration.

* * *



Ich war am 21. April ebenfalls in Brunsbüttel dabei. Ich hab einen ganz schönen Schreck gekriegt – einmal über das, was dort abgelaufen ist, und dann über den Artikel.
In Brunsbüttel haben die „Gewaltfreien" wirklich die Bullen unnötig gemacht, indem sie deren Funktion übernahmen. Sie haben – und zwar unter Gewaltanwendung gegen uns, also ihre eigenen Genossen – den Informationspavillon geschützt. Gewaltfrei – gegen die Atomkraftwerke, Gewalt – gegen die eigenen Leute! Toll, die Atomindustrievertreter werden sich die Hände reiben.

Wem hätte es geschadet, wenn der Pavillon von einigen Demonstranten zerstört worden wäre? Alle, die das nicht tun wollten, hätten nur zum Kundgebungsplatz zurückgehen brauchen, dann wären sie nicht gefährdet gewesen. Der Sinn so einer Sache liegt auf der Hand. Es ist ein zumindest symbolischer Angriff gegen die Massenverdummungstaktik (sprich Propaganda) der Atomindustrie. So geben wir unserem Willen, AKWs zu verhindern, wenigstens einen kleinen Ausdruck.
Ich bin absolut nicht gegen die „Gewaltfreien". Ich meine, wir müssen **auf allen Ebenen** Widerstand leisten, um unser Ziel zu erreichen. Dazu gehören Demos wie die in Hannover, aber auch wie in Grohnde; eine Kirchenbesetzung genau wie ein gesprengter Mast.

Du sagst, niemand könnte mehr seine eigenen Erfahrungen machen. Wieso nicht? Wer einen Sonntagsspaziergang zum Atomkraftwerk wollte, konnte das doch machen. Aber: sollen wir alle gezwungen werden, nur noch Sonntagsspaziergänge zu machen, weil immer welche das erste Mal dabei sind? Sollen wir die Erfahrungen von Whyl, Brokdorf, Grohnde und Kalkar einfach vergessen? In Gorleben haben die gewaltfreien sich durchgesetzt – und es wird gebohrt und gebohrt.

Überhaupt nicht kapiert habe ich den Absatz über Prozeßkampagnen. Ich sehe keinen Widerspruch dazwischen, militant ein AKW zu verhindern und Öffentlichkeitsarbeit für politische Gefangene zu machen, die ansonsten in den Knästen umgebracht werden. Du kannst doch nicht ernsthaft unsere „Grausamkeit gegen Fensterscheiben" mit der Grausamkeit des Staates gegen Gefangene gleichsetzen.
Ich meine, jeder sollte so Widerstand leisten, wie sie/er das kann und will. Ohne die andern in ihren Formen zu behindern. (Ich nehme auch niemand seine Blume weg, die er gerade einem Polizisten geben will, obwohl ich das zum Kotzen finde.) Jede Spaltung unter uns nützt nur unseren Gegnern. Gemeinsam sind wir unerträglich!

Eine Hamburger AKW-Gegnerin

Eine Antwort

Vielleicht habe ich mich in meinem Artikel nicht verständlich machen können; bin falsch verstanden worden. Natürlich finde ich es nicht schlimm, wenn die Scheiben des Informationspavillons eingeworfen werden (ob das besonders sinnvoll, witzig oder eine neue besondere Qualität von Widerstand ist, ist eine andere Frage), was ich aber schlimm und außerordentlich bedrohlich finde, ist die Form, wie sich hier auseinandergesetzt wird (und darüber wollte ich eine Auseinandersetzung in Gang bringen).
Tatsache ist (und daran gibt es für mich nichts zu rütteln, alles andere ist gelogen): besser: Tatsache bleibt:
– für einige Fighter (ehemalige St. Petri-Besetzer) war schon vorher klar „die Demo ist Scheiße, aber hinterher machen wir Putz." (das habe ich gehört; ich bin doch nicht doof; einen Fighter kenne ich persönlich; ich hätte hinterher auch Fotos machen können, um zur Objektivität beizutragen, aber darauf wollte ich aus verständlichen Gründen verzichten).
– die Fighter begannen die Steine zu werfen. Einige Gewaltfreie oder solche, die die Steinwürfe für Blödsinn hielten, stellten sich vor den Pavillon (ob das jetzt alles unbedingt so sein mußte, sei dahingestellt). Menschengefährdend warfen die Fighter weiterhin dicke Steine, die vom Spezialglas abprallten und auf die Gewaltfreien herunterfielen (und glücklicherweise niemanden trafen). Einige Gewaltfreie wollten den Fightern (und nur die waren kriegsmäßig ausgerüstet) die Steine wegnehmen (wenn man spitzfindig ist, haben also die Gewaltfreien erst mir Worten und dann mir Gewalt – nämlich dem Festhalten der Hände – die Auseinandersetzung begonnen; wie gesagt: wenn man spitzfindig ist!). Daraufhin knüppelten die Fighter auf die Gewaltfreien ein (die arrogant-militant- aggressiven-Fighterparolen sind ein Extra-Thema). Außerdem waren es maximal dreißig Fighter (alles andere sind Wunschvorstellungen!). Die ganze Szenerie war für mich überschaubar, die Tendenz ist die von mir geschilderte, was nicht ausschließt, daß es in ein-

zelfällen anders gewesensein mag (im ‚Zweikampf'), was ich aber für unwahrscheinlich halte.
Aus diesem Grunde ist auch der Artikel in der taz vom 25.4.79 teils mehr von Wunschvorstellungen geleitet. Neu war für mich, daß auch Faschisten und andere merkwürdige Gestalten mitmarschiert sein sollen. Davon wußte ich nichts, da lasse ich mich von dem Taz-Artikelschreiber gerne informieren. Hätte ich es vorher gewußt, hätte ich natürlich mit zugepackt.
Da sind dann noch andere Merkwürdigkeiten: das eingeengte Feindbild der Fighter. Da sind plötzlich alle Leute, die gegen sie sind, KB-Mitglieder oder Bunte-Liste-Anhänger (wußte bisher nicht, daß die über eine dermaßen große Anhängerschaft verfügen). Den Arbeiterkampf lese ich nicht, weiß also nicht, was die zu der Demo geschrieben haben.
Natürlich sind unsere Mittel von der Blume bis zum Molli; nur, daß die Fighter doch ständig die belächeln, die (vorläufig?) andere Widerstandformen suchen, gefunden haben (und nicht nur belächeln, das wollte ich in meinem Brief ja zum Ausdruck bringen. Die Fighter schienen die Fähigkeit zur Auseinandersetzung verloren zu haben/ da war nur noch blinder Haß! ! !)
Wie die K-Gruppen haben die ihren Fighter-eigenen Dogmatismus.

Jetzt sollen es nur fünfzig Bullen gewesen sein; gesehen habe ich in Brunsbüttel vielleicht zwanzig Bullen, bin mir aber, wie die Fighter damals, sicher, daß da noch genügend Bullen dezent versteckt in der Hinterhand waren.
'Symbolischer Angriff', da gibt es für mich so'nen Punkt, wo das abgegriffen und eher witzig wirkt.
Was mich ärgert: da ist in Brunsbüttel ein recht großer Haufen aktiv geworden, um in ihrer Weise AKW Nee, zu demonstrieren. Warum haben die nicht das Recht auf ihre Form des Widerstandes, warum muß man sich da immer wütend dranhängen, um der Aktion doch noch die entsprechende 'symbolische' Wende zu geben?
So wie mich der Scheiß K-Gruppen Dogmatismus schon immer angekotzt hat und ankotzt, so geht es mir allmählich auch mit dem mehr oder weniger harten Kern.
Scheiße, verdammte!

Achim

Hör mal'n beten to!

Leserbrief aus der Elbe-Jeetzel-Zeitung

Diskuschion mit een Befürworter

Dor hev ik mit een Buur ut Langendörp orrer Kacherien — ik wet nich so genau wuher — öwer Atomenergie un Wedderupbereitung diskuteert. De Buur, de sin Nom' ik nich kenn, wer för dat Atomschiet. E meen, dat man tein Perzent von de Gegners ut'n Kreis Lüchow-Dannbarg kom den. De annern wern all Utwärtigen un Nixdauers orrer Studenten, de ers mol arbarn lern müß. Ik hev em seggt, dat e dormit scheefligt. De meisten sünd von ier. Un de por Studenten müt'n sik er Unnerhalt auk sülb'ns vadeen. E meen darup, dat de ganze Demonstranten — all vörut de „Fritzen Olsch" — fastnehm warden un no Wirl bracht warden müt, un denn müt de Polizei un de BGS Knüppels orrer Pietschen nehm un de Demonstranten so lang neihn, bet se öwer de Tuun in de DDR klattarn deen, weil se nämlich nich gegen de Atomkraftwarks in de Ostblocklänners demonstreen dot. De ganze Demonstranten müt'n, sin Ansich no, mit twee Muursteens twischen de Beens behannelt warn, bet se anner Sinns wörn. Ik segg em denn, dat dat jo dat sülbich wer, as de Nazis dat früher mokt hevt, also de rein Unnerdrückung Annersdenkender. E, e har dat 1953 in de DDR mitmokt. Em harn se de Puckel striemich neiht, dat man dat noch hüt seihn künn un dat schüln de Ordnungshüters man jez mit de AKW-Gegners mok'n. Ik segg, dat dat Demonstrationsrecht een von de vörnehmsten Rechten is, un dat e een von de Lüt is, de düsse Grundrechten avschaffen will, wo noch nix Ungesetzliches passert is. Wo schüll dat denn war'n, wenn erst een anner Partei, as de dree, de hüt in de Parlamenten sünd, an de Macht keem. E mit sin Ansichten wör doch got uphob'n in son Stoot as de DDR. Dor dörp e bestimmt nich in'n Kroog sit'n un diskuteern, so as wi dat nu mok'n den. Bi uns is dat doch een Teek'n von Demokratie, dat wi as politische Gegners in Kroog tosam sit'n, Kort'n spöl'n un öwer politische Thems diskuteern könt. So hevt wi utn'anner gohnt, weil ik Diekwacht gohn müß'. Ik müt segg'n, dat düsse Diskuschion mi erst richtich vörföhrt het, wat uns bevörsteit, wenn de WAA in Gorlev baut wart. Sülbens wenn se dat seeker kreegt, is immer noch de Gefohr, dat een Diktator as Hitler sik den Dübel üm Verträg scheern dä un Atomwaffen mit dat Plutonium produzeern dä, üm de annern Stooten to erpressen.
De Befürworters hebb'n bet nu düsse Problem nich behannelt. Se sünd bestimmt froh, dat de Gegners so een Grundsatzdiskusch[...] noch nich anfangt hevt to forceern. [...] schub'n de Diskuschion över ok ümmer i[...] Richtung Seekerheit. Dormit sünd se [...] Grundsatzdiskuschion los un könt segg'n, [...] se de Seekerheit garanteert. Datselbe hev[...] von de AKW Brunsbüttel ok seggt. Seeker[...] kann dat niemols to 100 Perzent gev'n. [...] segg'n de Befürworters ok. Se segg'n över[...] dat „mit an Sicherheit grenzender W[...]scheinlichkeit kein GAU passieren ka[...] Wer'n beten von de Wahrscheinlichkeit w[...] kennt ok de Gefohr, dat mol wat pass[...] Keen een kann de GAU vörutsegg'n. De k[...] jeden Dach passeern.

Düsse Diskuschion het min Meenung ge[...] de Atomenergie noch bestarkt. De Atom[...]ners diskuteern un demonstreern; de K[...] Bauers willt all Annersdenkende inspaan[...]rer so. Un wo blivt de Demokratie? De g[...] dorbi in de Brüche. Deswegen kann ik nie[...] to de Bau von de NEZ jo segg'n. Un all[...] noch nich wet'n, wat se dorto meen, segg[...] dat se sik to een „Nee" to de Atomene[...] dörchring müt'n, wenn de Demokratie bi [...] nich tom Deubel goh'n schall.

Werner Thiele-Schlesier, Dannen[...]

ZUR LAGE IN AHAUS

Münster
17. Mai

In den letzten Wochen ist bekannt geworden, daß die Wiederaufbereitungsanlage in Gorleben wohl vorläufig nicht gebaut wird. Über den Bau des Endlagers herrscht noch keine Klarheit. Angeblich soll zunächst das Eingangslagerbecken für die WAA (wie geplant) gebaut werden. Welche Konsequenzen ergeben sich daraus für das Zwischenlager in Ahaus? Die Lagerbeckenkapazität für abgebrannte Elemente wird immer kleiner. Auch wenn die Kompaktlagerung nach dem Erörterungstermin in Biblis genehmigt wird (was wir natürlich nicht hoffen), reicht die erweiterte Lagerungsmöglichkeit nur noch für wenige Jahre (ca. 5). Alle Anzeichen deuten darauf hin, daß die DWK nun externe Brennelementlager bauen will.
In Ahaus wird in diesen Tagen mit dem Bau einer metereologischen Station zur Erforschung des Mikroklimas begonnen. Diese Station wird direkt neben dem geplanten Baugelände errichtet. Kenntnisse über die Windrichtung und die Geschwindigkeit sind für die Berechnung der Strahlenbelastung wichtig, In den bisherigen Gutachten waren die entsprechenden Werte einfach aus entfernter liegenden Meßstationen entnommen worden. Da diese Maßnahmen mit den Forderungen der BI und der Bauern begründet werden, unternimmt die BI nichts dagegen. Allerdings hat sie darauf hingewiesen, daß für verläßliche Aussagen mehrjährige Untersuchungen nötig seien.
Meldungen aus der überregionalen Presse, daß in Ahaus schon jetzt der Bau eines Gleisanschlusses zum BEZ betrieben werden solle, sind von den Behörden dementiert worden. Anläßlich der Grenzblockade in Gronau ist jetzt ein Schüler von der Polizei vorgeladen worden. Er sollte auf ihm vorgelegten Bildern bestimmte der Polizei unbekannte Personen identifizieren.

Kontakt: Hans Stemmerich, Bismarkallee 11a, 44 Münster, Tel.: 0 52 61 / 5 77 76

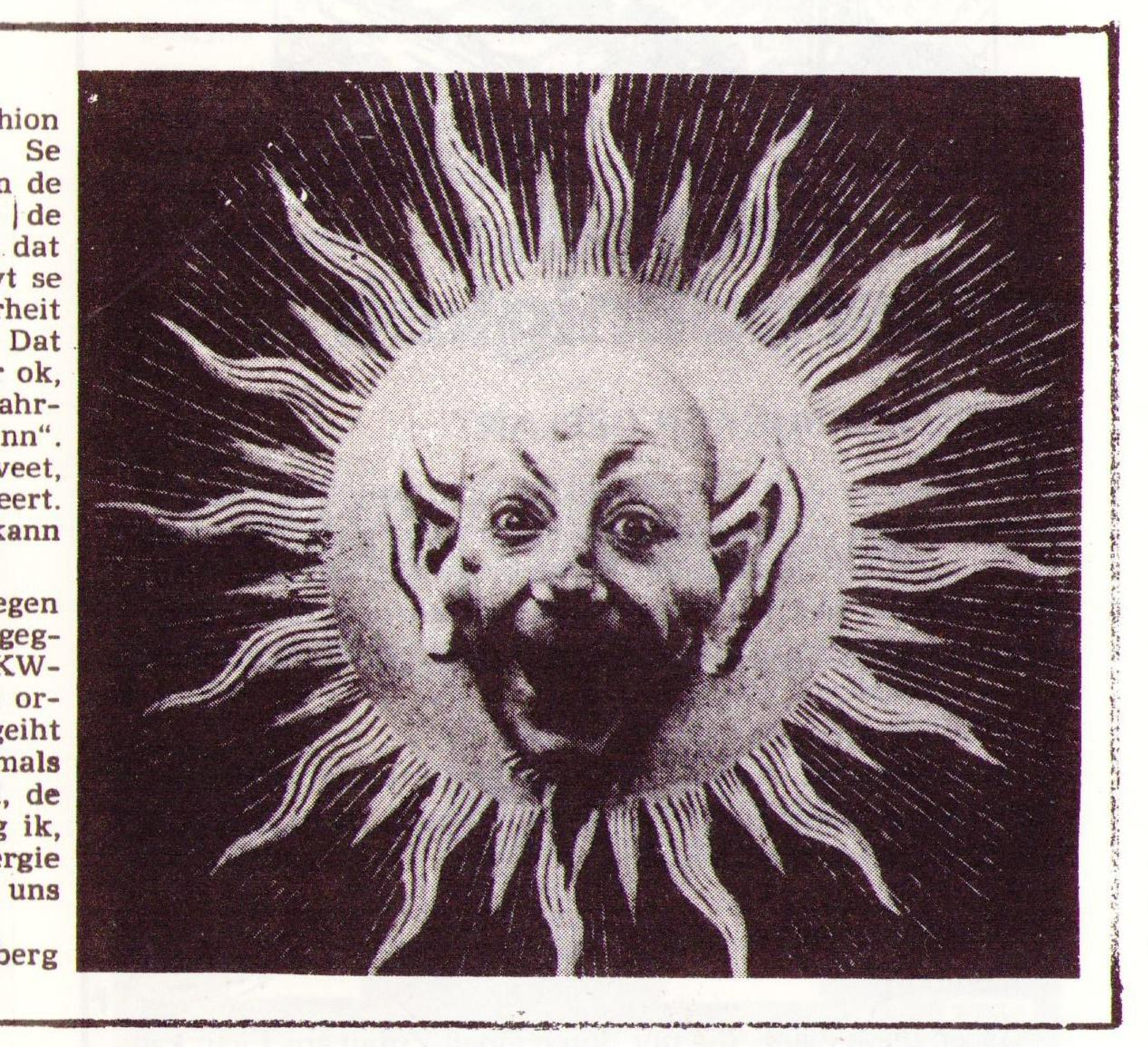
HANNOVER – HARRISBURG . . . UND DANACH?

Spreda
Ende April

Den folgenden Text zum Widerstand gegen Atomkraft – über Hannover und Harrisburg hinaus – erhielten wir von der TAZ (Berlin). Wir würden uns freuen, wenn Lutz aus Spreda (liegt bei Bremen), von dem diese Gedanken stammen, uns über Reaktionen auf seinen Diskussionsbeitrag auf dem Laufenden halten würde.

Gedanken zum Widerstand gegen Atomkraft und die Konsequenzen

Der 31. März in Hannover war ein neuer Anfang in der langen Kette von Demonstrationen und des Widerstandes gegen die Atomenergie. Erstmals waren mehr Menschen auf den Beinen, Rädern, usw., um aktiv ihre Belange zu vertreten, als bei einem Fußballspiel von „größerer Bedeutung". Nach Hannover kann kaum noch einer behaupten, daß es sich hier um eine Minderheit handelt. Die Fußballfans werden auch nicht als eine Minderheit abqualifiziert. Für mich jedenfalls war das Überschreiten dieser magischen Grenze ein sicheres Zeichen für die Kraft der Anti-Atomkraft-Bewegung, ein Anfang auch für eine neue Qualität.



Auch Harrisburg war ein neuer Anfang. (. . .) Gegen einen stündlich möglichen GAU helfen keine Beschönigungen mehr. Und die wollen die Politiker uns, den Atomkraftgegnern, aufdrängen. „So etwas kann bei uns nie passieren", hörten wir lakonisch aus Frankreich und etwas anders auch aus anderen Teilen der westlichen, „freien" Welt. Der „Ostblock" verhält sich da eher wie Herr Albrecht: er schweigt und handelt; Als notwendige Konsequenz wird anschließend versichert, daß das menschliche Versagen, das zu dem Unfall geführt haben soll, durch eine bessere Ausbildung unterbunden wird.

So beeindruckend die vielen Menschen in Hannover gewirkt haben, in ihrer Gemischtheit, ihren Unterschieden, ihrer Gemeinsamkeit, so wichtiger erscheint die Frage nach der Fortsetzung des Kampfes. Für große Veranstaltungen, wie die in Hannover, mag eine Mischung aus bürgerlicher Ehrbarkeit, flower power und APO-Agit-Prop ein großes Wohlbefinden aller Teilnehmer hervorgerufen haben. Aber wie sieht es hinterher aus? Wenn alle Teilnehmer und Sympathisanten und alle, die noch kommen wollen, in ihrem Alltag stecken, der landläufig als grau bezeichnet wird?

Sicher ist es ungeheuer wichtig aufzuklären, noch mehr Menschen von der Notwendigkeit, aktiv gegen Atomkraft zu sein, zu gewinnen. Die bestehenden Verhältnisse zu erklären und in der Luft zu zerreißen ist der Anfang, er beantwortet die Frage aber nicht, wie es weitergehen soll, auch ohne Atomenergie. Daß unter den gegebenen Umständen und „Sachzwängen" Energie knapp wird, kann keiner bestreiten.
Was tun?
Es drängt sich förmlich die Notwendigkeit auf, (Über)Lebensformen zu erproben, wozu die Herren aus Wirtschaft und Politik nicht den Mut haben, weil sie sich nicht selber ihr Grab schaufeln wollen!
Was hindert uns eigentlich, neue Möglichkeiten der Energiegewinnung und Einsparung, Alternativen zu derzeitigen Arbeitsbedingungen, Freizeit und sozialen Problemen zu erproben?
Was hindert uns, international auf regionalen Ebenen Modellversuche zu errichten, die verschiedenen Aspekten unserer Gesellschaft Alternativen entgegensetzen: das alternative Krankenhaus, Probleme der Verkehrsentflechtung in Ballungszentren, Nahverkehr, humanes Wohnen, alternative Landwirtschaft, neue Lohnsysteme in der Erwerbswelt, Mit-Selbstbestimmung im Betrieb und sozialen Bereichen.

Einige Versuche in dieser Art bestehen schon: Das Windrad von Tvind, der Metanselbstversorger in der Schweiz, Wohnarbeitsgruppen , das Ökoinstitut in Freiburg usw.
Aufgrund dieser Ansätze sollte eine treibende Kraft der Anti-Atomkraftbewegung die Koordinierung aller Alternativen sein. Es gilt, Verbindungen herzustellen, die die gesellschaftliche Funktion und Notwendigkeit der einzelnen Modelle aufzeigen und neue Modelle errichten. Desweiteren sollten Modelle wissenschaftlich begleitet bzw. aufgearbeitet werden. Es ergäbe sich hieraus eine neue Qualität für die Wissenschaft.

Die Auseinandersetzung mit Theorie und Praxis gibt den Boden für die Errichtung bestimmter, den Regionen angepaßter Modellversuche. Wie viele Menschen wären froh, wenn sie nicht stundenlang unter Streß darauf warten müßten, endlich nach Hause zu kommen. Wer möchte nicht in seinem Betrieb über seine eigene Arbeitszeit und sein Tun bestimmen können, wissen, wofür er überhaupt arbeitet?
Ich schlage deshalb vor, noch in diesem Jahr ein Arbeitstreffen zu veranstalten, wo sich alle Interessierten an Alternativen und deren Umsetzung mit den anfallenden Problemen auseinandersetzen. Als Vorschlag: Es sollten Probleme erörtert und Alternativmodelle sowie deren Umsetzung in den Alltag erarbeitet werden. Die bestehenden Modelle sollten vorgestellt werden und die daran Beteiligten die Möglichkeit der Kooperation erhalten.

Die Resignation und Kritik soll endlich Arme und Beine bekommen, die Zukunft vorstellbar und erfahrbar werden – ohne Atomkraft und Ausbeutung!

Kontakt: Lutz Müller, Schwichtelerstr. 11, 2849 Spreda

BERUFUNGSVERHANDLUNG IM GROHNDE-PROZESS GEGEN MATTHIAS KÜNTZEL

LÜNEBURG
14. Mai

Matthias schreibt:
Am 5. Juni 1979 beginnt vor dem Landgericht Hannover die Berufungsverhandlung in meinem Grohnde-Prozeß. Angeklagt bin ich wegen „Widerstand gegen die Staatsgewalt", den ich am 19.3.77 vor dem AKW Grohnde geleistet haben soll. Im November 1978 wurde ich vom Schöffengericht Hameln zu einer Geldstrafe von 30 Tagessätzen a 10,– DM sowie zur Erstattung der Prozeßkosten (ca. 10.000,–) verurteilt. Die Forderung des Staatsanwalts (12 Ta-

gessätze) wurde um fast das 3-fache erhöht. Dieser Prozeß war ein einziger Skandal:

Zufällig wurde meine Festnahmesituation vom Pressefotografen der Hannoverschen Allgemeinen Zeitung mit 2 Fotos festgehalten. Auf den Fotos sieht mensch, daß ich noch am Boden kauernd festgehalten und mit dem Gummiknüppel bedroht werde. Mein Gesicht ist von einem massiven Gummiknüppelschlag direkt unterhalb des linken Auges entstellt, der Gesichtsausdruck ziemlich verängstigt. Tatsächlich hat mir nach vorheriger „Bearbeitung" meiner Rücken-, Schulter- und Lendenpartie durch mehrere Gummiknüppelschläger der Schlag ins Gesicht den Rest gegeben, sodaß ich an Widerstand nicht einmal denken konnte. Diese Fotos lehnte das Gericht als Beweismaterial ab! Es zeige „nur" Momentaufnahmen. Gleichzeitig betonte das Gericht, es sei gegen die Tatsache, „daß es Prügel gab" nichts einzuwenden (so in der Urteilsbegründung).

Prozeßtermine: 5. Juni (Dienstag) um 12.30 Uhr
8. Juni (Freitag) um 9 Uhr und am
12. Juni (Dienstag) um 9 Uhr

jeweils vor dem Landgericht Hannover, Volgersweg 65, Eingang Roscherstr., Zimmer Nr. 127.

Kontakt: Matthias Küntzel, Sültenweg 57, 2120 Lüneburg, Tel. 04131 / 45290.

FRANKFURT – INFORMATIONEN ÜBER GASAUTOS GESUCHT

Wer Informationen über Herstellung und Betrieb von Methan- (oder anderen Gasformen)-Autos hat, soll sie doch bitte an M. Trenkler, Basaltstr. 21, 6 Frankfurt, schicken.

INTERNATIONALER ANTI-ATOM-PFINGSTMARSCH

Frankfurt
23. Mai

Sehr umständlich und auf die letzte Minute haben wir noch rausbekommen, an welchen Standorten zu Pfingsten etwas stattfinden soll. Leider wissen wir nicht in jedem Fall, was es sein wird. Mal eine Demo, mal ein Marsch, oder auch ein Lager. Außerdem haben wir sogut wie keine Kontaktadressen. Leider. Deshalb nur die Liste der Orte.

Frankreich

Plogof, Bretagne; Chinon, Loire; Brennelis, Normandie; Breaud, St. Louis, Bordeaux; Malville-Marcoule-Marseille (mit Schiff); Nogent sur Seine; Chalons sur Saone; Fessenheim (auch für Deutschland ab Bad Krotzingen); Cattenom (Belgien Luxembourg, Saarland)

Belgien, Luxembourg, Niederlande

Doel, Belgien; Gasselte, Niederlande; Remergen, Luxembourg (auch für Deutschland)

Deutschland

Kalkar, Bad Krotzingen (3. Juni Treffen, 11 Uhr Abmarsch/ Abfahrt, bis Neuenburg, Camp, am 4. Juni Wanderung nach Fessenheim, am 3. Juni ist autofreier Sonntag – also bitte . . . Für Rückfahrt nach Freiburg ist gesorgt)

Grohnde (Pfingstlager ab 1. Juni, 16 Uhr, Zelte und Verpflegung mitbringen, vielleicht gibt es noche eine Demo) Kontakt: AK Umwelt in der ESG, Jakob-Kaiserstr. 20, Bielefeld

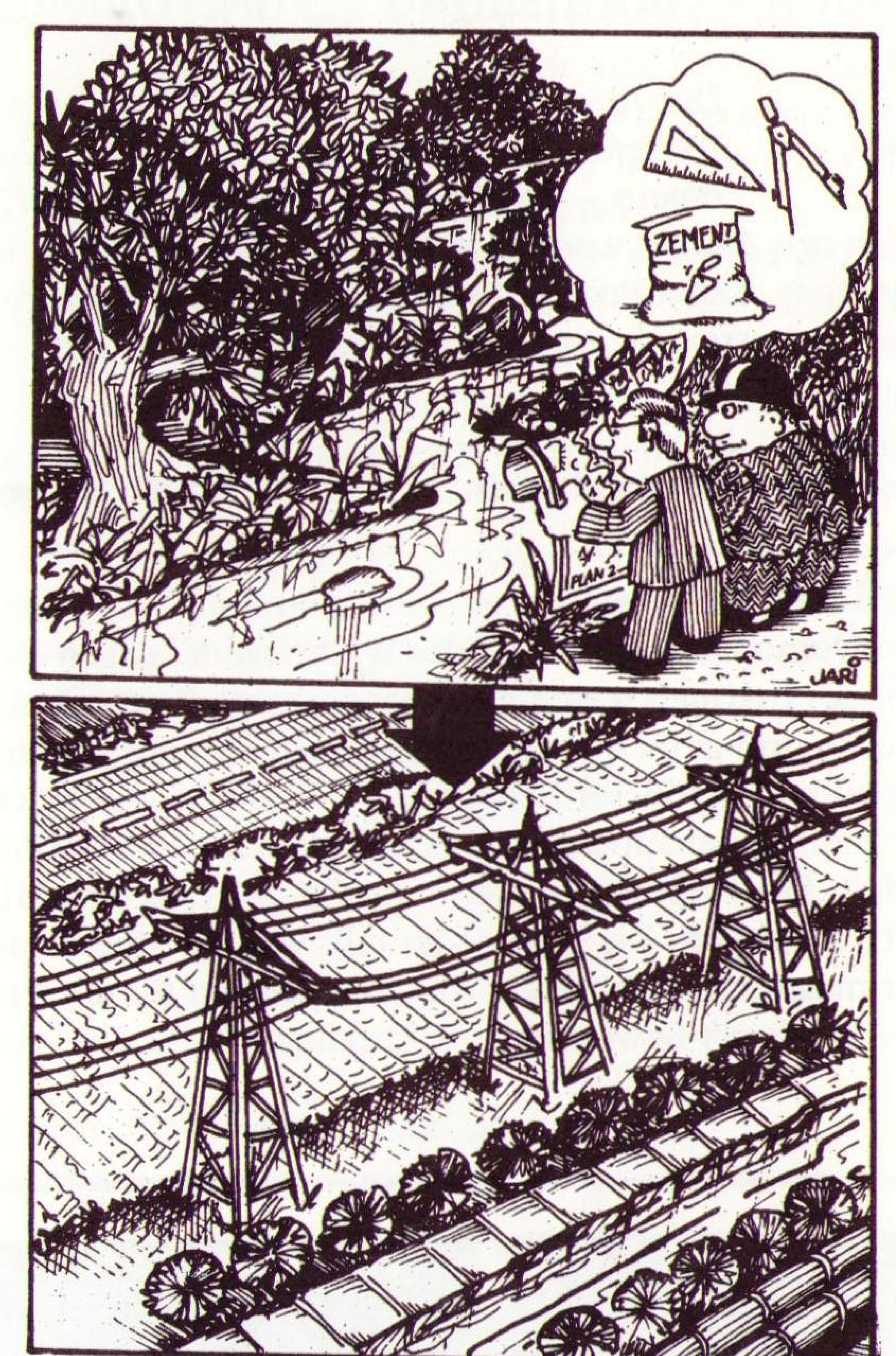
Gorleben (Kontakt: BI-Büro, Drahwehnerstr.3, 3130 Lüchow, Tel: 0 58 41 / 32 75 30

Esensham (kontakt: BBA Bremen, Fedelhören 14, 28 Bremen, Tel.: 0 421 / 32 75 30

Schweiz

Leibstadt, Basel, Graben

Kontakt: BBU–Geschäftsstelle, Hellbergstr. 6, 7500 Karlsruhe 21, Tel.: 0 72 1 / 57 42 48



deutsche Geradlinigkeit

REICHLICH BUNKER GEPLANT

ERLANGEN
9. Mai

Im Reichswald bei Uttenreuth zwischen Erlangen und Nürnberg will die amerikanische Armee mit Unterstützung deutscher Stellen (SPD-Minister Matthöfer) ein bereits bestehendes Munitionsdepot um zunächst 47, später um noch einmal 92 Bunker erweitern. Die Folgen:

- 9.000 Bäume sollen gefällt werden
- das Waldgebiet in diesem Teil des Reichswaldes würde wegen des vermehrten militärischen Verkehrs als Erholungsgebiet praktisch ausfallen
- erhöhte Gefahren für die Einwohner der umliegenden Ortschaften durch Transport und Lagerung großer Mengen von Munition

Gegen diese Pläne, die nur durch einen Zufall ans Licht kamen (durch eine Information der Baufirmen), kämpft eine Bürgerinitiative mit Unterstützung von Bund Naturschutz und Grüner Liste. Der Bau dieser Bunker wird von der überwältigenden Mehrheit (kann mensch hier wirklich sagen) der Bevölkerung Erlangen/Nürnberg abgelehnt. Allein in Erlangen und Umgebung hat der Bund Naturschutz und die Bürgerinitiative inzwischen über 50.000 Unterschriften gegen dieses Wahnsinnsprojekt gesammelt. Zumindest verbal wird der Protest auch von den Kommunalpolitikern und Landtagsabgeordneten der drei Bundestagsparteien unterstützt. Auf einer Protestversammlung gegen den Bunkerbau am 5. April in Erlangen sprachen sich die Bundestagsabgeordneten aus der betroffenen Region (Hartmann – CSU, Lutz – SPD, Hamm-Brücher – FDP) für eine Erweiterung um 47 Bunker aus. Das sei „militärisch notwendig" und ein „tragbarer Kompromiß". (Bei der Veranstaltung stellte sich übrigens auch heraus, daß die Amerikaner in diesen Bunkern auch Atomwaffen lagern können, ohne daß sie deutsche Stellen überhaupt befragen müssen!) Mit dem Bau soll im Mai/ Juni, d. h. also nach den Europawahlen begonnen werden.

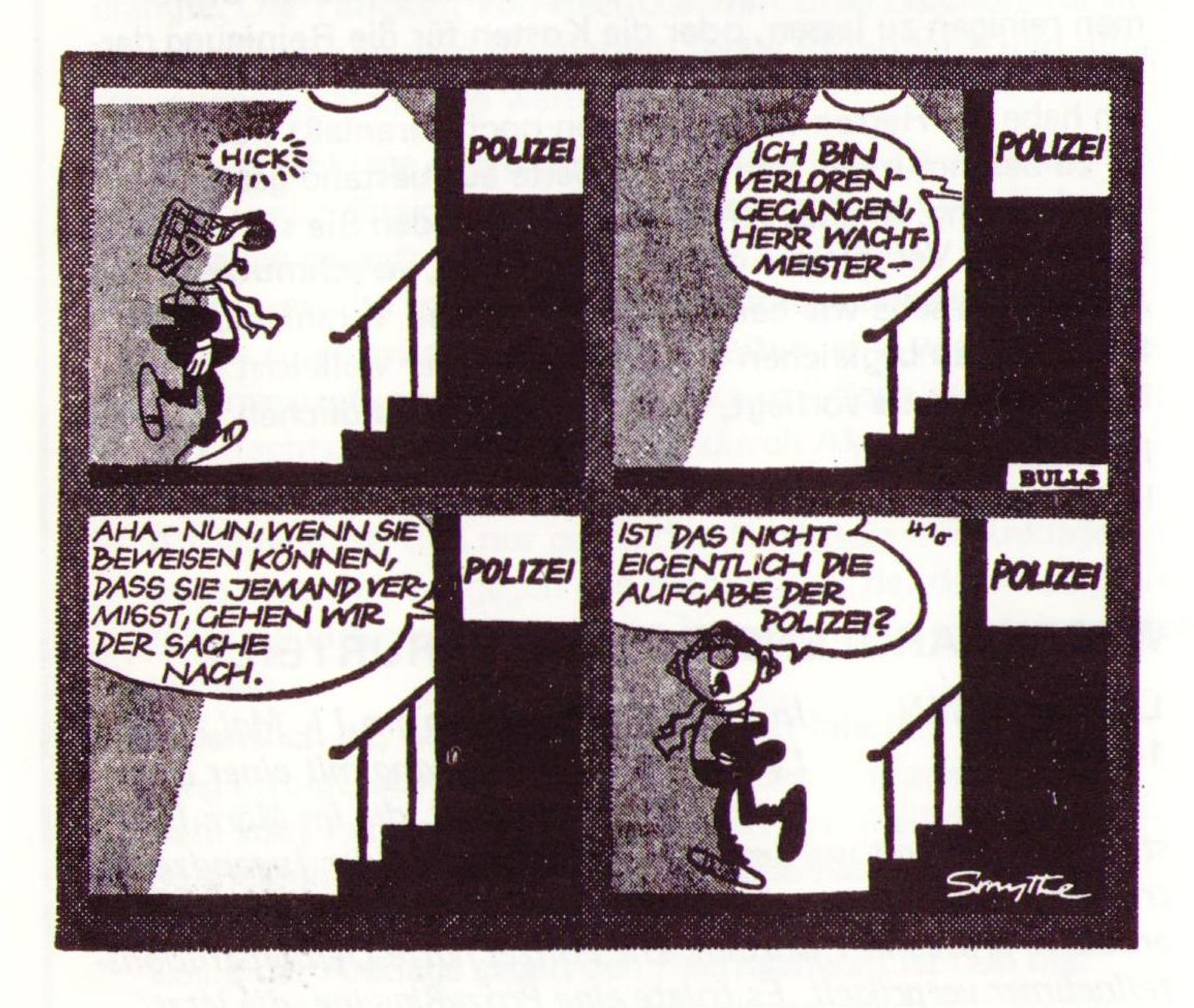
Die Bürgerinitiative gegen Munitionsbunker hat daraufhin erklärt, daß Personen oder Organisationen, die den Bunkerbau unterstützen oder akzeptieren, bei der Europawahl nicht gewählt werden sollten. Die Bürgerinitiative hat alle betroffnenen Bürger und alle Gegner des Bunkerbaus aufgefordert, ihre Entscheidung, ob sie zur Europawahl gehen und wen sie wählen, unter diesem Gesichtspunkt zu treffen und keine Bunkerbauer zu wählen.

Die Erlanger Grüne Liste hat zum Boykott der Europawahlen aufgerufen. Sie plant Wahlbenachrichtigungen von Leuten, die sich am Wahlboykotte beteiligen, einzusammeln und einer umweltfreundlichen Energiegewinnung zuzuführen.

Kontakt: Saftladen, Altstädter Kirchplatz, 852 Erlangen.

ERLANGEN – BÜRGERINITIATIVE PLANT KONGRESS GEGEN MILITÄRISCHE ANLAGEN

Nachdem bekannt geworden war, daß im gesamten Bundesgebiet etwa 2000 (zweitausend!) solcher Munitionsbunker neu gebaut werden sollen, wurde auf der letzten Sitzung der BI angeregt, Erfahrungen von Bunker- Gegnern auf einem Kogreß Mitte Juni auszutauschen und das weiter Vorgehen breit zu diskutieren.
Deshalb der Aufruf an alle Gruppen und Initiativen, die sich gegen militärische Anlagen (Munitionsbunker, Flughafenausbau, Zufahrtsstraßenneubau, Schießplätze, Manöver etc.) wehren: Schreibt schnell, ob ihr Interesse an solch einem Kongreß habt, an: Wolfgang Lederer, Leipzigerstr. 8, 8520 Erlangen.



POLIZEIEINSATZ BEI SOLDATENVEREIDIGUNG

Dortmund 8. Mai 79

27 Zivildienstleistende des Diakonischen Werkes, die am 3. Mai an einer Demonstration gegen eine öffentliche Soldatenvereidigung teilnahmen, unterschrieben eine Erklärung zu dem brutalen Polizeieinsatz während der Veranstaltung. Auch die Falken haben einen Protestbrief verfaßt. Insgesamt wandten sich 18 Organisationen gegen den Polizeieinsatz und die nachfolgende Berichterstattung in den Dortmunder Blättern. So stand z.B. unter einem Photo in der Westfälischen Rundschau vom 4. Mai: "Jugendliche Demonstranten, die teilweise recht lautstark die militärische Feierstunde störten, konnten zumeist von Zuschauern und Polizeibeamten beruhigt werden." Die Zivildienstleistenden schreiben:

Wir, eine Gruppe von Zivildienstleistenden im Diakonischen Werk Dortmund, sehen uns – enttäuscht und erschüttert über die Geschehnisse während der Soldatenvereidigung am 3. Mai auf dem Neuen Markt in Dortmund – dazu veranlaßt, den völlig unzureichenden und irreführenden Meldungen in den Dortmunder Tageszeitungen eine eigene, präzise Darstellung der Ereignisse gegenüberzustellen.

Schon kurz nach dem Bekanntwerden des Termins der öffentlichen Soldatenvereidigung in Dortmund haben wir unseren entschiedenen Protest gegen diese Veranstaltung dem Oberbürgermeister der Stadt in einem "offenen Brief" mitgeteilt. Uns war von vorneherein klar, daß dies nicht zu einer Absetzung der Vereidigung führen werde. Daher haben wir die letzten Wochen vor der Öffentlichen Vereidigung dazu benutzt die Dortmunder Bevölkerung auf die schrecklichen Folgen militaristischer Abschreckungspolitik hinzuweisen. Durch Flugblätter, Plakate und öffentliche Stände in der Einkaufszone versuchten wir, möglichst viele Bürger über die geplante Soldatenvereidigung zu informieren und mit ihnen über unsere Einwände gegen diese Veranstaltung zu diskutieren. Höhepunkt dieser Aktionen war der "Friedensmarkt" am 2. Mai auf dem Alten Markt in Dortmund, auf dem mehrere antimilitaristische Gruppen ihre Arbeit vorstellten und ein verstärktes Bemühen um gewaltlose Konfliktlösungen zwischen den Staaten forderten. Die Zivildienstleistenden im Diakonischen Werk hatten bei dieser Veranstaltung einen spektakulären Auftritt: Einige von uns hatten sich als "Verwundete" geschminkt und verteilten "blutverschmiert" und an Krücken humpelnd Flugblätter, um gegen die Soldatenvereidigung am folgenden Tag zu protestieren. Unterstützt wurden unsere Forderungen u.a. von 2 Dortmunder Pfarrern, dem Friedensforscher Egbert Jahn und dem Schriftsteller Josef Reding. Diese Veranstaltung verfolgten ca. 600 Personen.

Am 3. Mai, dem Tag der Vereidigung, sind wir – ebenfalls als Verwundete verkleidet – gemeinsam zum Neuen Markt gegangen, haben einen Trauermarsch inszeniert, Friedenslieder gesungen und antimilitaristische Plakate verteilt. Durch diesen Trauermarsch kam es zu zahlreichen Beifallsbekundungen, aber auch Zurufe wie: "Vergasen sollte man euch, unter Hitler wärt ihr woanders hingekommen; eine Sauerei ist das; alle aufspießen!" und ähnliche Äußerungen, die fatal an die menschenverachtenden Taten des Faschismus erinnerten. Bei dieser Aktion konnten wir feststellen, daß (bei vorsichtiger Schätzung) mindestens die Hälfte der Besucher, also ca. 2000 Leute, zu der Soldatenvereidigung gekommen waren, um dagegen zu protestieren. Die von uns hergestellten und verteilten antimilitaristischen Plakate hängten viele Leute über die Absperrungsbarrikaden, um auch den aufmarschierten Soldaten unseren Protest zu zeigen. Um die von vielen Leuten angestimmten Friedenslieder zu übertönen, wurde die Lautsprecheranlage der Bundeswehr eingeschaltet und unpassende Stimmungsmusik abgespielt. Die ersten Lautsprecheransagen zu Beginn der Veranstaltung wurden durch laute Buh-Rufe und Pfiffe der 2000 protestierenden Bürger unterbrochen. Die ständigen "Aufhören, Aufhören"-Rufe waren über den ganzen Platz zu hören und Anlaß für den folgenden ungeheuerlichen Polizei- und Feldjägereinsatz gegen die friedlich Demonstrierenden:

Mehrere Ketten von Polizisten – insgesamt 200 - 300 Polizeibeamte – drängten die Demonstrantengruppe von zwei Sei-

ten mit brutalen Mitteln zusammen, um sie von anderen Besuchern der Vereidigungsveranstaltung zu isolieren und möglichst weit vom Neuen Markt abzudrängen. Die Demonstranten reagierten überaus friedlich mit einem Sitzstreik, um diese Polizeiaktion zu verhindern. Dabei schlugen die Polizisten auf die vorderen Reihen der Sitzenden wild ein, traten die Demonstranten in den Unterleib, zogen sie an den Haaren hoch, um sie anschließend wieder auf die Masse der Sitzenden zu stoßen. Es kam zu einem lebensgefährlichen Gedränge: Hunderte von Demonstranten lagen eingeklemmt am Boden und wurden von anderen zurückgedrängten Leuten überrollt. Ohne jede Rücksicht drängten die Polizeikräfte weiter vor. Feldjäger leisteten ihnen Unterstützung, indem sie die Absperrungsbarrikaden in die Menge reindrückten, so daß der zur Verfügung stehende Raum noch knapper wurde. An einigen Stellen kippten die Feldjäger die Barrikaden nach außen um und quetschten Demonstranten unter ihnen ein, andere wiederum sprangen über die Barrikaden und schlugen auf die Demonstranten ein. Die Brutalität des Polizei- und Feldjägereinsatzes wird auch deutlich aus der Tatsache, daß einige Polizeibeamte sich zeitweilig veranlaßt sahen, einige ihrer Kollegen, die in blinder Wut und Aggressivität wahllos um sich schlugen, zurückzuhalten und zu ermahnen. Ein Polizist äußerte sich zum Vorgehen seiner Kollegen mit den Worten: "Du mußt von unten nach oben schlagen", während ein anderer "die sadistische Freude, die mancher meiner Kollegen beim Prügeln von euch empfindet" kritisierte.

Auf den brutalen und ungeheuerlichen Polizei- und Feldjägereinsatz haben die Demonstranten zu keinem Zeitpunkt mit gewaltsamen Aktionen reagiert. Durch passiven Widerstand (Sitzstreik) und lautstarke Proteste konnte die Demonstrantengruppe nicht verhindern **(Ja eben! Der Comp.)** daß sie allmählich immer weiter vom Veranstaltungsgelände abgedrängt wurde. 12 der am Sitzstreik beteiligten Personen wurden von der Polizei vorübergehend festgenommen und in der Hauptwache erkennungsdienstlich behandelt. Viele Demonstranten waren nach der Polizeiaktion völlig mit den Nerven fertig — sie standen am Straßenrand und weinten.

Ca. 800 Leute formierten sich nach Abschluß der Vereidigungsveranstaltung zu einem Demonstrationszug zur Polizei-Hauptwache in der Hohen Straße, um die sofortige Freilassung der 12 Demonstranten zu fordern. An der Hauptwache verliessen dann diese 12 Personen gerade das Polizeigebäude, das von Polizeikräften abgeriegelt war. Von den vorübergehend Verhafteten berichtete etwa die Hälfte, daß sie auf dem Transport vom Neuen Markt zur Hauptwache von Polizisten verprügelt worden seien.

Angesichts einer Presseberichterstattung, die einen derartigen rücksichtslosen und brutalen Polizeieinsatz gegen friedlich Demonstrierende zu decken bereit ist, äußern wir unsere ernste Besorgnis, daß sich auch in Dortmund zunehmende Tendenzen der "Gleichschaltung" zeigen und die Rechte der Andersdenkenden auf freie Meinungsäußerung in wachsendem Maße bedroht sind. Dies zu verhindern, werden wir uns weiter bemühen und ist das Anliegen dieser unserer gemeinsamen Erklärung.



BESCHMUTZTE POLIZISTEN

TROISDORF 21. Mai

Aus Troisdorf erreichten uns Kopien eines launigen Briefwechsels:

Der Oberkreisdirektor
als Kreisbehörde —Siegburg—
— V — III — 5203 —

Siegburg, den 3.5.79/Rie

Frau
Helga Albrecht
Poststr. 16
5210 Troisdorf

Betr.: Kostenerstattung

Sehr geehrte Frau Albrecht!

Am 6.4.1979, gegen 2.00 Uhr, durchsuchten auf Ihre Veranlassung zwei Polizeibeamte die Kellerräume im Haus Poststr. 16. Dabei wurden die Uniformen der dienstausübenden Polizeibeamten so verschmutzt, daß eine Reinigung derselben erforderlich war. Die verauslagten Reinigungskosten betragen 20,90 DM. Ich bitte um Erstattung des Betrages von 20,90 DM bis zum 5.6.1979 auf das Konto der Sparkasse der Stadt Köln, Kto.-Nr. 9 302 951 zu Verbuchungsstelle 9631,516 1000.2 — Ausgabeabsetzung — Landeshaushalt.

Mit freundlichen Grüßen
Im Auftrag Kreisoberinspektor

Helga Albrecht

5210 Troisdorf, den 8.5.1979
Poststr. 16

Kreisoberinspektor
5200 Siegburg
Frankfurter Str. k14-18

Betr.: Kostenerstattung

Sehr geehrter Kreisoberinspektor!

Am 6.4.1979, gegen 2.00 Uhr, durchsuchten zwei Polizeibeamte die Kellerräume im Haus Poststraße 16, dabei scheinen die beiden ihre Uniformen beschmutzt zu haben. Wie dem auch sei, ich sehe keine Veranlassung diese beschmutzten Uniformen reinigen zu lassen, oder die Kosten für die Reinigung derselben zu übernehmen.

Ich habe die Herren weder gebeten noch veranlaßt sich im Keller zu beschmutzen, von meiner Seite aus bestand gar keine Veranlassung, solches zu veranlassen. Wenden Sie sich beflissentlich an den Veranlasser dieser nächtlichen, verschmutzenden Aktion. Ich sehe wie bereits erwähnt, keine Veranlassung die Rechnung zu begleichen und meine das hier vielleicht nur ein Irrtum Ihrerseits vorliegt, von daher mit vräundlichen Grüßen

Hochachtungsvoll
Helga Albrecht.

WEGEN PAROLENSPRÜHENS VERURTEILT

LEVERKUSEN 14. Mai

In Leverkusen wurden am 11. Mai zwei Leute im Zusammenhang mit einer Demonstration verurteilt, die im März 1977 stattfand. Damals war im Zusammenhang mit der Jugendzentrumsbewegung gegen den Rausschmiß eines Jugendhausmitarbeiters protestiert worden. Die Polizei hatte Demonstrationsteilnehmer verprügelt. Es folgte eine Prozeßlawine, die jetzt schon zwei Jahre anhält. Die beiden Verurteilten waren angeklagt, Sachen beschädigt, d.h. Parolen gesprüht zu haben. Das Urteil lautete einmal ein Monat Gefängnis auf drei Jahre Bewährung und zum anderen eine Woche Jugendarrest. Leverkusener schreiben dazu:

„... Selbst der Staatsanwalt forderte nur Geldstrafen, die Zeugenaussagen widersprachen sich, die Angeklagten konnten nicht eindeutig identifiziert werden, und doch verhängte der Richter

dieses harte Urteil. Den beiden Betroffenen wurde unterstellt, durch ihre gemeinsame politische Erklärung eine Gesinnung an den Tag gelegt zu haben, die zur Verurteilung ausreicht. Eine Zuchtmaßnahme — wohl insbesondere auch deshalb, weil die beiden Angeklagten hier in Leverkusen hinlänglich bekannt sind und in vielen Projekten und Initiativen mitarbeiten (Leverkusener Stadterreger, Musik-Kooperative, Laden, etc.).

Wir verstehen das Urteil als eine Einschüchterungsmaßnahme gegen alle hier in Leverkusen existierenden linksradikalen Initiativen und Einzelpersonen. Mit den noch folgenden Verfahren wegen uneidlicher Falschaussage (Mindeststrafe 3 Monate Knast) ist zu befürchten, daß auch hier in Leverkusen weitere Knasturteile gefällt werden. Hier sollen Menschen gebrochen werden! Menschen, die den Widerspruch zwischen dem Gerede vom Rechtsstaat und den täglichen staatlichen Unterdrückungen spüren und öffentlich beim Namen nennen!!

Kontakt: Leverkusener Stadt-Erreger, Moosweg 165, 5090 Leverkusen 1.

WER HAT P.P.ZAHL DEN ZUCKER GEKLAUT?

BOCHUM 25. April *Die Anwälte von Peter-Paul Zahl schickten uns eine Pressemitteilung:*

„Die Staatsanwaltschaft Arnsberg hat gegen den Bochumer Rechtsanwalt Lutz Eisel Anklage wegen des Verdachts der falschen Verdächtigung erhoben. Dieser Anklage liegt folgender Sachverhalt zugrunde:

Rechtsanwalt Eisel hatte im Mai 1978 eine Strafanzeige seines in Werl inhaftierten Mandanten Peter-Paul Zahl gegen Beamte der JVA Werl an die Staatsanwaltschaft Arnsberg weitergeleitet; Zahl beschuldigte die Beamten des Diebstahls und der Unterschlagung, da sie ihm bei einer Zellendurchsuchung persönliche Gegenstände (wie Filzstifte, Teesieb, Zucker) weggenommen hatten. Der Leiter der JVA Werl hatte die Wegnahme der Gegenstände eingeräumt, hierfür aber eine so wenig überzeugende Begründung abgegeben, daß sich dem Gefangenen Zahl der Verdacht des Diebstahls bzw. der Unterschlagung aufdrängte. Die Tätigkeit von Rechtsanwalt Eisel beschränkte sich darauf, die von seinem Mandanten fertig formulierte und unterschriebene Strafanzeige weiterzuleiten.

Mit der Anklage gegen den Rechtsanwalt wird ein Stück notweniger und zulässiger Anwaltstätigkeit mit dem Verdacht des Kriminellen belegt:

- Rechtsanwälte sollen davor abgeschreckt werden, Strafanzeigen zu erstatten oder weiterzuleiten; eine wirksame Interessenvertretung des Mandanten kann jedoch nur durch einen Rechtsanwalt erfolgen, z.B. durch Akteneinsicht oder Antrag auf gerichtliche Entscheidung.
- Auffallend ist, daß nur gegen den Rechtsanwalt Anklage erhoben worden ist; gegen den Mandanten, der die Anzeige verfaßt und unterschrieben hatte, ist noch nicht einmal ermittelt worden.
- Wesentlich ist, daß die Anklage wegen falscher Verdächtigung erfolgt, obwohl die JVA Werl den angezeigten Diebstahl vom Tatbestand her zugegeben hat. Weil die gleichzeitig angeführten Rechtfertigungsgründe nicht zu überzeugen vermochten, hatte der Mandant die Anzeige erstattet. Die Logik der Anklage gegen den Rechtsanwalt ist nun die: Wer die Angaben von Justizbediensteten nicht als absolute Wahrheit akzeptieren will und den objektiven Sachverhalt zwecks strafrechtlicher Überprüfung zur Anzeige bringt, riskiert seinerseits eine Verfolgung wegen „wissentlich falscher Verdächtigung".

Manfred Nagel II, Rechtsanwalt, als Verteidiger von RA Eisel.

P.S.: Die Anklage ist beim Strafrichter des Amtsgerichts Arnsberg erhoben, der nun über die Eröffnung des Hauptverfahrens zu entscheiden hat. Kontakt: **RA Nagel II, Postfach 102844. 4630 Bochum, Tel.: 0234 / 60416.**

DER 129a-PAROLEN-PROZESS

Düsseldorf 16. Mai Am 20. April 1979 begann vor dem 6. Strafsenat des Oberlandesgerichtes Düsseldorf der Prozeß gegen drei Angeklagte — eine Frau und zwei Männer — die verdächtigt werden, in der Nacht zum 31. August 1977 Parolen zur Unterstützung des Hungerstreiks politischer Gefangener gesprüht zu haben. Während Innenminister Baum versucht, durch kosmetische Tricks am Erfassungs- und Repressionsapparat die BRD nach außen wieder als „Modell Deutschland" salonfähig zu machen und gleichzeitig damit wieder Teile der „staatsverdrossenen jungen Leute" in diesem Staat einzubinden, läuft auf der zweiten Ebene die Abrechnung mit denen, die durch so ein bißchen „demokratische" Fassade nicht einzulullen sind. Ein paar Leute müssen dazu stellvertretend herhalten und werden als abschrekkende Beispiele vorgeführt.

So läuft es in diesem Prozeß, wo die Angeklagten zwar auf „freiem Fuß" sind, trotzdem aber im „Bunker", dem Sondergerichtsgebäude in der Polizeikaserne Tannenstraße, unter militärischen Sicherheitsbedingungen verhandelt wird.
Das fängt schon in den umliegenden Straßen an, wo Streifenwage patroullieren; die Tannenstraße selber wird von einem Observierungsfahrzeug überwacht, aus dem heraus fotografiert wird. Vor einem Eingang zum Bunker steht ein Mannschaftswagen quer, dahinter ein Doppelposten mit Maschinenpistole: erste Ausweiskontrolle. Dann durch einen Korridor von Absperrgittern, vorbei am zweiten MP-Posten, die Treppe runter und warten, bis jeder einzeln Drehkreuz und Sicherheitsschleuse passieren darf. Drinnen wird der Ausweis kopiert, während jeder einer genauen körperlichen Kontrolle unterworfen wird. Gefährliche Gegenstände — Kulis, Stricknadeln, Einkaufstaschen mit Milch und Quark etc. — müssen abgegeben werden. Waffen sind verboten, aber wer hier mit Waffe kommt, braucht eh nur seinen Dienstausweis zu zeigen, oder kommt mit einem eigenem Schlüssel durch den Notausgang hinein — entgegen der „sitzungspolizeilichen Anordnung" des Senatsvorsitzenden, wonach auch die „aus dienstlichem Anlaß erscheinenden Prozeßbeobachter" zu kontrollieren sind. Aber wer kontrolliert die Kontrolleure?
Oben im Foyer des Saales wartet eine Meute von 40 dieser „dienstlichen Prozeßbeobachter", begierig jeden mit geübtem Fahndungsblick erfassend, der nicht zu ihnen gehört, sondern zu den 20 - 30 Leuten, die sich da reinwagen und noch als Öffentlichkeit bezeichnet werde können.

Der äußere Rahmen hat seine Entsprechung in der Linie der Verhandlungsführung des Vorsitzenden Arend: eine von der Verteidigung beantragte Terminverschiebung um drei Wochen hatte er abgelehnt. Die attestierte Verhandlungsunfähigkeit einer Angeklagten und die noch nicht gewährte vollständige Akteneinsicht interessierten ihn wenig. Er war auch der Meinung, innerhalb von vier Tagen „kurzen Prozeß" machen zu können; nun ist aber der sechste Termin schon vorüber und weitere stehen an.
Es kam, was kommen mußte: wegen Arends ignoranter Haltung ging es in den ersten Tagen fast ausschließlich um die Erklärung der Verhandlungsfähigkeiten der angeklagten Frau, ac nachdem sie am ersten Tag im Gerichtssaal zusammengeklappt war. Gutachter mußten gehört werden, die zu dem Schluß kamen, daß der Kreislaufkollaps seine Ursache in den Bedingungen hat, unter denen im Bunker verhandelt wird und daß eine Verhandlungsfähigkeit für drei Stunden besteht und nur mit Einwilligung der Angeklagten und Zustimmung des bei den weiteren Terminen anwesenden internistischen Vertrauensarztes darüberhinaus verhandelt werden könnte.
Gegen Arend wurde der erste Befangenheitsantrag gestellt, weil

er den offensichtlich bedenklichen Gesundheitszustand der Angeklagten nicht zur Kenntnis nehmen wollte. Wie erwartet wurde der Antrag als „Unbegründet zurückgewiesen". Die Begründung für den zweiten Ablehnungsantrag hatte Arend zwischenzeitlich schon geliefert: Mit au drücklicher Zustimmung des Oberstaatsanwalts Esser lehnte er es ab, einem der Angeklagten einen seiner beiden Wahlverteidiger als Pflichtverteidiger beizuordnen, obwohl der seine Verteidiger nicht bezahlen kann. Arend machte zur Bedingung, daß beide Verteidiger ihr Wahlmandat niederlegen, erst dann könnte er einen beiordnen. Dies sei ja kein Großverfahren, außerdem dürfe der Steuerzahler nicht mehr als nötig belastet werden. Alle Hinweise auf die immensen Kosten des Sicherheitsaufwandes und die Notwendigkeit für den Angeklagten, einen Pflichtverteidiger seines Vertrauens und einen Wahlverteidiger zu haben, weil er auch noch wegen Bleidigung (eines OLG-Richters angeklagt ist), stießen beim Vorsitzenden auf taube ohren: er wollte von seiner Linie nicht runter, daß die Finanzierung eines Verteidigers aus der Staatskasse nur dann läuft, wenn der Angeklagte sich in seinen Verteidigungsmöglichkeiten selber be schneidet und e nen seinen Verteidiger nach Hause schickt.
Diese offene Parteilichkeit und Behinderung der Verteidigung, die Arend an den Tag legte, war Inhalt des Befangenheitsantrages, der natürlich ebenfalls als „unbegründet zurückgewiesen wurde
sen" wurde.
Mit den weiteren für eine ausreichende Verteidigung wichtigen Anträgen war es nicht viel anders:

„Antrag: die sitzungspolizeilichen Anordnungen aufzuheben, weil sie gegen den Grundsatz der Öffentlichkeit verstoßen, ein Behinderung der Verteidigung darstellen und außerdem politischer Polizei und Landeskriminalamt zu Ermittlungszwecken dienen (Ausweiskopien). Dabei wurde auch verurteilt, daß Angeklgte und Prozeßbesucher vor und n ch den Prozeßterminen von „mobilen Kontrolltruppen" (MKG) terrorisiert worden sind.

Der Antrag wurde abgelehnt, Auszug aus der von Arend aus der Schublade gezogenen Begründung:

„Die GEISTIGE VERWANDTSCHAFT von Personen, die innerhalb einer strafbaren Vereinigung i. S. des § 129a StGB schwere Straftaten gegen Menschen und Sachen begangen haben oder zu begehen beabsichtigen, mit dem Personenkreis, der für e ne solche Organisation wirbt, kann nicht übersehen werden. (. . .) Es besteht daher die nahe Gefahr, daß aus dem Kreis derer, die für eine terroristische Vereinigung werben, wie auch derer, die ihnen Symphatien entgegen bringen und einen Teil der Sitzungsöffentlichkeit ausmachen können — nicht unbedingt schwere Straftaten — aber doch sitzungsstörende Handlungen begangen werden können (. . .); bei diesen Überlegungen kammt es im Rahmen der nach § 176 GVG gebotenen präventiven, sitzungspolizeillchen Anordnungen nicht auf eine durch Urteil zu treffende Schuldfeststellung an, dondern sondern allein auf den durch Eröffnungsbeschluß des Senats hinreichenden Tatverdacht eines Vergehens gegen § 129a StGB."

Nach diesem weiteren Mosaikstein der Vorverurteilung konnte auch der nächste An rag nicht durchkommen.

Antrag: Das Verfahren so lange auszusetzen, bis das OLG Hamm über den Antrag von einem der Angeklagten en schieden hat, den Prozeß im „normalen" Gebäude des OLG Düsseldorf stattfinden zu lassen und nicht in der Tannenstraße. Der Vorsitzende pchte auf se ne „Fürsorgepflicht" den „Amtspersonen" gegenüber, „die durch ihre Arbeit bei der Verfolgung oder Beurteilung strafbaren Verhaltens nach § 129a StGB besonders gefährdet sind."

Antrag: Da Beleidigungsverfahren gegen einen der Angeklagten abzutrennen und durch ein Urteil einzustellen, weil es in erster Instanz vir vor ein Amtsgericht gehört und in diesem OLG-prozeß für den Fall des Freispruchs im 129a-Vorqurd wenigstens eine Verurteilung gegen einen der Angeklagten bringen soll, womit der Verurteilungswille des Senats deutlich wird.

Der Antrag wird abgelehnt. Der Vorwurf des Verteidigers, die Anklage sei nachgeschoben worden, bezeichnete der Oberstaatsanwalt als „absurd" und es sei eine „besondere Fürsorge der Generalstaatsanwaltsschaft", daß noch kurze Zeit vor Prozeßbeginn einem Verteidiger die Beleidigungsakte unaufgefordert zugeschickt worden war, um beide Verfahren miteinander verbinden zu können — wirklich e ne selten zügige Gewährung der Ak eneinsicht! Die Akten des 129a-Verfahrens wurden erst ein Jahr nach Antragstellung herausgerückt!
Nachdem nun alle wichtigen Anträge der Verteidigung abgeschmettert worden waren und alles beim alten (sprich: im Bunker) blieb, die Verteidigung durch mangelnde Akteneinsicht und teilweisen En zug der materiellen Grundlage bzw. erpreßter Niederlegung von Wahlmandaten behindert war und der Angeklagte sowie „sympathisierende" Zuhörer durch Verhalten und Beschlüsse des Senats vorverur eilt waren — also der „normale" Rahmen eines „normalen" 129a-Prozesses abgesteckt war — konnte Overstaatsanwalt Esser in der Mitte des vierten Verhandlungstages nach mehreren vergeblichen Versuchen endlich seine Anklageschrift verlesen. Das dauerte nicht lange, weil er außer ein paar Indizien nur Verdächtigungen vorweisen kann, aber dafür erweiterte er die Anklage bezüglich 5 Parolen noch auf § 90b, weil mit denen auch verfassungsrechtliche Organe verunglimpft wordennseien sollen; so z. B. mit der Parole: „Schmidt, Rebmann, Bender morden Gefangene nach CIA-Programm".
Dabei kam dann noch heraus, daß die Generalstaatsanwaltschaft in dieser Sache Te le der Akten zurückgehalten und erst mit Verlesen der Anklageschrift in die Verhandlung eingeführt hat — was dazu führte, daß der Vorsitzende sichtbar sauer auf den Oberstaatsanwalt wurde.
Am 5. Prozeßtag gaben die Angeklagten Erklärungen zur Person ab, in denen sie sich auf die Politik in der Frauenbewegung, Rote Hilfe- und Knastgruppen und fürs Russell-Tribunal bezogen. Sie griffen die terroristische Staatsschutzpolitik an, die gegen sie persönlich und gegen alle Organisationsansätze autonomer Gruppen seit Jahren läuft, wie sie sich auch in der Vorverurteilung in diesem Prozeß äußert. Einer der drei ging noch ausführlich auf die Geschichte und Funktion des § 129a ein und zeigte an einigen Beispielen (Knastgruppe Lübeck / Rechtsanwälte Croissant, Müller und Newerla) auf, daß dieser Paragraph zur Internierung innerstaatlicher Opposition eingesetzt wird. und „daß diese Verfahren grundlegende Verfahren zur politischen Gleichschaltung sind und daß wir sie öffentlich machen müssen."
Nach den Erklärungen fing die Beweisaufnahme an. Die Vernehmung der ersten Zeugen an diesem und am sechsten Verhandlungstag ergab nicts wesentliches, weil es sich um Bullen handelte, die ausschließlich damals damit beschäftigt waren, die Parolen zu fotographieren und einer von der politischen Polizei bei der Hausdurchsuchung dabei war. Alst Beweismittel für „die Identifizierung der Beschuldigten mit den Zielen der RAF" (BGH-Beschluß) wurden dann die Hungerstreikerklärung der Gefangenen aus der RAF vom 29. März 77 und der Frankfurter MOB vom Sommer 1977 verlesen. Die Flugblätter und die Zeitung wurden bei den Hausdurchsuchungen gefunden.
Soviel zum bisherigen Prozeßverlauf. Weitere Termine
Nächster Termin: 25. Mai, 9.30 Uhr, Bunker, Tannenstr. 26, Düsseldorf
Kontakt: Prozeßgruppe c/o BIBABUZE-Buchladen, Konkordiastraße 81, 4 Düsseldorf - Bilk

DER HUNGERSTREIK WEITET SICH AUS

Frankfurt 22.5.79 *Wir berichteten schon im letzten ID über den Hungerstreik der Gefangenen gegen die Haftbedingungen. Dazu nun eine Presseerklärung von Angehörigen politischer Gefangener, die u.a. von Helmut Ensslin, Uwe Folkerts und Beate Taufer unterschrieben ist.*

Entgegen allen anderen Äußerungen von Staats- oder Pressestimmen hat sich die Haftsituation der politischen Gefangenen seit 1977 zunehmend verschärft. Von den fünf Gefangenen des ersten Prozesses lebt keiner mehr. In den letzten Monaten hat sich eingebürgert, keine Gefangenen mehr zu machen, sondern sie sofort bei der Festnahme zu erschießen (Willi Peter Stoll, Elisabeth von Dyck).

Noch am Leben sind etwa 120 Inhaftierte, die unter den Bedingungen dieser verschärften Praxis leben müssen. Zu dieser Praxis gehört die Unterbringung in Spezialtrakts, die zum Teil schon benutzt werden und an anderen Orten kurz vor der Fertigstellung sind.
Wie die Erfahrung gezeigt hat und von ärztlichen Gutachtern bestätigt wurde, führen diese Haftbedingungen zur Vernichtung der davon betroffenen Menschen.
Obwohl die Bundesrepublik im Ausland keine Erinnerung an das Dritte Reich aufkommen lassen will, muß dennoch die Errichtung der Sondertrakts als Prototyp des neuen KZs zur Ausschaltung jeglichen politischen Widerstands angesehen werden.
Selbst der vom Staatsschutz im Einzelfällen behauptete Normalvollzug ist eine Zwecklüge, um die Öffentlichkeit irrezuführen. Wir Angehörigen wissen aus eigener Kenntnis, daß jegliche Kontaktmöglichkeiten durch ständige Verlegungen und Repressalien gegen die Gefangenen und die Mitgefangenen verhindert werden.
Gegen diese Haftbedingungen befinden sich zur Zeit (Stand 21.5.1979) folgende Gefangene im Hungerstreik:
Ali Jansen, Klaus Jünschke, Manfred Grashof, Angelika Speitel, Knut Folkerts, Gerd Schneider, Irmgard Möller, Siegfried Haag, Roland Meyer, Gabriele Rollnik, Monika Berberich, Angelika Goder, Gudrun Stürmer, Ronald Augustin, Stefan Wiesniewski, Günter Sonnenberg, Hanna Krabbe, Lutz TAufer, Tofe Shaker, Frank Zuth, Bernd Moehle, Norbert Frühauf, Bernd Rössner.

Wir Angehörigen solidarisieren uns mir den Forderungen der Gefangenen nach Aufhebung der Isolation und Abschaffung der Trakts, für die die Gefangenen sich mit ihrem letzten Mittel, dem Hungerstreik, einsetzen.

Im Namen von Angehörigen der politischen Gefangenen

Zur Augenblicklichen Situation in Berlin und zur Funktion der Zwangsernährung erreichte uns noch ein Brief aus Berlin, den wir auszugsweise wiedergeben:

In Berlin, wo die GEfangenen jetzt seit 4 Wochen im Hungerstreik sind — vor allen bei Till Meyer, der durch die jahrelange Isoiationshaft krank ist (es gibt seit Monaten ein medizinisches Gutachten, das aber vom Gericht ignoriert wird) — ist demnächst ebenfalls mit dem Beginn von Zwangsernährungen zu rechnen. Daß es dabei nicht um „Lebensrettung" geht, wie offiziell verkündet wird, ist klar, denn die könnten sie am einfachsten haben, indem sie die Haftbedingungen ändern — im Gegenteil: bei der Zwangsernährung besteht auf Grund des geschwächten Zustands der GEfangenen im Hungerstreik Lebensgefahr.
Die Zwangsernährung hat die Funktion, den Hungerstreik zu brechen, ihm die Spitze zu nehmen, indem den Gefangenen durch eine tierische Prozedur der Bauch vollgepumpt wird und so der vorhandene Druck des Hungerstreiks — daß sich die Verantwortlichen zwischen Leben und Tod, zwischen Erfüllung der Forderungen —Aufhebung der Isolation oder der Beibehaltung der Vernichtungshaft, den mörderischen Haftbedingungen entscheiden müssen— weggeschoben wird.
Obwohl sich viele Ärzte — selbst Knastärzte (z.B. Dr. Meitzner, zuständiger Knastarzt in Moabit im Hungerstreik 1977, hat in einem „Grundsatzpapier, das die Überschrift trägt: 'Medizinalisierung politischer Pobleme ist tödlich' " geschrieben: „Eingriffe sind gefährlicher, beseitigen die Ursachen nicht, fördern eine E s k a l a t i o n , zerstören die letzte menschliche Beziehung." - Zitiert aus Tagesspiegel vom 28.8.77. Meitzner wurde inzwischen abgesetzt.), gegen die Zwangsernährung aussprechen, wollen Justiz und Staatsschutz nicht darauf verzichten, denn damit haben sie ein Mittel in der Hand, die Gefangenen sowohl physisch (während der Zwangsernährung besteht Lebensgefahr) wie auch psychisch (die Gefangenen sollen sich ausgeliefert und ohnmächtig fühlen) fertig zu machen.

Wochenbericht des Öffentlichkeitsausschusses 2. Juni-Prozeß

PETER LORENZ IM ZEUGENSTAND „DER IST DOCH NIE IM LEBEN ENTFÜHRT WORDEN!"

Berlin 17. Mai Als Peter Lorenz im Zeugenstand auf Befragen noch einmal die Stationen seiner Entführung im Frühjahr 1975 nachzeichnet, werden Erinnerungen wach an die tiefen Wirkungen, die die gelungene Gefangenenbefreiung damals geschaffen hatte und hinterließ; schließlich war nichts geringeres geschehen, als daß Sicherheitsorgane, Presse, Parteien und die staatlichen Repräsentanten in Aufruhr versetzt wurden, und ihrem Wunsch nach absoluter Sicherheit eine erhebliche Stimulanz teilgeworden war, da sie eben nicht existierte, diese vielbeschworene Sicherheit der Verantwortlichen vor Übergriffen aus dem anderen Lager.
Die Verletzungen seiner Souveränität, die der bundesdeutsche Staat bis dato hatte hinnehmen müssen, hielten sich meist in den Bildern, mit denen beladen der deutsche Extremist an seine Arbeit gegangen war. Und nun dieses Fiasko staatlicher Gewalt, verunsichert durch die gefährliche Waffe der Lächerlichkeit. Dem Verlust staatlicher Würde ansichtig werdend, konnte der damalige Fernsehzuschauer, seiner staatstragenden Mentalität entledigend, einen offenen Leistungsvergleich aufmachen, und zu notieren war ein deutlicher Punktegewinn für die Bewegung 2. Juni, die die Verantwortung für die Entführung und den geforderten Gefangenenaustausch übernahm. Diese staatstragische Stimmung war ein gewichtiger Hintergrund für den Ablauf der Aktion, und ihre Wirkung, das wird jeder zugeben, war weitgehender, als nur das beim Wortnehmen der fordernden Parole „Freiheit für . . . ".
Wie gesagt, die Wirkung war tief, wenn auch kontrovers . . . Und bei dieser Wirkung soll Peter Lorenz nur seinen Namen dieser Entführung hergegeben haben? Dieser CDU-Politiker, durch den damaligen Wahlsieg seiner Partei zum Parlamentspräsidenten avanciert, Peter Lorenz, der bekannteste unter den Akteuren der Aktion, unglücklicher Kristallisationspunkt der vorausberechneten Komik: So manch einer der Besucher wird mehr von seinem Auftritt verlangt haben, wie auch jener, dessen Ausspruch, Enttäuschung offenbarend, den Kopf des Artikels schmückt. Enttäuscht auch die anwesende Presse, aber warum eigentlich? Der CDU-Vorsitzende präsentiert seine Erinnerungen menschlich, allzumenschlich vielleicht für die lauernden Sensationshascher; er gibt sich wie das Opfer einer Entführung menschlich um eine Erfahrung reicher, und er weiß dank seiner juristischen Bildung, wie der Zeugenstand korrekt auszufüllen ist. Was bleibt also der Presse übrig, als mit diesen Menschlichkeiten ihren Ulk zu treiben, welcher hier nicht weiter gesponnen werden soll, da allzu durchsichtig sein Spiel:
Wer den Schaden hat, braucht sich um den Spott nicht zu sorgen.
Aber der Schaden wurde doch nicht Peter Lorenz, dem ausgetauschten Austauschbaren, zugefügt, sondern dem System unbedingter Herrschaftskontrolle, also scheint die Presse über den falschen zu spötteln.
Gar nicht willfährig ist er, dieser Parlamentspräsident, die bekannte Rolle eines Opfers des Terrorismus im Zeugenstand zu spielen. Wir gedenken der Richterswitwe v. Drenkmann, die mit dem Gestus der disziplinierten Rache Ralf Reinders als vermeintlichen Blumenboten identifizierte; daher wissen wir, welche Rolle die viel zitierten „Betroffenen" in diesem Indizienprozeß spielen können. Peter Lorenz wäre nicht der erste, der in diesem rechtsstaatlichen Verfahren die Hand zum Meineid heben würde. Doch er tut es nicht, er bleibt korrekt, und verläßt sein sprachliches Wertsystem auch nicht in der Beschreibung seiner Behandlung, die er durch seine Bewacher erfuhr: „Als die Zusage des Gefangenenaustausches öffentlich bekun-

det worden war, wurde meine Bewachung weniger KORREKT gehandhabt." Er fällt, so gesehen, aus dem Rahmen; die fahndungsgeilen grauhaarigen Herren müssen unter sich bleiben, auf ihren Stühlen dort oben. Unversehens wandelt sich Peter Lorenz zu einem Zeugen der Verteidigung.
Wollte die Berliner Morgenpost ihn noch vor seinen Entführern sitzen sehen haben, der CDU-Vorsitzende sah eben diese nicht in dem Prozeßsaal. Weder anhand ihres Aussehens noch ihrer Stimmen oder Hände konnten die Angeklagten in diesem Zusammenhang mit den Entführern gebracht werden. Stattdessen entlastete der Zeuge den Angeklagten Fritz Teufel, indem er seine eigene Aussage in den Widerspruch zu der eines der Zeugen stellte, der Fritz Teufel und Peter Lorenz miteinander kämpfend in einem Auto beobachtet haben will. Nach seinen eigenen Angaben befand sich der Entführte zu dem angegebenen Zeitpunkt im Kofferraum eines Fahrzeugs, und zwar allein. Verständlich also, daß RA Wieland zu Beginn der Befragung durch die Anwälte den Zeugen darauf hinwies, daß die Berliner Abendschau fehlorakelt hatte, als sie Peter Lorenz nach Strich und Faden durch die Verteidigung auseinandergenommen wähnen wollte. Wäre dies vielleicht Sache der Anklage gewesen?
Aber nein, so stimmte es wieder nicht. Die Anklagebank wußte sehr wohl, was sie von diesem Zeugen zu erwarten hatte. Sie konnte damit kalkulieren, daß Herr Lorenz das Geschäft der Lügen, die Politik, Lügen strafen wollte, also bei der Wahrheit blieb, oder diskret noch ein wenig hinter ihr zurück. Es war bekannt, daß der Entführte sich mit seinen ersten Aussagen festgelegt hatte (auf das Nicht-Erkennen), und er ist genug Politiker, daß er auf diesen Aussagen bestand, auch wenn er damit als Vertreter einer den Terrorismus bekämpfenden Politik durchfiel, und zwar mit Kreuzworträtsel und Waschlappen, wie ja die einschlägige Presse zu berichten wußte. Und, wenn man so will, war er dem Gericht Politiker genug, als daß es an seinen Aussagen herumdeuteln konnte und wollte.
Wohlwissend um diese Umstände baute die Anklage den CDU-Politiker in ihr System der Indizienbeweisführung ein. Und dennoch wird der Anklage widersprochen mit diesem Zeugen, durch dessen Worte und die Vorhaltungen, die die Anwälte ihm machten, wohlwollende Beschreibungen der Bewegung 2. Juni den Gerichtssaal füllten, die lange genug tabuisiert waren.
Jedoch nicht diese Tatsache, sondern der Umstand, daß dieser Zeuge nichts anderes zu tun hatte, als vermeintliche Beweisstücke zu identifizieren, also auch an diesem Höhepunkt der Indizienprozeß seine schauerlich konsequente Fortführung fand; das vor allem rundet das Armutszeugnis ab, das sich die nervösen Richter und Staatsanwälte ständig selbst ausstellen. Wir sollten es in Erinnerung behalten, dieses Mosaik des Mangels, welches jene Mentoren selbstgewählter Armut Sitzung für Sitzung vervollkommnen, und das schließlich sie doch noch der Gesinnungsjustiz überführen wird.
In ihrer letzten Frage an den Zeugen führt die Anklage selbst einen möglichen Grund für das Auftreten des Parlamentspräsidenten an: die Angst. Es will sich ein Kassiber gefunden haben, in einer der Zellen, der den „Glücklichen da draußen" mitteilt, daß Peter Lorenz sie nicht erkannt habe. Angst habe er, heißt es darin. Doch Angst vor wem? Vor dieser symphatischen und korrekt arbeitenden Gruppe, wie der Entführte in seinen Beschreibungen ausführte? Angst vor seinen eigenen Verstrickungen? Vor denen er sich durch seine Korrektheit am besten geschützt sieht? Die Anklagebank wäre fein heraus, wenn sie Peter Lorenz auf Angst vor möglichen Racheakten festlegen könnte. Das Bild der gefährlichen Terroristen würde sich runden; die Tatsache, daß er die Angeklagten nicht belastet, wäre erklärt. Doch die Anklage wies dem Zeugen die angesprochene Angst nicht nach. „Nein", war seine lapidare Antwort.
Ob die Bundesanwaltschaft es wollte oder nicht, sie ließ einen Blick werfen in das Problem der Wahrnehmungsfähigkeit des Entführten, die immerhin schon Gegenstand eines Gutachtens gewesen ist; so manch einem der Vernehmungsrichter waren denn doch seine Erinnerungen zu milde.
Also die Frage: Ist Peter Lorenz trotz oder wegen seiner Entführung nicht in der Lage, Zeugnis für eine begründete Terrorismus-Hysterie abzulegen? Diese Frage ist nicht neu. Fritz Teufel nahm sie unlängst wieder auf, als er anläßlich der Wahlen zum Berliner Abgeordnetenhaus verlauten ließ, daß die Ablösung von Peter Lorenz als CDU-Spitzenkandidat durch Richard v. Weizsäcker schon allein deshalb notwendig gewesen war, weil auf jemand, der auch nur 6 Tage auf der anderen Seite gewesen ist, in seinem steten Funktionieren für die eine Seite kein Verlaß mehr ist.



Solch große Worte sind hier nicht notwendig, aber man nehme nur die Begriffe wahr, die Peter Lorenz in der Beschreibung seiner Haftsituation verwendet hat, und man registiert die fehlende Uniformität der Sprache, die doch schon längst im Umfeld der Terrorismus-Diskussionen entstanden ist. Da gibt es die Wachmannschaft, im anderen Zusammenhang die Entführer, die Wächterinnen und die Bewacher. Diese Personen läßt er auftreten in seinem Gefängnis oder seiner Zelle, Und immer wieder respektzollende Beschreibungen der Wachmannschaft: intelligent, kontrolliert, keine Arbeiterhände, doch Hände die arbeiten, denn eine Entführung bedarf schließlich der körperlichen Anstrengung. Schließlich spricht Peter Lorenz von seiner Entlassung, also dem Gefangenenaustausch, von „meiner Befreiung – äh, ich meine die Freilassung."
Doch gehen wir direkt in das Protokoll hinein.
Auf die politischen Ziele der Bewegung 2. Juni angesprochen, bleiben seine Äußerungen sehr vage. Ja, er hätte mit seinen Bewachern auch diskutiert, das Verhältnis seiner Partei zum Pinochet-Regime, zu Israel verteidigt, den Standpunkt zur Reform des § 218 dargelegt.
Nach den Ankündigungen des bevorstehenden Gefangenenaustausches durch Pfarrer Heinrich Albertz hätte er sich wie ein Gast fühlen sollen. Nichtsdestotrotz habe man weiter über den Anlaß seiner Entführung gesprochen: Gefangenenaustausch. Die Haftbedingungen der politischen Gefangenen seien ihm dargelegt worden. Er selbst habe das nicht glauben können. Seine Auffassung sei aber, daß er jeden Gefangenen unter die Verfassung gestellt und dementsprechend behandelt sehen möchte. Sie würde ihn gerne beim Wort nehmen, erwidert die Anwältin. Ob er über die jetzigen Haftbedingungen informiert sei? „Unzulässig", fährt der wachhabende Richter dazwischen – was wohl die Frage mit dem Fall zu tun habe? Nun, Till Meyer wollte zu Beginn des 2. Verhandlungstages, an dem der Zeuge Lorenz geladen war, eine Erklärung abgeben, die sicherlich eine Begründung des Hungerstreiks enthalten hätte, in dem er sich gemeinsam mit Andreas Vogel und anderen Gefangenen seit drei Wochen befindet.
Die Antwort eines CDU-Mannes, selbst einmal politischer Gefan-

gener, auf die unzulässige Frage hätte interessiert.
Der CDU-Politiker Lorenz im Zeugenstand wirkte in seinem Auftreten geradezu etwas aus der Zeit. So, als hätte er durch 6 Tage Gefangenschaft den Anschluß an den Zeitgeist der effektiven Perfektion und den Glauben an seinen eigenen Slogan verloren, während eben dieser Slogan "Mehr Tatkraft schafft mehr Sicherheit" mehr denn je zum Wahlspruch der Richter- und Anklagebank geworden ist. Die richterlichen Entscheidungen werden rasanter; der Eindruck den sie machen, schnellebiger. Fast würde man ihnen mehr Sicherheit wünschen, diesen Selbstgerechten, in ihrer Unsicherheit der Argumente und ihrer moralischen Ungewißheit. Fast.



Johannes-Roos-Prozeß

EIN ÜBRIGGEBLIEBENER BANKRAUB

Düsseldorf
22. Mai

Die Anwälte von Johannes Roos haben eine Presseerklärung zum neuesten Stand Stand des Prozesses herausgegeben:

In der Strafsache gegen den 25-jährigen Maschinenbauer Johannes Roos aus Frankfurt hat am 16. Mai 1979 der 4. Strafsenat des Oberlandesgerichts Düsseldorf auf Antrag der Staatsanwälte die Hauptanklagepunkte fallengelassen. Johannes Roos soll nach der ursprünglichen Anklage Mitglied der „Revolutionären Zellen" gewesen sein und mit unbekannten weiteren Mitliedern die Geiselnahme des Kölner Kardinals Höffner, der baden-württembergischen Sozialministerin Griesinger (CDU) und der saarländischen Abgeordneten Waschbüsch (CDU) verabredet haben. Der Staatsschutzsenat, der nur diesen Anklagepunkten seine Zuständigkeit verdankt, begründete offiziell seine Einstellung damit, daß eine in diesen Punkten eventuell erfolgende Bestrafung nicht beträchtlich neben der zu erwartenden Strafe ins Gewicht fiele. Die Richter brachten zum Ausdruck, daß sie Johannes Roos eines Bankraubs für überführt halten, bei dem ein unbekannter Täter im Mai 1977 in Köln DM 270.000 .- erbeutet hat.
Als Verteidiger von Johannes Roos erklären wir dazu:
Unser Mandant hätte vom Vorwurf der Zugehörigkeit zu einer terroristischen Vereinigung (§ 129a StGB) ebenso freigesprochen werden müssen wie von den Vorwürfen der Verabredung zur Geiselnahme. Schon nicht die Ermittlungen und erst recht nicht die Hauptverhandlung haben Beweis für die Begehung dieser Straftaten durch ihn erbracht. Daß das Gericht den Bankraub als fortbestehden Hauptvorwurf heranzieht, neben dem die eingestellten Tatvorwürfe angeblich nicht ins Gewicht fallen, ist umso bedenklicher, als keiner der Bankangestellten in Johannes Roos den Täter erkannt hat.
Die eingestellten Tatvorwürfe dienten dazu, unseren Mandanten als angeblichen Terroristen zu behandeln: mehrere Monate totaler Isolationshaft, Zuständigkeit eines Staatsschutzgerichts, Sonderhaftbedingungen, Durchführung der Hauptverhandlung in einer schwer bewachten, zum Gerichtssaal umgebauten Polizeikaserne, Behinderung der Verteidiger durch Trennscheibe, Postkontrolle und schamlose Durchsuchungen wurden mit ihnen begründet. Nachdem die Verhandlung fast zu ende ist, scheinen die Vorwürfe nicht mehr benötigt zu werden. Wir haben den Eindruck, daß Johannes Roos mit der erst jetzt erfolgenden Beschränkung der Anklagevorwürfe um einen Teilfreispruch gebracht wird.
Für die Verteidiger: Bernd Koch
Kontakt: RA Bernd Koch, Hochstr. 52, 6 Frankfurt 1
Tel.: 0611 / 28 01 41.
Prozeßtermine: Plädoyer der Staatsanwaltschaft am 22. 5. Plädoyer der Verteidiger am 5. 6. jeweils 9.30 h, Tannenstr. 26 4000 Düsseldorf 30

STAMMHEIMER WAFFENSCHMUGGELWUNDER

(For tsetzung von ID 282)

FRANKFURT/STAMMHEIM

Der Werdegang des Zeugen Speitel

Speitel bleibt unsicher über Zeiten, Raum und Personen. Heute sagt er, daß er die Heckler und Koch Pistole und den Colt Revolver von Sieglind Hoffmann bekam. Vor einem Jahr (in seinem eigenen Prozeß) sagte er: „Wer das war, das weiß ich wirklich nicht mehr." Aber es bleibt nicht nur bei einem Widerspruch. Auch seine Zeitangaben sind äußerst verschwommen. Im Frühjahr 77 meinte er, Schlagzahlen (Prägestempel, um in Metall eingravierte Zahlen zu ändern) besorgt zu haben. Mit diesen habe er die Nummern des Colts und der Heckler + Koch verändert, die Zahlen der ersten von ihm präparierten Waffe habe er mit einem Körner bearbeitet.

Heute kam durch geschicktes Nachfragen der Anwälte heraus, daß Speitel in einer früheren Vernehmung gesagt hatte, daß er diese Schlagzahlen erst im April, wahrscheinlicher noch im Mai, gekauft hätte. Daran kann er sich heute nicht mehr erinnern, und er wird böse, wenn man ihm seine älteren Aussagen erzählt: „Fragen Sie doch den Herrn Freder" (das ist der BKA-Beamte, mit dem er das Gespräch hatte).

Die Zeit der Beschaffung dieser Prägeeisen ist wichtig, da (nach seinen bisherigen Aussagen) von Speitel drei Schußwaffen zum Schmuggeln nach Stammheim präpariert wurden. Die FEG, mit der sich Baader „erschossen" hätte (von hinten), wäre schon Ende 76 in den Knast geschmuggelt worden. Als Kochplatte. Rechtsanwalt Arndt Müller dachte - so der Speitel -, er trägt eine Kochplatte. Der Colt Detectiv, der in der ehemaligen Zelle von Helmut Pohl angeblich gefunden wurde, und die Heckler + Koch, die Raspe getötet hätte, wären erst im März oder April, jedenfalls vor dem 28. April, also dem Ende des Stammheimer Prozesses, hereingegangen.

Nur jetzt entdeckt man ein Protokoll, in dem der Zeuge Speitel die Möglichkeit, daß die Schlagzahlen erst im Mai 77 gekauft wurden, erwähnt. Die Verteidigung forderte heute, daß ihr all diese Vernehmungsprotokolle zur Verfügung gestellt werden. Das paßt der Bundesanwaltschaft gar nicht. Sie sagt, sie habe mit diesem Fall überhaupt nichts zu tun.

Interessant sind die Aussagen von Speitel, wie er eigentlich zum Zeugen wurde. Er wollte sich von der RAF lösen, weil die die Verantwortung für Mogadischu übernommen hätte. Zitat: „Als ich nach der Verhaftung hörte, daß sich die RAF für diese Aktion verantwortlich machte." Rechtsanwältin Monika Schiele: „Wo haben Sie das gehört? " „Im Knast in

Karlsruhe, wurde runtergerufen, von anderen Gefangenen." (Speitel saß in Isolationshaft.) Ob man ihm auch runtergerufen hätte, daß die RAF die Verantwortung übernommen hätte. Dazu großes Schweigen. Dann: „War ja klar, nach den Forderungen." Schon in der Woche darauf (die Ereignisse in Stammheim kulminierten am 18. Oktober) hat er sich an Oberstaatsanwalt Lampe gewandt. Aber damals gab Speitel nur Informationen über Depots in der Umgebung von Stuttgart. 40 bis 50 Depots, in denen Papiere aufbewahrt waren, die man in Diskotheken geklaut hatte. Für die Illegalen.

Etwas später erklärte der Oberstaatsanwalt Lampe dem Speitel, daß man wüßte, daß er in der Vorbereitung für den Angriff auf die deutsche Botschaft in Stockholm eine wichtige Rolle gespielt habe. Speitel gibt heute zu, er war verantwortlich für den Aufbau der Struktur der Stockholmer Aktion. Gefragt, was das bedeutet, Vorbereitung der Struktur, meint er, das würde würde bedeuten, Waffen und Wohnungen beschaffen und rekrutieren. Danach gefragt, ob er selbst Waffen beschafft habe: „Nein, nein, ich habe nur Wohnungen angemietet." Nur eine oder zwei, da wird er wieder unsicher. Jedenfalls hat er in Köln dem Staatsanwalt eine oder zwei konspirative Wohnungen gezeigt. Wohnungen, die er Ende 1974, Anfang 1975 gemietet hätte, er hat auch damals, so gibt er jetzt zu, an Schießübungen teilgenommen.
Aber anscheinend ist es so, daß Volker Speitel erst nachdem er mit dem Oberstaatsanwalt Lampe über diese schwerwiegenden Probleme diskutiert hatte, die Geschichte des Waffenschmuggels in den Handakten erzählte. Man könnte also folgende Vermutung über den Werdegang des Zeugen Speitel anstellen.
1. Er erfährt von Mogadischu und erzählt kurz danach Lampe von den Depots.
2. Er erfährt, daß er im Zusammenhang mit dem Stockholmer Attentat größte Schwierigkeiten zu erwarten hätte.
3. Er erzählt von dem Waffenschmuggel und das erst ziemlich spät, denn erst am 4. Januar kann diese dringliche Angelegenheit dem Ermittlungsrichter Kuhn vorgetragen werden.
4. Für die oben und auch um nächsten Teil des Artikels weiter aufgelisteten „Probleme" bekommt er nicht 10 Jahre oder gar lebenslänglich, nein, das Urteil ist 3 Jahre.
Wenn man dagegen hält, daß die Angeklagten im Maidanek-Verfahren freigesprochen werden, sind auch die drei Jahre sehr viel.

Letzte Nachrichten: Speitel wird immer größer

Heute, am 23. Mai 1979 hat sich die Rolle Volker Speitels in der Geschichte der BRD bedeutend vergrößert. Er hat zugegeben, sich nicht nur den Strukturaufbau des Kommando Holger Meins in der BRD ausgedacht zu haben, die die deutsche Botschaft in Stockholm besetzt hatten. Er war auch daran beteiligt, (im Dezember 1974) die Waffen zu beschaffen, die später von dem Kommando benutzt wurden.

Speitel behauptet heute außerdem, er weiß nicht, wo der Sprengstoff, den er angeblich nach Stammheim geschmuggelt hätte, herkommt. Er hätte jedenfalls, so sagt er in der offenen Verhandlung, keinen Bezug zu einem andern Sprengstoff-Depot, daß er lange vorher in Paris eingerichtet hat (verbuddelt).

Kurz vor Redaktionsschluß liest Rechtsanwalt Hertle aus interessanten Papieren vor. Anscheinend Vernehmungsprotokolle zwischen Volker Speitel und BKA-Beamten vom 11. und 13. Februar 78. Damals sagte Speitel vieles anders. Z.B. Vernehmungsprotokoll vom 16. Februar 78: Speitel machte Angaben, daß der Sprengstoff (der nach Stammheim ging) aus Frankreich von einem Azzelmayer aus Mühlhausen stammen soll. Dazu Speitel: „Ich kann nichts dafür, daß jemand, was ich erzählt hab, durcheinanderbringt." Die armen BKA-Beamten.

Weiter: Nach früheren Angaben war der Sprengstoff nicht nur für Stammheim bestimmt, sondern auch für die Illegalen. Zitat Speitel: „Der Sack, der in Frankreich war, mit dem hatten wir immer viel zu tun!" Es war anscheinend der selbe Sack, aus dem der Sprengstoff in Suttgart kam. Teile davon wären im Februar 1978 im Stuttgarter Silberburgpark vergraben worden. Speitel: „Dort müßte es noch liegen, obwohl ich mehrmals danach gesucht habe!"
Das Landeskriminalamt Stuttgart machte keine Angaben darüber, ob dieses Päckchen jemals gefunden wurde. Es ist aber „nicht überrascht" über die Aussagen Speitels. Vorsicht im Silberburgpark!

Der Knüller kam am Ende der Vernehmung. Frage von Rechtsanwalt Härtle: Ob Speitel an der Schleyer-Entführung mitgewirkt habe? An „Ermittlungen" dafür?
Vorsitzender Richter Eberhard Foth unterbricht die Verhandlung. Das Gericht beschließt, daß die Frage gestellt werden kann.
Speitel bestreitet — entgegen seiner früheren Aussage —, daß er seine Frau Angelika beschuldigt hat, bei illegalen Aktionen dabeigewesen zu sein. Er hatte vorher gesagt, daß er keine Aussagen macht, die gegen seine Frau benutzt werden können. Jetzt kommt heraus, daß er sie beim BKA mehrfach beschuldigt hat.
Er hat auch ein Tonband von einem Telefongespräch, daß ihm beim BKA vorgespielt wurde, interpretiert und die Stimme von Stefan Wisniewski 100prozentig sicher erkannt.

Der letzte Hammer kam am Ende des Tages: Die Kölner Wohnungen, von denen am Tag vorher die Rede war, stammen aus zwei ganz verschiedenen Zeiten. Die erste hatte er im Frühjahr oder Winter 1975 gemietet (siehe Stockholm-Attentat).
Die zweite, die er für Oberstaatsanwalt Lampe als vom Herbst 1977 identifiziert hat, ist viel gravierender: In Meschernich/Erftkreis hat er auf eine Wohnung 10 in der 15. Etage hingewiesen, die in direkter Verbindung mit der Schleyer-Entführung gestanden habe. Mindestens mit der Vorbereitung. Dort hätte er — anscheinend am 20. August, zwei Wochen vor der Entführung — Christian Klar, Monika Hellwig und vielleicht auch Friederike Krabbe getroffen. Es bleibt noch offen, was er in dieser Wohnung gemacht hat. Und dafür gibts nur drei Jahre. Die deutsche Justiz ist wirklich mild geworden.

Max Watts

KÄNGURUS/ FIVE O' CLOCK TEA/ KOLUMBIEN/ BAGUETTE & SPAGHETTI

AUSTRALISCHE UREINWOHNER GEGEN URANABBAU

TÜBINGEN
23. April

Stellvertretend für die „Gesellschaft für bedrohte Völker" hat deren Tübinger Regionalgruppe eine Petition an die „Deutsche Uran GmbH" geschrieben. Die „Deutsche Uran GmbH" ist beteiligt am Uranabbau auf dem Territorium der australischen Ureinwohner. Um der Petition Nachdruck zu verleihen, sammelt die Tübinger Gruppe noch Unterschriften. Adresse: **Anette Keimburg, Gartenstraße 137, 7400 Tübingen, Tel.: 07071 / 212511.** *Das Folgende ist der Text des Begleitschreibens zur Unterschriftensammlung:*

Liebe Freunde!
Bei einem kürzlichen Besuch einer Delegation australischer Ureinwohner (Aborigines) in Tübingen berichteten diese von ihrem Kampf gegen die Ausbeutung der Bodenschätze auf ihren Reservaten. In letzter Zeit ist besonders der Abbau von Uran in den Vorgergrund gerückt. Nach einer von der australischen Labour-Regierung 1975 eingesetzten Untersuchungskommission anläßlich eines der größten geplanten Uranabbauprojekte (Ranger Mine, inzwischen begonnen) wird der Uranabbau folgende Auswirkungen auf das Leben und Gebiet der Ureinwohner haben:

1. Verlust des Landes, das für die Aborigines die Lebensgrundlage darstellt. Zerstörung ihrer Kultur durch Überfremdung und Bau von Minenstädten (Alkohol, Prostitution).

2. Für den radioaktiven Schlamm der Mine muß ein Gebiet von 1 km^2 mit einem bis zu 40m hohen Erddamm umgeben werden. Dieses „Becken" soll 45 Millionen t radioaktiven Schlamms fassen. Entsprechend der Giftigkeit des Materials muß der Damm hunderte von Jahren Bestand haben. Ein Leck im Damm würde die Pflanzen- und Tierwelt der Umgebung zerstören.

In diesem Zusammenhang verdient das bekannte Beispiel der ‚Rum Jungle Mine' Erwähnung: Seit Beendigung eines 14-jährigen Uranabbaus im Jahre 1963 ist ein 100 qkm großes Überschwemmungsgebiet des Finnis River verseucht, und das Wasser des Flusses ist auch heute noch nicht für menschlichen Gebrauch nutzbar.

Die Aborigines sind grundsätzlich gegen den Uranabbau und für die Erhaltung ihres Lebensraums. Nach den gegenwärtigen gesetzlichen Bestimmungen haben die Ureinwohner jedoch kein Vetorecht gegen den Abbau von Uran auf ihren Gebieten, sie können lediglich an Verhandlungen über die Abbaubedingungen teilnehmen. Weigern sie sich, oder scheitern die Verhandlungen, so setzt die Regierung die Bedingungen fest. Die Aborigines werden so praktisch zum Verhandeln gezwungen, um überhaupt einen minimalen Einfluß ausüben zu können. Dadurch laufen sie Gefahr, in Australien die Unterstützung der starken (weißen) Bewegung gegen den Uranabbau und -export zu verlieren. Da es in Australien keine Atomkraftwerke gibt, wird das Uran von multinationalen Konzernen für den Export abgebaut. Aus der Bundesrepublik ist die „Deutsche Uran GmbH" am Abbau in Australien beteiligt. Sie hat in folgenen Gebieten Konzessionen:
1. Birgryli, 250 km nordwestlich von Alice Springs auf Gebiet der Ureinwohner (1,7 Millionen kg Uranoxid; Anteil der Uran GmbH 34,22 %).
2. Walbiri, bei Bigryli (680 t Uranoxid; Anteil der Uran GmbH unbekannt).
3. Yeelirri, Haupturanvorkommen in Westaustralien, 400 km nördlich von Kalgoorlie (46000 t Uranoxid; Anteil der Uran GmbH unbekannt). Die Vorbereitungen für den Abbau sind trotz starker Protestaktionen der betroffenen Aborigines weit fortgeschritten.

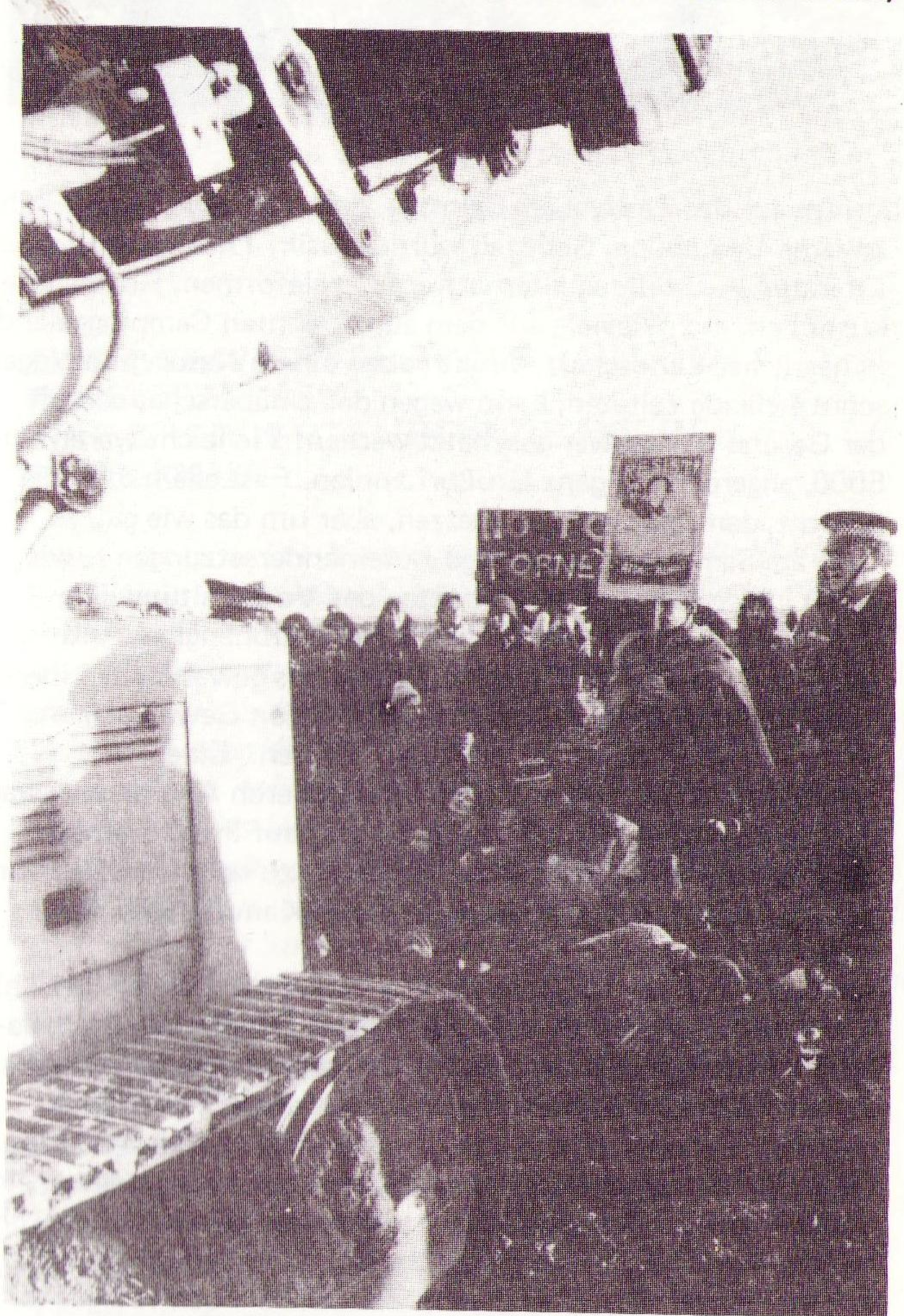
Die engliche Organisation CIMRA hat in der Frage des Uranabbaus auf Gebiet der Aborigines die Erfahrung gemacht, daß bei entsprechender Alarmierung der Öffentlichkeit die Konzerne verunsichert werden und bei Neuinvestitionen bzw. Wahrnehmung bestehender Abbaukonzessionen zögern.

Dieser Brief geht deshalb an sämtliche Bürgerinitiativen der Bundesrepublik sowie an die Dritte-Welt-Läden und einige alternative Zeitungen. Wir möchten alle Empfänger bitten, Unterschriftenlisten selbst zu unterschreiben, bzw. Unterschriften zu sammeln. Die Unterschriften bitte bis **15. Dezember** an die betreffende Firma sowie die australische Botschaft in der Bundesrepublik schicken. Weitere Informationen auf Anfrage von uns.
Mit freundlichen Grüßen
Gesellschaft für bedrohte Völker, Ortsgruppe Tübingen.

GEWALTLOSE BESETZUNG DES AKW-BAUPLATZ IN TORNESS (GROSSBRITANNIEN)

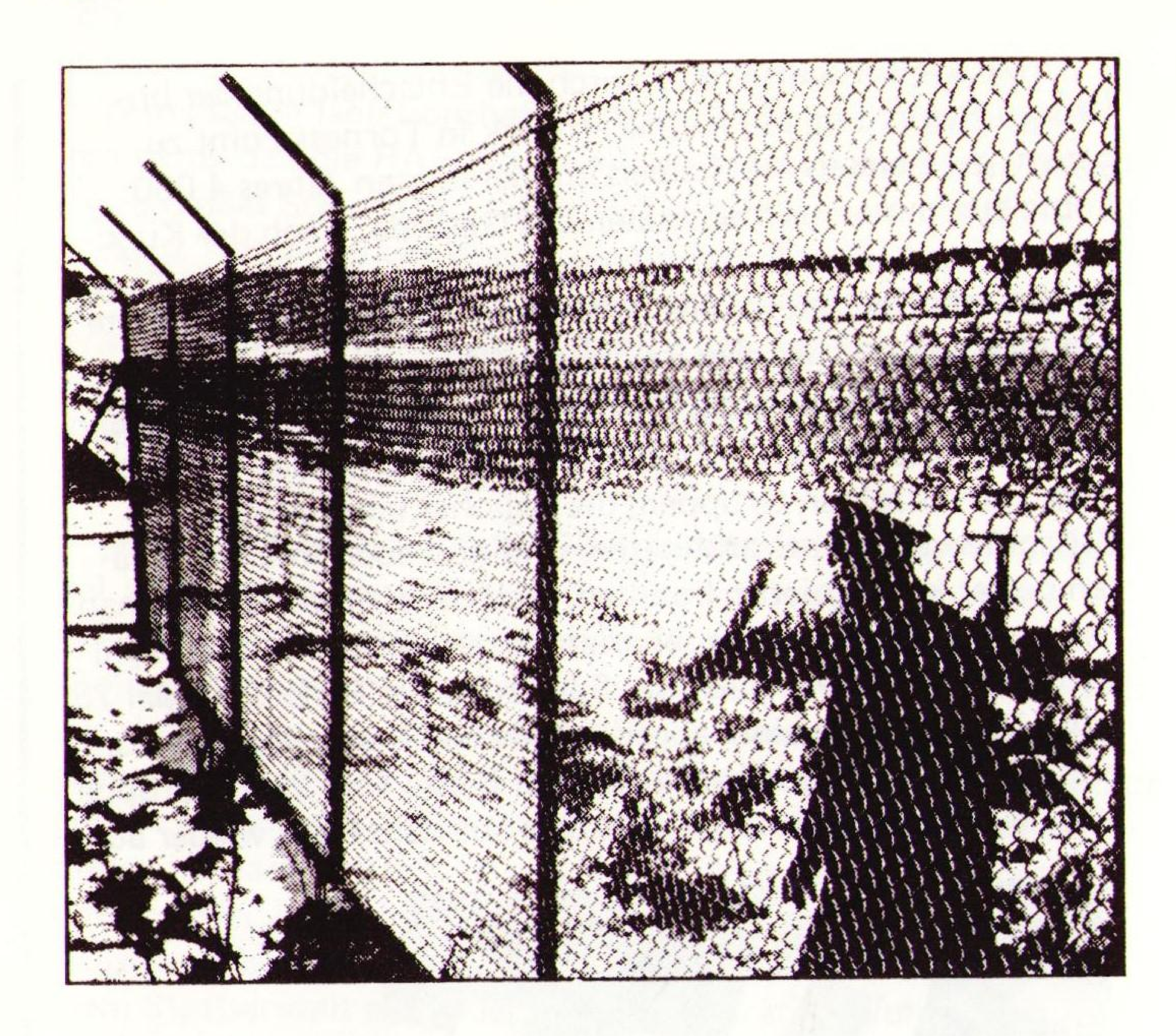
In Großbritannien hat es bis vor ca. einem Jahr keine Anti-AKW-Bewegung vergleichbar mit der in der BRD, Frankreich und den USA gegeben. Seit ca. einem Jahr jedoch haben sich vereinzelt vor sich hinwerkelnde Umweltschützer, Anti-AKW und andere Gruppen getroffen, um gemeinsam gegen den fortschreitenden Bau von Atomkraftwerken vorzugehen.
(Es gibt zur Zeit 33 KKW's in Großbritannien)

Ausgelöst wurde dies durch die Entscheidung der britischen Regierung, ein Kernkraftwerk in Torness Point zu bauen: zum ersten Mal kamen im Mai letzten Jahres 4 000 Leute zusammen und besetzten das Gelände. Nach der Kundgebung wurde eine Erklärung abgegeben, in der sich alle Anwesenden verpflichteten „alle notwendigen gewaltlosen Schritte" zu unternehmen, um den Bau des AKW's zu verhinden.
Die Leute, die damals die Resolution unterzeichneten, bildeten kurz danach die „Torness Alliance", ein dezentralisiertes Netz von einzelnen Gruppen, die regional (über ganz Groß Britannien verstreut) arbeiteten, und nun auch ihre Aktivitäten besser koordinieren konnten, weil der Kontakt untereinander verbessert wurde. Dabei orientierten sie sich z.B. an Wyhl und Seabrock/USA. Nach der Besetzung des Platzes im Mai 78 (zwei Tage) wurde eine länger anhaltende Besetzung von Torness geplant: Im Oktober/November baute eine kleine Gruppe von Leuten ein zerfallenes Cottage auf dem Platz wieder auf,



um darin zu wohnen. Die 15 Besetzer wurden Mitte November rausgeworfen und verhaftet und das Haus mit Bulldozern niedergewalzt. (Damals bestand Torness nur aus dem Bauplatz, ohne Zaun)
Daraufhin kamen am 20. November wieder ca. 400 Leute aus ganz Großbritannien auf den Platz, die gegen diese Maßnahmen protestierten, indem sie den dann beginnenden Baubeginn mit gewaltlosen Mitteln zu unterbrechen versuchten. 38 wurden festgenommen.
Der untenstehende Bericht kommt von jemand, der bei der letzten Platzbesetzung von 4. bis 7. Mai dabei war.
Leute die mehr Informationen über die Tornesskampagne haben wollen, sollen an folgende Adresse schreiben:
SCRAM, 2a Ainslie Place, Edinburgh EH3, Scotland, GB.

Was geschah in Torness?
Vom 4. bis zum 7. Mai fand in Torness, 30 Kilometer von Edinburgh, Scotland, eine der bedeutendsten Demonstrationen gegen Atomkraftwerke auf den Inseln statt. Etwa 6000 Leute



k..men auf das Festival am Samstag, darunter viele aus der näher näheren Umgebung. Geboten wurde Musik, Theater, Anti-AKW-Literatur, Ausstellung alternativer Energieformen, Reden, Diskussionen, etc. Wieviele auf dem ausgedehnten Campinggelände in herrlicher Landschaft, direkt neben einem Natur- und Vogelschutzgelände zelteten, kann wegen der Unüberschaubarkeit der Gegend nur schwer geschätzt werden. Vielleicht waren wir 5000, angereist aus ganz Großbritannien. Fast alle hatten die Absicht, den Bauplatz zu besetzen, aber um das wie gab es noch am Samstagabend heftige Auseinandersetzungen – wie schon in den Wochen und Monaten der Vorbereitung. Die „Torness Alliance", ein Bündnis vieler unabhängiger Anti-AKW-Gruppen, setzt sich mehrheitlich aus gewaltlosen Libertären zusammen, die anläßlich dieser Aktion Gewalt gegen Sachen (sprich Bauzaun) vermeiden wollten. Eine Mehrheitsfraktion von etwas kämpferischeren Anarchisten war entschlossen, den Platz zu besetzen, und auf Privateigentum der Baufirma McAlp9ne keine Rücksicht zu nehmen. (Die marxistische Linke in England ignoriert den Kampf gegen AKW's mehr oder weniger).
Am Sonntag zogen wir dann in drei Wellen (9h, 10.30 h, 12 h) vom Campingplatz zum nahen Bauplatz. Mit Strohballen beladene Lieferwagen standen bereit, und schnell war eine Treppe aus Stroh über den Bauzaun gebaut, über die wir dann einer nach dem anderen friedlich auf den Bauplatz spazierten. Einige ließen es sich jedoch nicht nehmen, an einer anderen Stelle ein Loch in den Zaun zu schnipseln, und so auf das Gelände zu gelangen. Bemerkenswert und für deutsche Umweltschützer kaum zu glauben war die bis zu diesem Zeitpunkt noch völlige Abwesenheit der Polizei. Dort wo Britanniens nächstes AKW entstehen soll, finden bisher nur Erdarbeiten statt. Das erste was wir taten war, alle Vermessungsstöcke herauszuziehen und damit ein Freudenfeuer zu veranstalten. So muß das ganze Gelände neu vermessen werden, was McAlpine immerhin zwei Wochen Arbeiten kostet. Aber noch immer standen wir vor einem zweiten Bauzaun, der die Maschinen und Bulldozer vor uns schützen sollte. Hinter diesem 2. Zaun waren etwa 10 Polizisten. Nach einigem Zögern machten sichn etwa 50 Leute an die Arbeit und nach mehreren Hau-Ruck gaben die Pfosten nach, undder Zaun wurde auf etwa 100 meter Länge umgelegt. Und so konnten wir etwa 300 Demonstranten nun auch den Maschinenplatz zu besetzen. Die Polizisten, alle aus der Umgebung und innerliche AKW-Gegner, schauten nur zu. Genossen mit praktischen Fertigkeiten machten sich nun an die Arbeit und ließen Luft aus den Reifen, zerschnitten Kabel und Ölleitungen usw. , sodaß die meisten Baumaschinen wohl einer Generalüberholung bedürfen, auch wenn ihnen äußerlich wenig Schaden anzusehen war. Offiziell wurde ein Schaden von etwa 15.000 Pfund (etwa 55.000 DM) angegeben.
Währenddessen waren die gewaltfreien Platzbesetzer dabei, den äußeren Bauzaun, der direkt an der Hauptverkehrsstraße AL entlanggeht, mit Parolen und Gemälden zu verschönern, Zelte aufzubauen und Flugblätter an Autofahrer zu verteilen. So wurde die Platzbesetzung auch zu einem publikumswirksamen Ereignis. Ein paar Dutzend Leute übernachteten dann auf dem Bauplatz. Am Montag dann wieder Öffentlichkeitsarbeit und eine Bepflanzungsaktion auf dem Bauplatz. Bauarbeiter ließen sich am Montag keine sehen. Die kamen erst am Dienstag, als fast alle Demonstranten wieder abgereist waren. Zu einer Konfrontation zwischen Demonstranten und Bauarbeitern kam es am Dienstag nicht, da die Arbeiter duch ein Nebentor auf den Bauplatz geschleust wurden. (Der Bauplatz ist zwei Quadratkilometer groß und kann von einer so kleinen Besetzergruppe gar nicht vollständig überblickt werden.) Am Dienstag verließen die letzten Besetzer dann freiwillig den Bauplatz. Insgesamt muß die Torness Aktion als ein großer Erfolg der britischen Anti-AKW-Bewegung gewertet werden.

ERSTER EUROPÄISCHER KONGRESS DER KOLUMBIEN-KOMITEES IM AUSLAND

Paris 23. Mai

Am 19. und 20. Mai des Jahres fand in Paris der 1. Kongress der Kolumbien Komitees im Ausland statt. An dem Kongreß nahmen Repräsentanten aus Belgien, Bulgarien, der Bundesrepublik Deutschland, der CSSR, Frankreich, Großbritannien, den Niederlanden, Österreich, Schweden, der Schweiz, Spanien, den USA und der UdSSR teil. Unmittelbaren Anlaß der Koordinationsversammlung stellte die ernste Situation, die zur Zeit in Kolumbien herrscht.
Die alarmierenden Verletzungen der Menschenrechte in Kolumbien, die Verschärfung der allgemeinen Repression, die massive Verhaftungswelle der letzten Monate, die Folterpraxis in den Gefängnissen und der Einsatz der allgemeinen Militärgerichtsbarkeit, dem zufolge alle Bürger der unkontrollierbaren Entscheidung der Militärgerichte durch die Verhängung des Sicher „Sicherheitsstatuts" unterworfen wurden, hat zu einer Vereinigung aller demokratischen Kräfte im Lande und außerhalb geführt, mit dem Ziel einer Zurückweisung des Regimes, das sich in Kolumbien konsolidiert.
Die Konferenz der Kolumbien-Komitees in Paris kam zu dem Schluß, daß die anstehende Reise des kolumbianischen Präsidenten Julio Cesar Turbay Ayala durch verschiedene Länder Europas eine weitere Bestrebung bildet, dem Ausland gegenüber eine demokratische Fassade aufrechtzuerhalten und zugleich die Gewaltherrschaft des Militärregimes zu verdecken, das die elementarsten demokratischen Rechte im Lande eliminiert hat.
Die Kolumbien-Komitees im Ausland appellieren in einer gemeinsamen Erklärung an die Weltöffentlichkeit, sich gegen die Vergewaltigung der Menschenrechte in Kolumbien auszusprechen und von der Regierung zu fordern:
- die sofortige Einstellung der Folterungen;
- die Aufhebung des „Sicherheitsstatuts" und der verschiedenen anderen Mittel zur Institutionalisierung der Repression;
- die Achtung der ratifizierten internationalen Vereinbarungen bezüglich der Freiheit gewerkschaftlicher Organisation, sowie der Achtung und Einhaltung der Beschlüsse der Vereinten Nationen über die Menschenrechte, die die Regierung unterzeichnet hat.

Abschließend wurde in einer gemeinsamen Erklärung aller Komitees der 12. Juni zum internationalen Tag der Anklage gegen die Vergwaltigung der Menschenrechte in Kolumbien erklärt. An diesem Tag, an dem Präsident Turbay seine Europareise antritt, werden in allen europäischen Ländern Aktionen stattfinden, um auf die reale Situation in Kolumbien aufmerksam zu machen.

Kontakt: Kolumbien-Komitee, Westendplatz 30, 6 Frankfurt 1

„LIBERTÉS MORTES EN FRANCE"

Paris „Libertés mortes en France" (das Ende der Freiheiten in Frankreich).

Dies war die Aufschrift auf Banderolen, Wandzeitungen und Flugblättern zur Besetzung des Gymnasiums „Paul Valery" in Paris am 15.März. Die Schüler dieses Gymnasiums organisierten an diesem Datum einen „Tag des toten Gymnasiums", „lycée mort" mit einer Pressekonferenz um gegen die Verhaftung und Verurteilung ihres Mitschülers Gilles Desraisses zu protestieren. Gilles ist vor einigen Tagen zu 18 Monaten Gefängnis verurteilt worden; er soll als „Berufsschläger" auf der Demonstration vom 23. März tätig gewesen sein.
Seit dem Marsch der Metallarbeiter auf Paris am 23. März, der ziemlich gewalttätig geendet hatte, sucht man „Schuldige". Man findet sie und versucht so zu bestrafen, daß in Zukunft niemand mehr protestiert oder versucht, Gewalt anzuwenden. Wer sind die gefundenen „Schuldigen"? — „Autonome"? Die Angeklagten und inzwischen Verurteilten sind alle zwischen 17 und 22 Jahren alt, Schüler, Lehrlinge, Araber, Arbeitslose.

Keinem einzigen konnte ein „Vergehen" nachgewiesen werden, ausschlaggebend war ihre Präsens auf der Demonstration. Erwiesen ist dagegen die aktive Teilnahme an Gewaltakten von als „Autonomen" verkleideten Polizeibeamten.
Alle Angeklagten haben Strafen zwischen 15 Mon. ten und 2 Jahren Gefängnis erhalten, das Strafmaß wurde im Berufungsv erfahren zusätzlich um einige Monate erhöht (Die Staatsanwaltschaft selbst war in die Berufung gegangen, da ihr die Strafen vorher zu niedrig erschienen).

Die Besetzung des Gymnasiums ist nicht der einzige Protest gegen die willkürlichen Verhaftungen und Verurteilungen. Alle linken und linksradikalen Gewerkschaften und Parteien protestieren, organisierten Solidaritätsaktionen und Demonstrationen (die zum Teil vorher verboten oder aufgelöst wurden). Die sozialistische Partei ist „empört und zutiefst beunruhigt" über die Entwicklung in Frankreich; wo allein die Teilnahme an einer Demonstration jetzt ausreicht, um ein- zwei Jahre ins Gefängnis zu wandern. Zeugen haben sich gemeldet und wollen die Unschuld der Angeklagten beweisen, sowie die Brutalität der Bullen belegen. Die Zeitung ‚Liberation' fragt sich, ob es demnächst genauso gefährlich sein wird, in Paris zu demonstrieren wie in Buenos Aires. Selbst die bürgerliche Presse ist über das brutale Vorgehen der Justiz erstaunt und fragt sich, ob den Richter nicht Schauern über den Rücken laufen beim Ausspruch der Schuldsprüche.
Auf ihrem Kongress in Perpignan am 17.Mai nahmen die Anwälte Frankreichs Stellung und kritisieren die immer stärker werdende Autorität des Staates und die Eingriffe in die Verteidigerrechte: „Die gesetzgebende Gewalt macht schlechte Gesetze um einer übermächtigen Executive zu dienen und der rechtsprechenden Gewalt ihre Macht zu nehmen."

Trotz aller Proteste zieht die Regierung ihr Programm durch: neue Gesetze sind erlassen und werden erlassen, die, z.B.. das Demonstrationsrecht einschränken, die das Recht auf Plakatekleben aufheben.

Was war wirklich am 23.März geschehen?

Die folgenden Sätze sind Auszüge aus einem Text des Komitees „Die Wahrheit für die Freilassung der Verhaftung" (comite verite pour la liberation des inculpes):

„Die, die auf der Demonstration vom 23.März gewesen waren, wissen sehr gut, daß diejenigen, die als erste bereit waren, die gewerkschaftliche Ordnung zu sprengen, die gewerkschaftlich Organisierten selbst waren. Die Stimmung war gespannt, voller Aggressionen und Aufruhr-Bereitschaft. Und der Ordnungsdienst der Demonstration wußte, daß sie nicht alles verhindern konnten. Niemand kann mehr sagen, wer angefangen hat, aber es ist klar, daß die Metallarbeiter gekommen waren, um zu kämpfen und nicht die Absicht hatten, die Mahnungen zu Ruhe und Ordnung ihrer Delegierten zu respektieren.
Das hatte alles schon früher angefangen: Longwy, Denain... Die Aktionen dort haben gezeigt, daß die Kampfbereitschaft und -fähigkeit der Arbeiter dabei ist, sich zu ändern...

Nur Naive konnten an eine friedliche Demonstration glauben... Erschreckend ist, wie man bereit ist, die Tatsachen zu leugnen und zu verdrehen: Es ist erwiesen, daß Polizeibeamte selbst die Gewaltakte provoziert hatten, die sie eigentlich hätten verhindern sollen... In diesem Fall wußte der Staat, genauer gesagt: der Innenminister, der Polizeipräsident und die verschiedenen Polizei-Truppen genau, daß die vorgesehenen Absperrungen gesprengt würden... da man die Forderungen der Metallarbeiter nicht erfüllen kann.
Es gab keine Schuldigen. Trotzdem: es hatte Verbrechen gegeben und es muß bestraft werden. Gefunden wurden die „Schuldigen", die die am wenigsten schnell laufen konnten."

Wer mehr Informationen will, kann bei der ID-Auslandsgruppe nachfragen.

EINE DREIVIERTEL STUNDE MIT DEN FEMINISTINNEN, EINE DREIVIERTEL STUNDE MIT DER AUTONOMIA

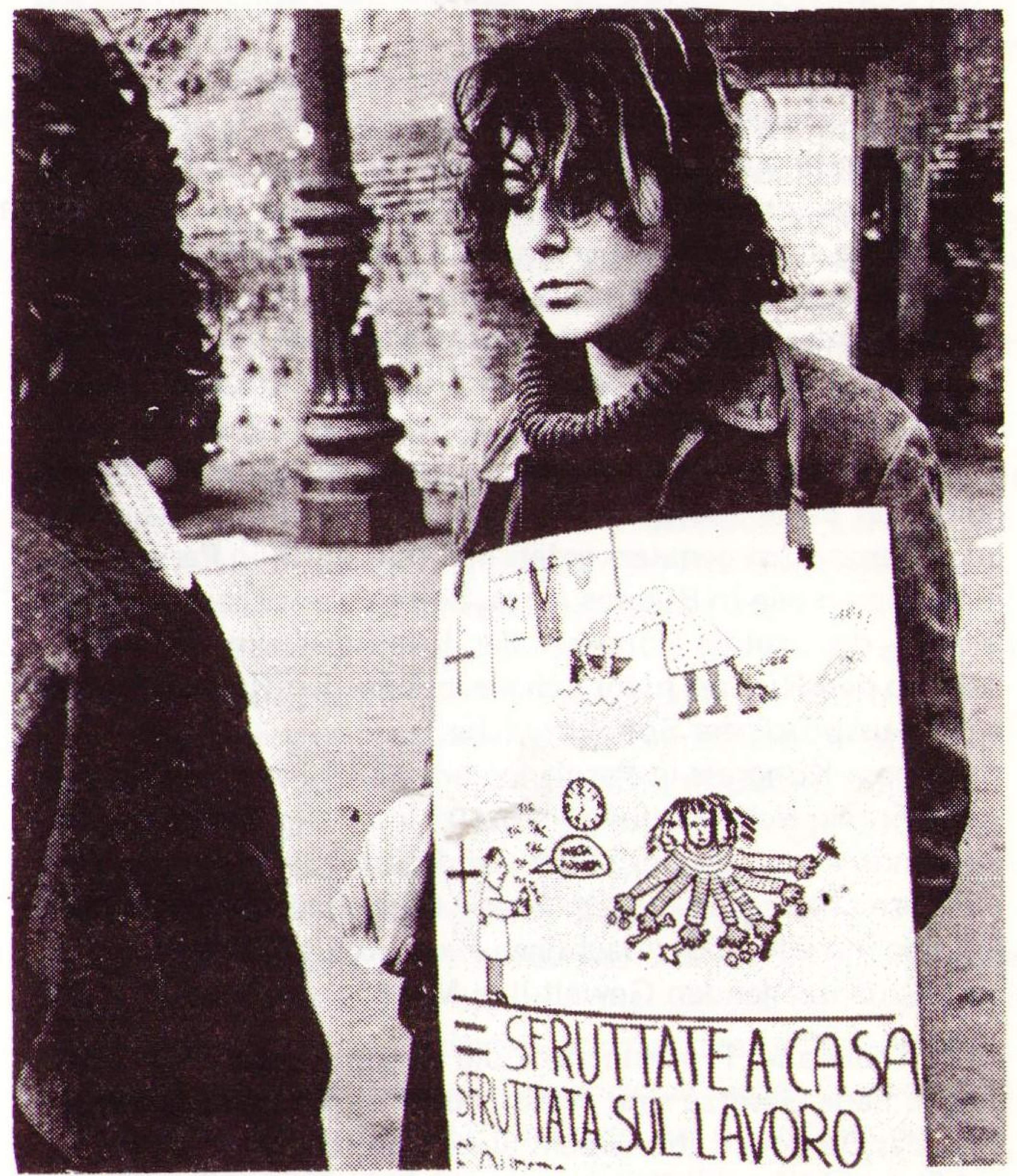
Padua
Ende April *Die Verhaftungswelle gegen Toni Negri und andere Exponenten der Autonomia hatte ihr Zentrum in Padua. Padua ist zugleich eine jener Städte, in denen sich in den vergangenen Jahren die ersten feministischen Kollektive gebildet hatten. Auf die Versammlungen der linken Bewegung gehen hier — anders als in anderen italienischen Städten — sehr viele Frauen. Wie hat sich das Verhältnis zwischen Frauenbewegung und Autonomia weiterentwickelt? Was heißt „Politik" machen was Feminismus, was Gewalt und Guerilla? — Die Autonomia, auch unter dem Stichwort P38 bekannt, setzt sich für „militanten Antifaschismus" und eine Art Kleinguerilla (terrorismo diffuso) ein. Die mit dieser Militanz verbundene Machtlogik ist von der Frauenbewegung am schärfsten kritisiert worden. Um so interessanter sind die Meinungen der Frauen aus der Autonomia, die sich weiterhin zur Frauenbewegung zählen. Das folgende Gespräch führte eine Genossin von Lotta Continua mit Schülerinnen aus Padua, die zwischen 17 und 19 Jahre alt sind (aus Lotta continua vom 25.4.79).*

LC: Was bedeutet es für dich, daß du auf der einen Seite in einem feministischen Kollektiv, auf der anderen in einem Basiskomitee der Autonomia bist?
A: Als feministisches Kollektiv halten wir, auch wenn wir der Autonomia operaia (Arbeiterautonomie) angehören, es weiterhin für wichtig, über die Besonderheit der Frau zu reden, deshalb haben wir Verbindungen zur historischen (traditionellen) Frauenbewegung. Daß ich im Basiskomitee (meiner Schule) bin, ist dagegen eine politische Entscheidung, die ich nicht als Frau, sondern aufgrund meiner proletarischen Herkunft gefällt habe. Die Situation an meiner Schule ist der an sehr vielen anderen gleich. Auf der einen Seite also das Basiskomitee, das nur aus Genossen der Autonomia besteht, und dann die Frauengruppe, bei der auch in der Autonomia organisierte Genossinnen mitmachen.
LC: Was heißt es, daß du „Politik" machst im Basiskomitee?
A: Auch in der Frauengruppe mache ich Politik, aber nur zu Fragen der Sexualität und den ganzen Dingen, die Teil der historischen Frauenbewegung sind, die wir als Frauen, auch wenn wir von der Autonomia operaia sind, natürlich teilen. Im Basiskomitee dagegen geht der Kampf um allge-

meine Dinge, weil ja auch die Männer dabei sind. Eine allgemeine Diskussion über das Kollektiv und das Proletariat im allgemeinen.
LC: Wo geht ihr bei den Demonstrationen mit? Bei den Frauen oder im gemischten Teil der Demonstration?
A: Ich habe dieses Problem oft, weil ich, wenn ich zu einer Demonstration gehe, nie weiß, mir wem ich gehen soll . . . auch wenn ich sehr oft im Zug der Genossen mitgehe.
LC: Welchen Sinn hat es dann eigentlich, daß du bei dem feministischen Kollektiv mitmachst?
A: Wenn du individuell vom Feminismus redest, jenseits der Probleme des Proletariats, kannst du sehr viele Frauen erreichen, auch wenn ich nicht mit den Vorstellungen der Autonomia operaia einverstanden wäre. Die Frauengruppe wird so zu einem Mittel für eine erste Bewußtwerdung, so kann ich diese Schülerinnen zu einer allgemeineren Diskussion bringen, wie sie im Basiskomitee, in der Autonomia geführt wird. Wenn es diese besondere Frauendiskussion nicht gäbe, wäre es tatsächlich viel schwieriger, weil viele Frauen nicht zum Basiskomitee gehen und bestimmte Diskussionen nicht führen würden.
LC: Aber für dich selbst, wenn es nicht deswegen wäre, wärst du nur im Basiskomitee?
A: Ich wäre vor allem dort, aber ich hätte dann individuelle Beziehungen zu den Genossinnen. Die Autonomia operaia tendiert effektiv dazu, das, was der menschliche Teil der politischen Diskussion ist, zu ritualisieren.
LC: Um zu den Demonstrationen zurückzukommen: was macht ihr, wenn es Auseinandersetzungen mit der Polizei gibt? Haut ihr ab, bleibt ihr, schaut ihr zu? Macht ihr bei den Ordnungsdiensten (von denen militante Aktionen ausgehen) mit?
A: Ich erinnere mich an die letzte Demonstration. Ich habe mich geärgert, weil, als die Faschisten angegriffen haben, die Selbstverteidigung nur an die Genossen der Autonomia delegiert wurde. Die Frauenbewegung hat sich nicht dazu verhalten. Die Diskussion über Gewalt muß die vordringliche Diskussion sein in einer Repressionssituation wie der, in der wir leben. Sich dahinter zu verschanzen, daß die Frauenbewegung revolutionär, aber pazifistisch ist, geht nicht.
B: Ich bin nur zum Teil mit dem einverstanden, was du sagst, z.B. mit dem Basiskomitee hab ich wenig Beziehungen.
Ich hab das Bedürfnis, mit Frauen zusammenzusein, über die entscheidenden Probleme, die ich habe, zu reden, und die Schule (und damit das Basiskomitee) gehört dazu nur am Rande.
C: Ich habe Schwierigkeiten, mich bei einer Demonstration zwischen dem Frauenzug und dem Block der Autonomia zu entscheiden. Ich begreife mich als Feministin der Atonomia operaia. . . Das heißt, wenn die Demonstartion eineinhalb Stunden dauert, gehe ich eine dreiviertel Stunde bei den Frauen, und eine dreiviertel Stunde bei der Autonomia.
LC: Glaubst du nicht, daß du dich genauso verhälst wie die Frauenkommission innerhalb der KPI?
A: Meiner Ansicht nach nicht. Die persönlichen Beziehungen mit den Genossen der Autonomia sind verschieden von denen innerhalb der KPI, die Genossen der Autonomia haben noch nie versucht, den feministischen Teil der Autonomia operaia zu bevormunden, auch was die persönlichen Beziehungen betrifft, verhalten sie sich richtig.
LC: Aber was die Kritik der Politik mit dem großen „P", die Kritik der Mackerstrukturen angeht, was kommt dir da in den Sinn?
A: Wenn es gute Genossen sind, interessiert es mich nicht, ob sie Führer sind. Niemand verbietet den Frauen, sich einzumischen . Wenn du etwas zu sagen hast, warum sagst du es dann nicht? Wir können nicht die Schuld den Männern geben . . . , das ist ein Argument, sich unterzuordnen. Du brauchst bloß die letzte Versammlung in Padua anzugucken: die drei Beiträge wurden von drei Männern derAutonomia gehalten. Ich habe nicht geredet, weil ich die Dinge, die passiert waren, nicht gut kannte.
LC: Aber dieses Argument bringen auch die Männer, niemand hindert eine Frau physisch daran, zu reden, aber es gibt oft objektive historische Schwierigkeiten.
A: Wenn du ein einer Versammlung redest, hast du die Erfahrung der Selbsterfahrung, die du mit den Genossinnen gemacht hast, hinter dir. Deshalb sage ich, daß der Feminismus immer eine besondere Sache auch innerhalb der Autonomia sein muß.
C: Ich habe viele Sachen mit der Autonomia operaia gemeinsam, aber es gibt auch viele andere, die mich davon abhalten, mitzumachen, besonders die Geschichte, daß ich nicht klarhabe, was die Politik ist, was die Autonomie ist, was die Anarchie . . . Ich versuche, mir eine Meinung nach dem zu bilden, was ich sehe. Es gefällt mir, mit den Frauen zusammen zu sein, weil wir über unsere Dinge reden, wir verstehen uns.

D: Ich wohne nicht hier, ich komme von einem Dorf in der Gegend und war drei Jahre lang in einem feministischen Kollektiv, aber es hat mir überhaupt nicht gefallen, weil dort hast du nur geredet — geredet, solange du willst, aber hinterher war Sense. Zum Beispiel die Autonomia erkennt uns noch nicht einmal als Frauengruppen an, wenn ein Genosse dich fragt: „Wo machst du mit? " und du sagst „Bei einer Frauengruppe", antwortet er dir: „Und dann? "

A: Meiner Ansicht nach verhält sich die Autonomia richtig: sie erkennen dich an, wenn du etwas machst, sonst nehmen sich sie dich zu Recht noch nicht einmal wahr.



Feminismus und Gewalt

Ich will noch mal etwas zu den Auseinandersetzungen bei Demonstrationen sagen. Ich verfoge alles, was die historische Frauenbewegung macht: von der Zeitung „Quotidiano donna" (Frauentageszeitung) bis zur UDI (KP-Frauenorganisation), und ich glaube, das, was fehlt ist: sie reden zu wenig über Gewalt. Wenn viele Frauen bei der Autonomia mitmachen, tun sie es nicht, um die Männer nach zu machen, sondern weil sie kein Mittel haben, um ihre Aggressivität loszuwerden. Ich fühle mich richtig aggressiv, weil mir eine Reihe von Sachen nicht passen, und deshalb will ich Gewalt

anwenden, . . .persönlich habe ich bei den Auseinandersetzungen auf der Straße immer teilgenommen, und wenn ich sie zusammen mit der Autonomia operaia mache und nicht mit dem Feminismus, ist es, weil der Feminismus mir dazu keine Möglichkeiten gibt.

LC: Du redest von den Auseinandersetzungen, als müßte man sie —koste es was es wolle— machen, ohne über ein Ziel oder von Selbstverteidigung zu reden, so ein bißchen aus Prinzip.

A: Die Frage ist ziemlich umfassend. Es gibt viele Leute, die dir den Atem nehmen: Faschisten, Priester, Nonnen. Ich bin in einem Internat, ich kenn diese Dinge. Alle die, die mich daran hindern zu leben . . . meine Eltern, die Christdemokratie. Wenn es notwendig ist, Gewalt anzuwenden, muß man es machen . . . aber in den meisten Fällen zieht sich dann die historische Frauenbewegung zurück.

LC: Aber dann müßtest du auf alle schießen, die nicht so denken wie du. Wie glaubst du denn die Meinung der Leute zu ändern?

A: Die Gewalt ist erst der Endpunkt der ganzen Arbeit, die vorhergegangen ist. Wenn du Gewalt ausübst in einem bestimmten Augenblick, machst du es, weil du vorher Kämpfe geführt hast, die dich zu dieser Gewalt legitimieren. Ich erinnere mich an ein Attentat auf das Auto eines Lehrers hier in Padua, der von allen verhaßt war. Meiner Ansicht nach haben die Leute diese Aktion verstanden. Das Attentat wurde auch vom feministischen Teil jener Scene unterstützt.

LC: Was heißt eigentlich „feministischer Teil"? Denken wir an das Attentat der Guerillagruppe Prima Linea in Turin gegen eine Gefängniswärterin. Hat es in diesem Fall deiner Ansicht nach Sinn von Frauenguerilla zu reden, als ob der Unterschied in der Wahl der Ziele liegen würde: die Männer schießen den Männern in die Knie, die Frauen denken an die Frauen?

A: Es ist schwierig, dazu Stellung zu nehmen, der bewaffnete Kampf ist genauso eine Sache der Männer wie eine der Frauen, aber ich habe da ziemliche Zweifel.

B: Ich denke, es ist richtig, Guerillamethoden in bestimmten Augenblicken anzuwenden, aber wenn man sie für solche Scheißgeschichten benutzt, bin ich nicht mit einverstanden.

A: Aber sie wurden immer auf kluge Weise angewendet . . .

B: Das stimmt nicht, und die „technischen Fehler"? (Bei verschiedenen Guerillaattentaten wurden Unschuldige getroffen, dies wurde zum Teil als „technische Fehler" in Kauf genommen.)

A: Ich sage, daß man keine Fehler machen darf.

LC: Aber denk mal an die Schießerei in einer Turiner Bar, wo ein Junge, der zufällig vorbeikam, erschossen wurde. Was sagst du dazu? Wenn es dein Freund gewesen wäre?

A: Für mich wäre es trotzdem ein technischer Fehler. Es war kein Willen da, ihn zu erschießen, deshalb gibt es keine Verantwortlichkeit dafür. Diese Fehler darf man nicht machen.

LC: Was für Auswirkungen, glaubst du denn, haben sie auf die Leute?

A: Das hängt von der Aktion ab. Als ein bekannter Spekulant in Rom erschossen wurde, waren die Leute meiner Meinung nach einverstanden. Aber Fehler darf man keine machen. Vor allem einen Jungen, einen Arbeitersohn, der zufällig vorbeikommt, zu erschießen, da stelle ich mich ja auf die Seite der Polizei.

LC: Aber deiner Ansicht nach ist es möglich, Bewußseinsprozesse einzuleiten und die Wirklichkeit zu verändern, indem einigen Leuten in die Knie geschossen wird?

A: Ich glaube ja. Du brauchst dir nur Padua nehmen: noch vor drei Jahren gab es nur 5 Leute von der Autonomia, heute sind wir sehr viele. Sicher kannst du keine Leute durch die Aktionen gewinnen, sondern mit der ganzen Arbeit, die vorausgeht, mit der Basisarbeit, dann werden die Aktionen auch dann gutgefunden, wenn sie nur von einer Avantgarde gemacht werden.

LC: Wie wählst du aus, wem in die Knie geschossen werden soll? Allen von der Christdemokratie? Allen Meistern in der Fabrik, allen Richtern . . .usw., allen, die Macht ausüben, einen pro Woche bis zum Kommunismus?

A: Quatsch, du schießt nur dem in die Knie, der dich aufregt, z.B. in deinem Stadtviertel oder weil er direkt deinen Kampf bedroht.

LC: Also ist es Zufall?

A: Nein, das ist ein größerer Zusammenhang.

LC: Würdest du eine Aktion des sogenannten Terrorismo diffuso (verbreiteter Terrorismus) machen?

A: Das hab ich schon gemacht.

LC: Hast du keine Angst gehabt?

A: Nein, weil ich es aus einer sehr konkreten Entscheidung heraus gemacht habe, gutüberlegt. Nicht aus Verzweiflung noch weil ich durchgedreht bin. Wenn ich eine Aktion mache, habe ich sie gut vorbereitet, in einer Basisarbeit und einer theoretischen Diskussion vorher.

LC: Stellst du dir nicht die Frage, daß du das Leben verlieren könntest?

A: Die Angst macht dir nichts, wenn du die Dinge auf rationale Weise machst.

LC: Aber die Angst ist eine emotionale Sache, keine rationale . .

A: Bevor ich eine Aktion mache, will ich 100 prozentig sicher sein. . .

LC: Was bedeutet das, 100-prozentig? Und die drei Genossen von Thiene? (Drei Genossen der Autonomia kamen nach den Verhaftungen in Padua um, als sie gerade eine Bombe bastelten.)

A: Die drei von Thiene . .. das ist eine besondere Geschichte. . . aber besser reden wir darüber nicht, auch dort war es ein Unfall. . Wenn ich eine Aktion mache, habe ich die Garantie, daß sie perfekt organisiert ist, die Garantie, mit intelligenten Leuten zusammenzuarbeiten und vorbereitet zu sein, sonst wäre ich schon einige Male im Knast gelandet.

LC: Seid auch ihr einverstanden?

B: Nicht ganz. Mit der Gewalt ist das so eine Sache. Ich bin dagegen, wenn sie so prinzipiell ist, wenigstens bringt diese Gewalt überhaupt nichts, denn ich sehe, wie die Leute auf Attentate fürchterlich reagieren, ich sehe das bei denen, mit denen ich lebe, ich kann mich nicht nur mit meiner kleinen eingeschränkten Gruppe konfrontieren, Gewalt ist in Ordnung, aber nur wenn sie von der Mehrheit geteilt wird.



Die Autonomia operaia — ein Löwe?

Postvertriebsstück
Gebühr bezahlt
D 1870 CX

Nr. 283

Informationsdienst
Postfach 900 343
6000 Frankfurt 90

Nummer des Abos | bez. bis ID Nr. | Exempl.

4400 E 305 1
UTE LAMPING
HORNERSTR.17
D-2800 BREMEN 1

Achtung liebe Abonnenten!
Wenn auf dem Adressaufkleber das Zeichen !? ! auftaucht, heißt das, daß baldigst Geld auf unser Postscheckkonto 5252 28-602 überwiesen werden muß, um den ID auch weiterhin wöchentlich zu erhalten . . .
KEIN GELD AUF'M KONTO – KEIN ID IM KASTEN!

Eigentumsvorbehalt: Nach diesem Eigentumsvorbehalt ist die Zeitschrift solange Eigentum des Absenders, bis sie dem Gefangenen persönlich ausgehändigt ist. 'Zurhabenahme' ist keine persönliche Aushändigung im Sinne dieses Vorbehalts. Wird die Zeitschrift dem Gefangenen nicht persönlich ausgehändigt, ist sie dem Absender mit dem Grund der Nichtaushändigung zurückzusenden. Wird die Zeitschrift dem Gefangenen nur teilweise persönlich ausgehändigt, so sind die nichtausgehändigten Teile, und nur sie, dem Absender mit dem Grund der Nichtaushändigung zurückzusenden.

KURZE

ID IN DER DISKUSSION

ZENSUR & MEDIEN

IMLAND

UMWELTZ

POLIZEI/MILITÄR/PROZESSE & KNAST

VON WEITER WEG BIS NÄHER RAN

